

pocket global

Globalisierung
in Stichworten

>>> >

>

Ausgabe: 2004

Impressum

Herausgeberin: Bundeszentrale für politische Bildung/bpb
Adenauerallee 86, 53113 Bonn
E-Mail der Redaktion: moeckel@bpb.de (keine Bestellungen!)



Autor: Uli Jäger, Tübingen
Redaktion: Iris Möckel (verantwortlich), Sabine Klingelhöfer
Grafik: Leitwerk. Büro für Kommunikation, Köln
Titel: Leitwerk. Büro für Kommunikation, Köln

Karikaturen: Martin Guhl, Walter Hanel, Gerhard Mester, Thomas Plafßmann, Ivan Steiger, Jan Tomaschoff, Jupp Wolter; Evangelischer Pressedienst.
(Agenturen: www.c5.net; Baaske Cartoons, Mülheim; Archiv)

Infografiken: Globus Kartendienst, Hamburg; Erich Schmidt Verlag, Berlin;
dpa-Grafiken, Frankfurt/Main; Deutsche Welthungerhilfe, Bonn.

Für die Grafiken und Karikaturen liegen die Rechte nicht bei der bpb,
sondern bei den jeweiligen Agenturen.

Druck: westermann druck GmbH, Braunschweig

1. Auflage: November 2004
ISBN: 3-89331-572-1

Bestellungen:

www.bpb.de (> Publikationen > Pocket)
oder bei

Franzis print & media
Postfach 15 07 40
80045 München,
Fax: 089/5117-292;
E-Mail: infoservice@franzis-online.de
Auskünfte: 089/ 2730193 (keine Bestellungen).

Die Bundeszentrale für politische Bildung ist ausschließlich für ihre eigenen
Internetseiten verantwortlich; für alle anderen gilt Haftungsausschluss.

Uli Jäger

Pocket global
Globalisierung in Stichworten

►► Was bringt mir Pocket global?

Alle reden von Globalisierung – und meinen doch nur in seltenen Fällen dasselbe. Globalisierung beinhaltet eine Menge unterschiedlicher Entwicklungen in Politik und Wirtschaft, in der Kultur und Kommunikation, die zur Vertiefung weltweiter Zusammenarbeit und Abhängigkeiten führen.

Die Folgen dieser Entwicklungen sind für alle direkt im Alltag oder vermittelt über die Medien zu beobachten und zu spüren.

Globalisierung bringt Veränderungen und Ungewissheiten mit sich, vor denen viele Angst haben. Globalisierung birgt aber auch vielfältige Chancen für die Gestaltung einer friedlicheren und gerechteren Welt.

Pocket global will in seinem ersten Teil, dem Lexikon, mit ausgewählten Stichworten wichtige Begriffe aus allen Bereichen der Globalisierung erklären, eine erste Orientierung ermöglichen und vor allem zur selbständigen, vertiefenden Recherche anregen. Viele Facetten der Globalisierung sind umstritten, nicht eindeutig in ihren Folgen zu erfassen, offen für eigene Interpretationen. Darauf wird im Anschluss an das jeweilige Stichwort besonders hingewiesen.

Im zweiten Teil von Pocket global werden unter „Wissenswertes“ unterschiedliche Möglichkeiten für den internationalen Austausch aufgezeigt und Informationsadressen genannt. Im letzten Teil schließlich finden sich weiterführende Internet-Adressen sowie Literaturhinweise rund um das Thema „Globalisierung“.

Uli Jäger,
Tübingen im Sommer 2004



Das Pocket-Format lässt leider nur knappe Informationen zu; dafür ist es sehr übersichtlich und für den ersten Informationsbedarf sollte der Inhalt genügen. Viele Einzelheiten mussten wegfallen. Aufwendige Quellennachweise wurden auf ein Minimum reduziert. Auch bitte immer daran denken: In Wirklichkeit ist alles viel komplizierter! Und wenn man es genauer wissen möchte: www.bpb.de

Dort gibt es noch mehr Literatur, ein ausführliches Lexikon und viel Wissenswertes mehr.

[Zeichenerklärung]

- ♁ steht stellvertretend für die männliche plus weibliche Form des Begriffs, also: „Bürger♁“ anstatt „Bürgerinnen und Bürger“. Das ist unser Vorschlag zur besseren Lesbarkeit und zur Platzersparnis.

Begriff Die zu Beginn der Zeile fett und rot gedruckten Begriffe sind die Lexikonartikel

↑ so markierte Querverweise sind eigene Stichworte

 Text zum Nachdenken

 Text zum Diskutieren

 zusätzliche Information zur Vertiefung

www.xyz.de Unter dieser Adresse finden Sie weiterführende Informationen im Internet. Für evtl. nach Drucklegung geänderte Inhalte auf den angegebenen Websites können wir keine Gewähr übernehmen.

Agenda 21 Im Jahr 1992 trafen sich Regierungschefs, Vertreter der \uparrow UNO, der Wirtschaft und der Wissenschaft, aber auch lokale Behörden und \uparrow Nichtregierungsorganisationen (NRO) aus 179 Ländern in Rio de Janeiro. Auf diesem „Erdgipfel“ berieten sie u.a. über dringend notwendige Maßnahmen zur Verbesserung des globalen Umwelt- und Klimaschutzes, der sozialen Gleichstellung aller Menschen und die Frage einer \uparrow nachhaltigen Entwicklung. Die Ergebnisse mündeten in ein Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert – die Agenda 21. In dieser Zusammenstellung wurden erstmals lebenswichtige Fragen von Umwelt und Entwicklung verknüpft und gleichzeitig politische Konzepte und lokale Projekte angestoßen.

www.agrar.de/agenda/agd21k00.htm; **www.agenda-transfer.net**

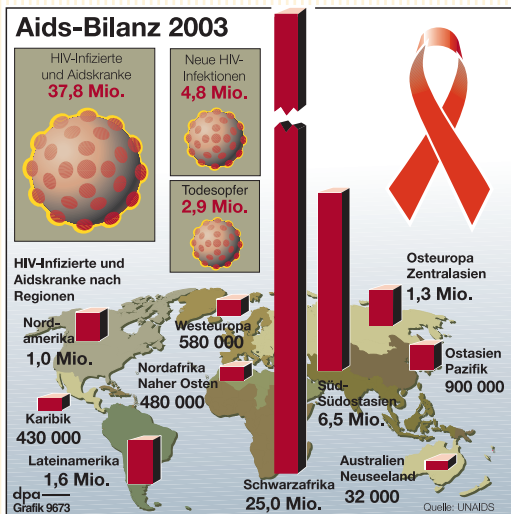
Aids/HIV (Acquired Immune Deficiency Syndrome) Auch AIDS ist ein Phänomen der Globalisierung. Die Erreger bewegen sich wie Datenströme, Finanzflüsse, Migrationswellen. Sie sind schnell, entgrenzt und schwer berechenbar. Zu Beginn der achtziger Jahre werden die Krankheit und das Virus, das die Krankheit verursacht, identifiziert (HIV = Human Immuno-Deficiency Virus).

Nach Angaben der UN-Behörde Unaid sind noch nie so viele Menschen in einem Jahr an Aids gestorben wie im Jahr 2003, nämlich rund 3 Millionen Menschen. Die Zahl der Neuinfektionen liegt bei 4,8 Millionen, weltweit gebe es knapp 40 Millionen HIV-Infizierte, darunter 2,5 Millionen Kinder und Jugendliche unter 15 Jahren. Nach Angaben von UNICEF wird sich allein im südlichen Afrika die Zahl der Aids-Waisen bis zum Jahr 2010 nahezu verdoppeln: auf rund 20 Millionen. In Ländern wie Botswana, Lesotho oder Swasiland sind gegenwärtig über 30 Prozent der 15- bis 49jährigen HIV-positiv.

Innerhalb von nur vier Jahren ist laut Unaid die Zahl der HIV-Infizierten in Osteuropa und Zentralasien auf 1,3 Millionen gestiegen.

Viele \uparrow Nichtregierungsorganisationen beklagen, dass die Medikamente gegen Aids zu teuer sind, so dass sich viele Menschen eine Behandlung nicht leisten können. Im Blickpunkt steht die Preispolitik der Pharmakonzerne. Das Aktionsbündnis gegen AIDS engagiert sich für die AIDS-Bekämpfung bundesweit und international.

www.aids-kampagne.de



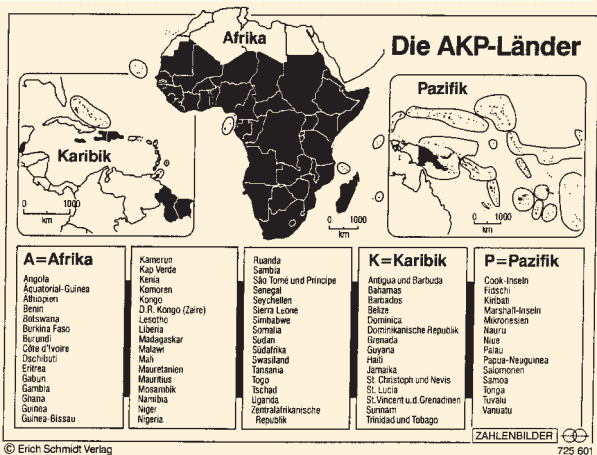
? Seit seiner Entdeckung im Jahre 1981 fielen dem Erreger rund 20 Millionen Menschen zum Opfer. Man muss keine Cassandra sein, um zu prophezeien, dass die Epidemie in zwanzig Jahren mehr Leben ausgelöscht haben wird als der Zweite Weltkrieg.

Das sind niederschmetternde Prognosen, aber selbst die scheinen die Mächtigen der Welt nicht übermäßig zu beunruhigen. Stephen Lewis, der UN-Sonderbeauftragte für Aids, erklärte nach dem Anschlag in New York:

»3000 Menschen starben durch einen furchtbaren Terrorakt, und ein paar Tagen später redete die Welt von Hunderten von Milliarden Dollar für den Kampf gegen den Terror. Im gleichen Jahr starben 2,3 Millionen Afrikaner an Aids, und wir müssen bitten und betteln um ein paar hundert Millionen Dollar.« Der zornige Exdiplomate wirft dem reichen Teil der Welt *mass murder by complacency* vor. Frei übersetzt: Massenmord, begünstigt durch satte Selbstzufriedenheit.

Bartholomäus Grill, aus: Die Zeit 30/2004

AKP-Staaten ↑ Staatenbündnisse

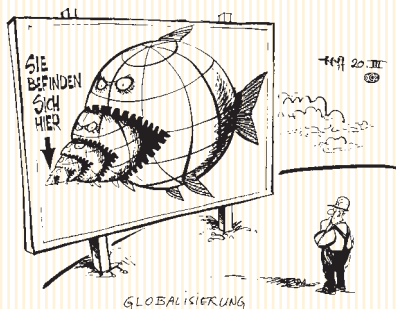


Aktie Die Aktie ist ein Wertpapier, mit dessen Kauf dem Aktionär die Mitgliedschaft in der Aktiengesellschaft und die Beteiligung an Gewinn oder Verlust garantiert werden. Aktien können an der Börse gehandelt werden und in ihrem Wert steigen - oder auch sinken.

www.boersenlexikon.de

Alphabetisierung Nach der Definition der UNESCO, der Bildungsorganisation der \uparrow UNO, gilt eine Person als Analphabet \ddot{a} , die nicht in der Lage ist, eine einfache Bemerkung über ihr Alltagsleben zu lesen oder zu schreiben. Auch die Kenntnis über grundlegende mathematische Zeichen (Zahlen) gehört zum Alphabetismus.

Die Zahl der Analphabeten sinkt dank Alphabetisierungskampagnen weltweit. Trotzdem können laut UNESCO rund eine Milliarde Menschen weltweit nicht lesen und schreiben. Der Bundesverband Alphabetisierung spricht von vier Millionen Analphabeten in Deutschland.



Amnesty International ai, gegründet 1961, ist eine weltweite, von Regierungen, politischen Parteien, Ideologien, Wirtschaftsinteressen und Religionen unabhängige \uparrow Nichtregierungsorganisation. Auf der Grundlage der Allgemeinen Erklärung der \uparrow Menschenrechte wendet sich ai gegen schwerwiegende Verletzungen der Rechte eines jeden Menschen auf Meinungsfreiheit, auf Freiheit von Diskriminierung sowie auf körperliche und geistige Unversehrtheit. Im Jahr 2002 gab es in mindestens 34 Staaten gewaltlose politische Gefangene, die ausschließlich wegen der friedlichen Ausübung ihrer grundlegenden Menschenrechte inhaftiert wurden. Zu den Aktionsmöglichkeiten bei ai gehört die Betreuung von namentlich

bekannten, gewaltfreien politischen Gefangenen, die Beteiligung an Brief- und E-Mail-Aktionen zugunsten besonders von Folter oder Krankheit bedrohter Häftlinge oder die Mithilfe bei weltweiten Kampagnen, zum Beispiel gegen die Todesstrafe.

www.amnesty.de

Anders sein Ob in Afrika, Europa, Asien, Amerika, oder Ozeanien: Menschen möchten sich von ihren Mitmenschen unterscheiden. Für viele geht es vor dem Wunsch nach einer anderen, vielleicht gerechteren Welt zunächst um das eigene individuelle „Anders sein“. Wer bin ich? Und: Wie, wo, wann oder mit wem kann ich so leben, wie ich ganz persönlich bin, wie ich will, wie es meinen Gefühlen und Träumen entspricht?

? Gerade in einer Welt der Globalisierung ist es für alle wichtig, anders sein zu dürfen. Es ist aber auch wichtig, das „Anderssein“ der anderen zu akzeptieren: anderes Aussehen, andere Kleidung, andere Frisuren, andere Ideale, anderer Glaube. ↑ Toleranz

Arbeit Jede körperliche und geistige Tätigkeit des Menschen mit einem wirtschaftlichen Ziel – so oder ähnlich definieren Ökonomen häufig den Begriff „Arbeit“. Wer Arbeit hat, kann nicht nur Geld verdienen, sondern auch Anerkennung finden. Arbeit kann ein Beitrag zu Erfüllung von Lebenswünschen und -träumen sein und manche kommen in den Genuss ihres „Traumjobs“. Doch menschliche Arbeit ist nicht notwendiger Weise Erwerbsarbeit. Es gibt die ganztägige Erwerbsarbeit und die Teilzeitarbeit, aber auch die Haus- und Familienarbeit und das ehrenamtliche Engagement. Die Kirchen meinen, dass in unserer Welt der unterschiedlichen ↑ Lebensstile und -entwürfe ein Wechsel zwischen diesen Arten der Arbeit für viele Menschen sinnvoll wäre, neue Chancen für Beschäftigung eröffnen und der Verantwortung für die Verteilung der Arbeit weltweit Rechnung tragen würde – nach der Devise: Mehr unterschiedliche, bezahlte oder nichtbezahlte Arbeit für alle.

Arbeitslosigkeit Um als arbeitslos registriert zu werden, müssen Erwerbstätige aktuell ohne Arbeit sein, Arbeit suchen und dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Die Arbeitssuche und die Verfügbarkeit für den Arbeitsmarkt werden vor der Registrierung teilweise überprüft. Für die Arbeitssuchenden gibt es nur in Ländern mit funktionierenden Arbeitsbehörden überhaupt Möglichkeiten und Anreize, sich als arbeitslos registrieren zu lassen.

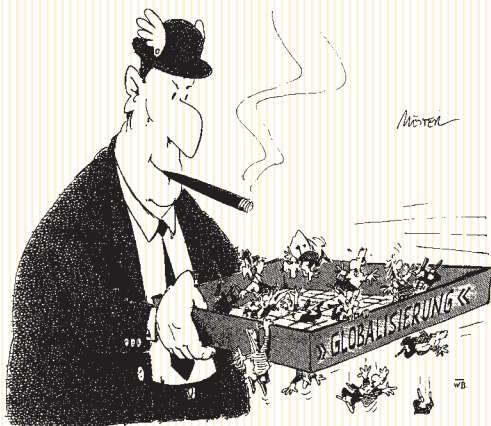
Die Angst vor der Arbeitslosigkeit rangiert bei vielen Menschen in Deutschland an der obersten Stelle ihrer Befürchtungen. Nicht zu Unrecht, denn im Frühjahr 2004 waren in Deutschland mehr als 4 Millionen Menschen als arbeitslos gemeldet - darunter viele junge Erwachsene. Die ↑Globalisierung des ↑Arbeitsmarktes eröffnet für viele neue Perspektiven, bringt aber auch große Probleme mit sich.

Hier kommt es insbesondere auf die Qualifikationen Arbeitssuchender an; bestimmten Arbeitnehmer-Gruppen öffnen sich in der Folge globalisierter Arbeitsmärkte neue und vielfältige Möglichkeiten, während der rasche Wandel der Arbeitswelt geringer Qualifizierten, Älteren oder weniger Flexiblen oft eher Angst macht. Phasen der Arbeitslosigkeit finden sich jedoch immer häufiger auch in beruflichen Lebensläufen von gut qualifizierten Personen.

www.soziales-netz.de; www.arbeitsamt.de

Arbeitsmarkt Die Unterbeschäftigung und damit die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt hat weltweit zugenommen. Die ↑Internationale Arbeitsorganisation (ILO) schätzt, dass rund ein Drittel der Welterwerbsbevölkerung, das sind etwa eine Milliarde Menschen, in unterschiedlicher Form unterbeschäftigt sind. Nur ungefähr 140 Millionen sind als arbeitslos registriert. Die Gründe: „Institutionalisierte“ und teilweise auch sozial abgesicherte ↑Arbeitslosigkeit (durch Arbeitslosengeld, -hilfe) ist die wichtigste Form der Unterbeschäftigung in den entwickelten Industrieländern. In den weniger entwickelten Ländern drückt sich wachsende Unterbeschäftigung anders aus, nämlich in zunehmender Armut der Bevölkerung und der Herausbil-

derung nicht registrierter Arbeitsplätze mit schlechten Verdienstmöglichkeiten. Vor allem in Lateinamerika und in Afrika hat der formelle Beschäftigungsbereich in den letzten Jahren an Bedeutung verloren.



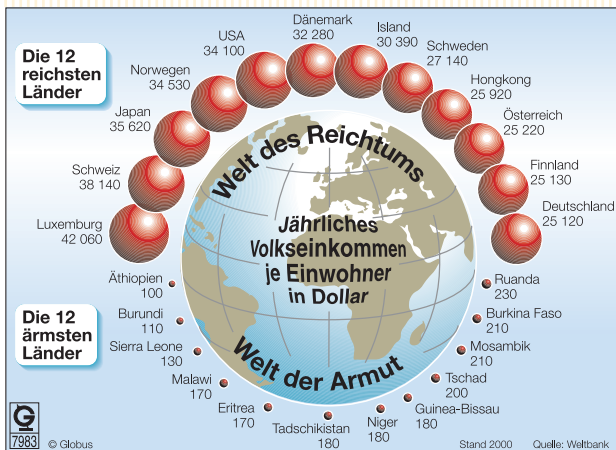
Auch in den Industrieländern verändert die Globalisierung das Arbeitsleben für viele; so ist das lebenslange Arbeitsverhältnis bei einem Arbeitgeber gerade für die jüngere Generation kaum mehr wahrscheinlich – es entwickeln sich zunehmend „Patchwork-Biografien“, geprägt von wechselnden Arbeitsverhältnissen an oft unterschiedlichen Wohnorten, Auslandsaufenthalten und auch Phasen der \uparrow Arbeitslosigkeit. Entsprechend stellt der Arbeitsmarkt der industrialisierten „Wissensgesellschaften“ gewandelte Anforderungen an die Arbeitnehmer: etwa Flexibilität, Mobilität und die Bereitschaft zu lebenslangem Lernen. \uparrow Outsourcing, \uparrow Produktionsverlagerung

Armut Armut bedeutet das Fehlen von Möglichkeiten und Chancen, die eine Grundvoraussetzung für menschliche Entwicklung sind. Für die ↑Weltbank wird „absolute Armut“ durch ein tägliches Einkommen von weniger als einem US-Dollar definiert. Viele Zahlenangaben und Schaubilder, die in Zeitungen abgedruckt werden, beziehen sich auf die enge Definition von „Armut“ durch die Weltbank.

Die Bundesregierung bevorzugt wie andere Einrichtungen in Wissenschaft und Politik ein umfassendes Armutsverständnis. Demzufolge muss Armut als ein Geflecht von Mangelerscheinungen in unterschiedlichen Bereichen wie Einkommen, Gesundheit oder Bildung verstanden werden. Dieses Verständnis bedeutet auch, dass eine Verbesserung des Einkommens allein keine Lösungsstrategie zur Bekämpfung von Armut darstellt.

Frauen sind weltweit von den negativen Auswirkungen der Globalisierung stark betroffen; man spricht daher von einer „Feminisierung der Armut“.

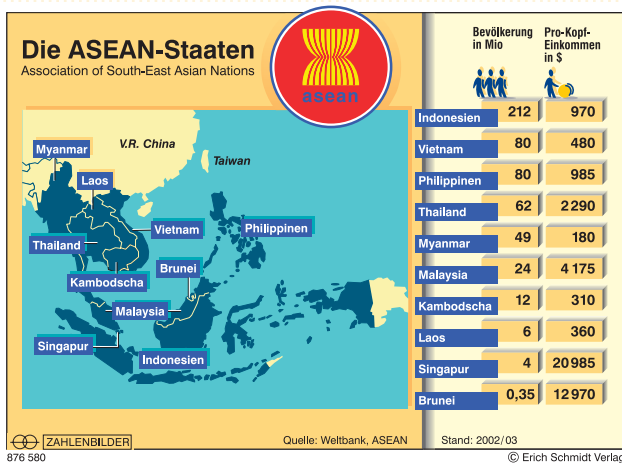
www.socialwatch.org; www.armutskonferenz.at



Artenvielfalt Experten gehen davon aus, dass es weltweit über 12 Millionen Arten von Pflanzen und Tieren gibt. Allerdings sind „nur“ rund 10 Prozent davon erfasst und beschrieben. Doch die beeindruckende Artenvielfalt auf der Erde ist bedroht. Die Klimaveränderung hat nach Erkenntnissen des „World Wide Fund for Nature“ (WWF) katastrophale Folgen, weil die Erwärmung der Erde die Lebensbedingungen so schnell verändere, dass Pflanzen und Tiere nicht genug Zeit hätten, sich an die neuen Bedingungen anzupassen. Als ein Teilbereich des internationalen Artenschutzes reguliert das am 1. Juli 1975 in Kraft getretene „Washingtoner Artenschutzübereinkommen“ den weltweiten Handel mit gefährdeten Wildtieren und -pflanzen zwischen den Vertragsstaaten.

www.artenschutz.info; www.wwf.de; www.geo.de

ASEAN ↑ Staatenbündnisse



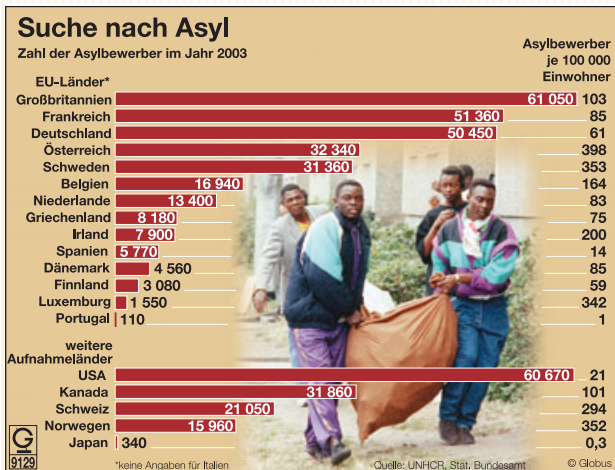
Asyl Das Asylrecht für politisch verfolgte Menschen ist in Deutschland als subjektives Grundrecht in der Verfassung verankert. Danach dürfen Ausländer, die ihr Land aus begründeter Furcht vor (staatlicher) Verfolgung aus rassistischen, religiösen, nationalen, sozialen, geschlechtlichen oder politischen Gründen verlassen und in der Bundesrepublik Zuflucht suchen, nicht abgewiesen, abgeschoben oder ausgeliefert werden. Das Asylrecht wurde 1949 ins Grundgesetz aufgenommen, weil viele die Verfolgungen während des Nationalsozialismus und das Flüchtlingselend nach dem Zweiten Weltkrieg vor Augen hatten.



Zu Beginn der 90er Jahre wurden der mögliche Missbrauch des Grundrechts auf politisches Asyl zu einem politisch umstrittenen Thema und das Asylrecht neu geregelt. Der individuelle Schutz vor politischer Verfolgung bleibt zwar auch danach erhalten, doch wurden für bestimmte Personengruppen deutliche Schranken errichtet. So sind Menschen vom Asylverfahren ausgeschlossen, die aus einem Land der ↑Europäischen Union oder einem anderen „sicheren Drittstaat“ („Drittstaatenregelung“) einreisen, in dem sie Schutz hätten finden können (↑Schengener Abkommen). Für Asylbewerber, die aus „sicheren Herkunftsländern“ stammen, in denen grundsätzlich keine politische Verfolgung und keine Menschenrechtsverletzungen stattfinden, gilt ein beschleunigtes Asylverfahren. Kriegs- und

Bürgerkriegsflüchtlinge können in Deutschland außerhalb des Asylverfahrens vorübergehend aufgenommen werden. Am 1. Januar 2005 tritt nach langen Verhandlungen das so genannte Zuwanderungsgesetz in Kraft, das u.a. auch Teile des Asylverfahrensgesetzes ändert.

Im Jahr 2003 baten rund 50.000 Menschen in der Bundesrepublik um Asyl, davon 6.300 aus der Türkei (meist Kurden), 4.900 aus Serbien und Montenegro, 3.850 aus dem Irak und 3.380 aus Russland. Als asylberechtigt wurden vom zuständigen Bundesamt nur 1.534 Personen (1,6% der bearbeiteten Anträge) anerkannt; weitere 11.602 Personen erhielten Abschiebeschutz. Sehr umstritten sind Abschiebungen von abgelehnten Asylbewerbern in Länder, in denen ihnen möglicherweise Folter und Verfolgung drohen. Friedens- und Menschenrechtsgruppen kümmern sich häufig um die Betroffenen. Manche Kirchengemeinden verstoßen bewusst gegen geltendes Recht, gewähren „Kirchenasyl“ und beherbergen die Flüchtlinge in ihren Räumen.



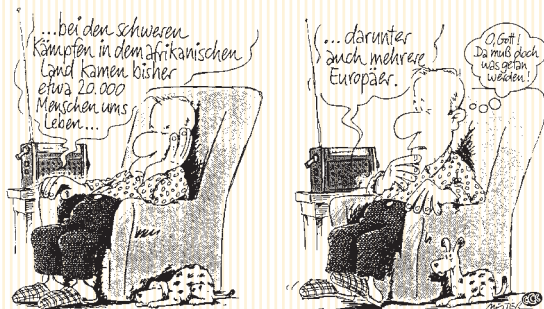
ATTAC „Eine andere Welt ist möglich!“ Dieser Slogan ist eng mit Attac verknüpft, einem 1998 in Frankreich gegründeten Netzwerk aus Einzelpersonen, Gruppen und [↑]Nichtregierungsorganisationen (NRO). ATTAC (Association pour une Taxation des Transactions Financières pour l'Aide aux Citoyens et Citoyennes; Vereinigung für die Besteuerung von Finanztransaktionen zum Wohl der BürgerInnen) gehört zu den wichtigsten inhaltlichen und organisatorischen Trägern der Globalisierungskritik. Mit 90.000 Mitgliedern in 50 Ländern versteht sich Attac als Teil dieser globalen Bewegung. Auch in Deutschland sieht sich Attac als Teil eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses. Es reicht von der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di über Ökologieverbände wie den BUND, Friedensorganisationen wie die katholische Organisation Pax Christi bis hin zu antikapitalistischen Gruppen. In den mittlerweile über 160 Attac-Gruppen sind Menschen unterschiedlichen Alters, verschiedener Herkunft und Weltanschauung vor Ort aktiv. Ihr Motto: „Globalisierung ist kein Schicksal – eine andere Welt ist möglich!“. Attac engagiert sich im Kern für eine demokratische Kontrolle und Regulierung der internationalen Märkte für Kapital, Güter und Dienstleistungen. „Die Wirtschaft muss den Menschen dienen und nicht umgekehrt“, und die Politik hat sich nach Meinung von Attac an Leitlinien wie Gerechtigkeit, Demokratie und ökologisch verantwortbarer Entwicklung auszurichten.

Internationale Medienresonanz erwirkte Attac vor allem als Hauptorganisatorin der teilweise spektakulären Proteste gegen die Jahresversammlungen und Treffen der [↑]Weltbank, des [↑]Internationalen Währungsfonds IWF und der [↑]Welthandelsorganisation WTO. Auch die Weltsozialforen, an denen seit 2001 jährlich zehntausende von Globalisierungskritikern teilnahmen (2001 bis 2003 im brasilianischen Puerto Alegre, 2004 in der indischen Hauptstadt Bombay/Mumbai), werden von Attac mit vorbereitet.

www.attac.de

Auslandsberichterstattung Viele, vermutlich sogar die meisten Menschen beziehen ihre Kenntnisse und Einschätzungen über weit entfernte

Länder, Krisen und Kriege in der Welt überwiegend aus dem Informationsangebot der Fernsehanstalten und anderer ↑Medien. Doch leider lautet das Motto für die Auswahl vieler Berichte „Bad news are good news“. Wenn im Fernsehen über Entwicklungen in anderen Ländern berichtet wird, dann dominieren Meldungen über Gewalt und Krieg. Hinzu kommt, dass der Stellenwert der Auslandsberichterstattung bei den öffentlich-rechtlichen Sendern (also vor allem ARD und ZDF) immer mehr abnimmt. Bei den privaten Sendern war er von Beginn an gering.



Auslandsberichtersteller leben manchmal gefährlich. Die Organisation „Reporter ohne Grenzen“ veröffentlicht jährlich einen „Press Freedom Barometer“ über den Stand der Pressefreiheit weltweit. Der Jahresbericht 2002 enthält erschreckende Zahlen: 1.420 gewaltsame Übergriffe gegen die Berichtersteller wurden nachgewiesen.

Manche Journalisten und Reporter engagieren sich für eine Stärkung des Friedensjournalismus und berichten nicht nur über Kriegsgräuel, sondern verstärkt über ↑Friedensprozesse und -initiativen.

www.tagesschau.de; **www.heute.t-online.de**; **www.rtlnews.de**;
www.reporter-ohne-grenzen.de; **www.peace-counts.org**



Manipulationsraster

Manipulationen im Fernsehen entstehen z.B. durch

- Unterschlagung von Bildern
- Hinzufügung von Bildern
- Zu schnelle Schnittfolge / zu langsame Schnittfolge
- Kommentar und Bild stimmen nicht überein
- Ungenügende Recherche
- Überfrachtung durch Information
- Unterschlagung zugänglicher Information
- Eingriff in das Bildmaterial
- Tendenziöse Sprechweise
- Falschmeldungen
- Falsche O-Töne zum Bildmaterial
- „Propagandistische“ Musik
- Falsche Übersetzung aus der Fremdsprache
- Vorzensur durch Sender
- Nachzensur
- Bildmonopol bestimmter Stellen (z.B. Presseoffiziere)
- „Schere im Kopf“ des Redakteurs.

Christian Hörburger, Medienpädagoge

Auslandseinsätze „Die Sicherheit Deutschlands wird auch am Hindukusch verteidigt“, so der Bundesminister der Verteidigung im Dezember 2002. Der Hindukusch ist ein Gebirge, dessen östliches Drittel auf pakistanischem Staatsgebiet liegt, während der Hauptteil zu Afghanistan gehört. Seit dem Ende des ↑ Ost-West-Konfliktes haben sich die Bedrohungsszenarien für Deutschland grundlegend geändert. Die Wahrscheinlichkeit eines militärischen Angriffes auf die territorialen Grenzen wird immer geringer, und die Vorbereitungen auf eine mögliche Landesverteidigung verlieren an Bedeutung. Demgegenüber steigt für die Bundeswehr der Stellen-

wert militärischer Auslandseinsätze. In den „Verteidigungspolitischen Richtlinien des Bundesministeriums für Verteidigung“ aus dem Jahr 2003 wird festgeschrieben, dass die ↑Sicherheit Deutschlands und der Bündnispartner in der ↑NATO dort zu wahren sei, wo sie gefährdet wird – durch regionale Konflikte und ↑Kriege, durch ↑Terrorismus oder Verbreitung von ↑Massenvernichtungswaffen. Dementsprechend wird die Bundeswehr um- und neu ausgerüstet. Zukünftig sollen von den rund 280.000 Soldaten der Bundeswehr bis zu 35.000 Soldaten weltweit eingesetzt werden können. Im Jahr 2003 waren fast 8.000 Angehörige der Bundeswehr außerhalb des NATO-Gebietes stationiert, davon 3.900 im Kosovo. Die Teilnahme an Interventionen ist innen- und außenpolitisch umstritten und eine Herausforderung für Berufssoldaten und Wehrpflichtige. Diese legen folgendes Gelöbnis ab: „Ich gelobe, der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen“.

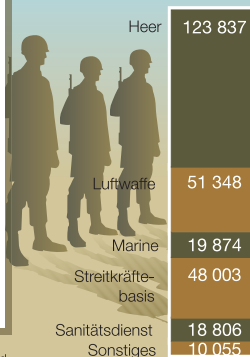
www.einsatz.bundeswehr.de

Die Bundeswehr

Soldaten im Auslandseinsatz:	ca. 7 900
KFOR (Kosovo Force)	ca. 3 900
ISAF (International Security Assistance Force) Afghanistan, Usbekistan	ca. 2 050
SFOR (Stabilization Force) Bosnien u. Herzegowina	ca. 1 150
Active Endeavour (Mittelmeer)	ca. 450
EF (Enduring Freedom (Horn von Afrika)	ca. 250
UNOMIG (United Nations Mission in Georgia)	11
UNMEE (United Nations Mission in Ethiopia und Eritrea)	2

271 923 Soldaten insgesamt

Soldaten nach Teilstreitkräften



dpa

Grafik 9497

Quelle: BMVg

Letzter verfügbarer Stand

Auslandsinvestitionen ↑ Investitionen gelten als Motor der ökonomischen Entwicklung. Immer mehr Unternehmen und ↑ Global Player investieren gezielt im Ausland, um höhere Gewinne zu erzielen: Sie suchen sich einen absatzstrategisch guten und kostengünstigen Produktionsstandort und verlagern ihr Know-How dorthin. ↑ Standort

Außenhandel Teil wirtschaftlicher Globalisierung ist der Außenhandel der einzelnen ↑ Staaten und -gruppen. Unter Außenhandel versteht man alle wirtschaftlichen Aktivitäten und Initiativen, die der Unterhaltung von wirtschaftlichen Beziehungen zum Ausland, in der Regel dem gewerbsmäßigen Gütertausch dienen. Deutschland verfügt über einen sehr umfangreichen Außenhandel und gilt weltweit als wichtiges Exportland.

Austausch Niemals zuvor in der Geschichte der Menschheit war es einfacher, sich mit Menschen in anderen Weltregionen und aus anderen Kulturkreisen „auszutauschen“, d.h. mit ihnen in eine direkte ↑ Kommunikation zu treten: über Telefon, E-Mail oder traditionell per Post. Unter Austausch versteht man aber auch den gegenseitigen Ortswechsel, wie er zum Beispiel im Rahmen eines Schüleraustausches vorgesehen ist: „Ich komme in deine Familie, und du bist bei uns willkommen“. Voraussetzungen sind die Bereitschaft zum Austausch und die Möglichkeiten und Fähigkeiten, Austauschpartner↔ zu finden.

Auswärtiges Amt Das AA vertritt als Bundesministerium („Außenministerium“) die Interessen Deutschlands, fördert den internationalen Austausch und bietet deutschen Staatsbürgern↔ im Ausland Schutz und Hilfe an. Das AA verfügt weltweit über 200 Auslandsvertretungen. Dazu gehören ständige Vertretungen bei ↑ internationalen Organisationen sowie die Präsenz in anderen Ländern durch Botschaften und Generalkonsulate. Wichtige Themen der Außenpolitik sind die Gestaltung der Friedenspolitik, die globale Zusammenarbeit und die Beziehungen zu anderen Ländern und Regierungen. Auch die auswärtige Kulturpolitik ist Teil der Außenpolitik.

www.auswaertiges-amt.de

Bevölkerungsentwicklung „Bevölkerungsflut“, „Bevölkerungsexplosion“, „Bevölkerungsbombe“ – mit diesen alarmierenden, bedrohlichen Begriffen wird in der politischen Diskussion die Tatsache beschrieben, dass die Weltbevölkerung wächst (Stand Juli 2004: 6,4 Milliarden Menschen). Prognosen gehen von rund 10 Mrd. Menschen im Jahr 2050 aus. Hohen Wachstumsraten im Süden stehen sinkende Raten in den Industrieländern entgegen: Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes hat Deutschland rund 82,5 Millionen Einwohner. Nach der „mittleren Variante“ der Vorausberechnung wird die Bevölkerungszahl nach einem geringen Anstieg auf 83 Millionen ab dem Jahr 2013 zurückgehen und bis zum Jahr 2050 auf das Niveau des Jahres 1963 (gut 75 Millionen Einwohner) sinken.

Bevölkerungsentwicklung (Prognose der UN): 1950: 2,5 Mrd.; 1960: 3,0 Mrd.; 1970: 3,6 Mrd.; 1980: 4,4 Mrd.; 1990: 5,2 Mrd.; 2000: 6,1 Mrd.; 2010: 7,0 Mrd.; 2020: 7,8 Mrd.; 2030: 8,6 Mrd.; 2040: 9,3 Mrd.; 2050: 9,8 Mrd.

www.weltbevoelkerung.de

? In der Vergangenheit stand bei der Bevölkerungsentwicklung häufig die Frage im Vordergrund, wie die vielen Menschen ernährt werden können. Heute dagegen wird diskutiert, inwieweit das Bevölkerungswachstum im Süden der Erdkugel eine Bedrohung für Umwelt, Entwicklung und Sicherheit auf der ganzen Erde, vor allem aber in den Industrieländern darstellt. Besonders die [↑]Ressourcenproblematik steht im Vordergrund. Beachtet werden muss bei dieser Diskussion, dass die Bevölkerung der Industrieländer, rund ein Viertel der Menschheit, rund drei Viertel der fossilen Brennstoffe verbraucht.

Bildung Bildung ist ein \uparrow Menschenrecht. „Mehr als 100 Millionen Kindern wird ein grundlegendes Menschenrecht verweigert – das Recht auf Bildung, niedergeschrieben in den Menschenrechtserklärungen und der UN-Konvention zu den Kinderrechten“, so der UN-Generalsekretär Kofi Annan. Nach UN-Schätzungen würden pro Jahr 5,6 Milliarden US-Dollar zusätzliche Finanzmittel ausreichen, um allen Kindern eine Grundbildung zu ermöglichen. Aber auch in der industrialisierten Welt bekommt Bildung für die Chancen auf dem globalisierten \uparrow Arbeitsmarkt einen immer höheren Stellenwert.



Biopiraterie Biopiraterie nennen Kritiker die „Jagd“ mancher Pharmakonzerne und Saatgutfirmen auf Patente in der \uparrow Dritten Welt. So sichern diese sich exklusive Rechte an der Vermarktung der Produkte, erzielen hohe Gewinne und zerstören Jahrhunderte alte Traditionen und Einkommensstrukturen. Jährlich exportiert Indien zum Beispiel rund 480.000 Tonnen Basmati-Reis, über 200.000 Kleinbauern in der Punjab-Region leben vom Anbau und vom Export. Im Jahr 1997 jedoch ließ sich eine amerikanische Firma eine angeblich neu gezüchtete Basmati-Reissorte patentieren. Dies ist zum einen für die Verbraucher irreführend, zum anderen hat es vor allem für die indischen Kleinbauern negative wirtschaftliche Folgen.

Jedes Land, das der [↑]Welthandelsorganisation WTO beitrifft, muss das „Abkommen über handelsbezogene Rechte geistigen Eigentums“ unterzeichnen. Dieses Abkommen regelt die Patentierung, auch von Pflanzen und Tieren. Viele Betroffene, zum Beispiel die indigenen – also die traditionellen – Völker mit ihrer pflanzlichen Heilkultur, haben mit Patentierungsverfahren keine Erfahrung und sind von diesem Aspekt der Globalisierung völlig überfordert.

www.biopiraterie.de

BMZ Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hat – im Gegensatz zu Bundesministerien in der Hauptstadt Berlin - seinen Sitz in Bonn. Das BMZ ist zuständig für die Planung und Umsetzung der Entwicklungspolitik der Bundesregierung und trägt den staatlich finanzierten Teil zur [↑]Entwicklungszusammenarbeit bei. Mit den Mitteln des Entwicklungshaushaltes werden u.a. große Teile der Maßnahmen des Bundes zur weltweiten [↑]zivilen Konfliktbearbeitung oder zum internationalen [↑]Klimaschutz finanziert.

www.bmz.de

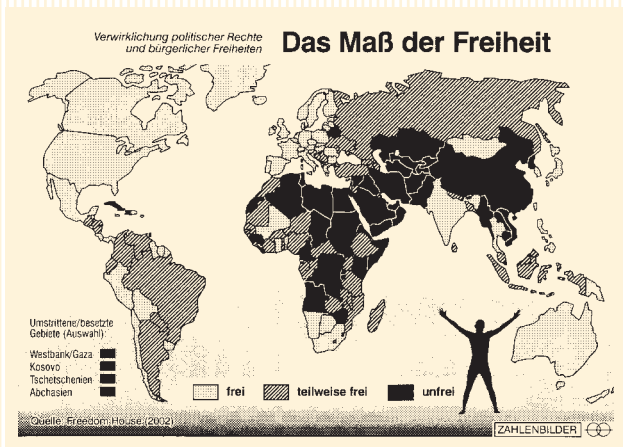
Bürgerkrieg → Kriegsgeschehen

d

Demokratie Seit dem vergangenen Jahrhundert setzt sich weltweit die Demokratie als diejenige Staatsform immer mehr durch, in der die Interessen der Menschen am ehesten Gehör finden und in konkrete Politik umgesetzt werden. Demokratie war allerdings schon in ihrer ursprünglichsten Form im antiken Griechenland „eingeschränkt“, denn dort war es nur den Männern vorbehalten, die „Herrschaft des Volkes“ auszuüben. Viele Länder, so auch die Bundesrepublik, verfügen heute über eine repräsentative

Demokratie, in der die gewählten Vertreter die Interessen des Volkes gewährleisten sollen. Neben der Demokratie als Staatsform ist die Demokratie auch als politisches Prinzip und als Lebensform bedeutsam. Denn ohne die Anerkennung des Mehrheitsprinzips und ohne demokratisches Bewusstsein kann es auch keine Demokratie als Staatsform geben.

„Demokratien führen gegeneinander keine Kriege“, so eine wichtige Erkenntnis der Friedensforschung. Allerdings haben auch Demokratien die Kriegsführung nicht abgeschafft und führen aus unterschiedlichen Gründen militärische Interventionen gegen Nicht-Demokratien durch.



Deregulierung Wirtschaftliches Programm nach dem Motto: Je weniger der wirtschaftliche Wettbewerb reguliert wird, desto größer ist die volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Wirtschaftskritiker verweisen mit dem Begriff Deregulierung auf die negativen Folgen der ökonomischen Globalisierung. Gemeint ist damit die Summe aller politischen und wirtschaftlichen Anstrengungen, möglichst viele, national oder international

vereinbarte wirtschaftlichen Schutzregeln (z.B. Handelshemmnisse, Tarifverträge, Schutzbestimmungen für Arbeitnehmer^z) zugunsten eines freien Handels abzuschaffen. Es gibt Befürchtungen, dass in der Folge die Rechte der Arbeitnehmer^z weltweit geschwächt und soziale Errungenschaften abgebaut werden.



Devisenhandel Unter dem [↑]Welthandel mit Gütern und Waren können sich auch ökonomische Laien noch etwas Konkretes vorstellen – der Devisenhandel entzieht sich demgegenüber der Vorstellungskraft. Devisen sind Bankguthaben, Schecks oder so genannte Wechsel in fremder Währung im Ausland - also keine Geldscheine oder Münzen. Der Devisenhandel ist in den Blickpunkt des öffentlichen Interesses gerückt, weil damit an der Börse und bei Spekulationen viel Gewinn erwirtschaftet wird. Ein Vorschlag zur Besteuerung des Devisenhandels ist die [↑]Tobinsteuer.

Dialog Der Begriff kommt aus dem Griechischen und bedeutet so viel wie „Zwiegespräch“. Die Bereitschaft zum Dialog, also zu einem fairen Gespräch mit Personen, die anders fühlen, denken oder auch handeln als man selbst, wird in einer Welt der Globalisierung immer wichtiger. Besonders der interkulturelle Dialog verlangt viel Empathie, also die Fähigkeit, sich in andere hinein zu versetzen (↑ interkulturelles Lernen).

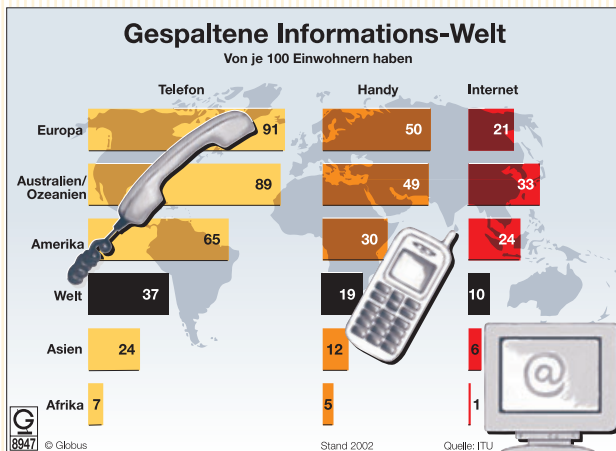


Hilfreiche Diskussionsregeln

1. Das Ergebnis der Diskussion kann nicht vorab festgelegt werden, sondern muss offen bleiben. Keine Person darf der anderen ein Bekenntnis abverlangen.
2. Keine Person darf der anderen ihren Diskussionsstil aufzwingen. Jede muss ihren Weg finden, mit dem/den Diskussionsstil(en) aller anderen umzugehen – sei es durch Übernahme, sei es durch Kritik, sei es durch Thematisierung der Wirkungen.
3. Keine Person darf die Richtigkeit der eigenen Position mit der Fehlerhaftigkeit der anderen begründen. Die Überzeugungen und Werte der anderen Personen sollen nicht verletzend oder diffamierend wiedergegeben werden.
4. Niemand darf in einen Konsens gezwungen werden. Die Gemeinsamkeiten zu suchen heißt, das Trennende auszuhalten.
5. Verletzungen der Diskussionsregeln, die unausweichlich in einem lebendigen Gespräch geschehen, wenn Spannungen ans Licht drängen, sollen benannt und produktiv aufgegriffen, aber nicht übelgenommen werden.

Hanne Margret Birckenbach, Friedensforscherin

Digitaler Graben Wer an den Vorteilen der Globalisierung teilhaben möchte, ist auf die Nutzung der neuen Kommunikations- und Informationstechnologien angewiesen. Doch die Teilung der Welt in wohlhabende und arme Länder zeigt sich auch bei der Verteilung der diesbezüglichen Ressourcen. Denn über sechzig Prozent der Erdbevölkerung haben noch nie einen Telefonhörer in der Hand gehalten, geschweige denn Faxe verschickt, Seiten im Internet aufgerufen oder eine E-Mail versandt. Man spricht heute in diesem Zusammenhang von „digital divide“, der digitalen Trennungslinie zwischen der industrialisierten und der entwicklungsbedürftigen Welt.



Im Dezember 2003 wurde von der Weltorganisation für Telekommunikation (ITU) ein „Index des digitalen Zugangs“ veröffentlicht. Diese Rangliste – sie bewertet die Infrastrukturausstattung eines Landes, die Kosten des Internetzugangs, den Bildungsgrad der Nutzer, die Qualität des Kommunikationsnetzes sowie die tatsächliche Nutzung – wird von den nordeuropäischen Ländern Schweden, Dänemark und Island sowie von Südkorea

angeführt, gefolgt von weiteren großen Industrieländern. Ganz am Ende steht eine Gruppe von Ländern, zu der ein Großteil der ärmsten Entwicklungsländer gehört.

Die große Mehrheit der Internet-Nutzer befindet sich in den USA und Europa, gefolgt von einigen asiatischen Staaten. Demgegenüber eröffnet sich den Menschen in vielen afrikanischen Ländern der Zugang zur Internet-Welt nur schleppend. Es fehlen grundlegende infrastrukturelle Voraussetzungen wie stabile Elektrizitätsversorgung und Telefonleitungen sowie Ressourcen und Know-How für den Aufbau eines Vertriebs- und Wartungssystems. Hinzu kommt, dass die Lizenzgebühren für die notwendige Software teuer von den marktbeherrschenden Global Player erworben werden müssen. Vielen Entwicklungsländern verschließt sich der Zugang, zumal eine selbstbestimmte Entwicklung kaum möglich erscheint. Südafrika gilt als das einzige dieser Länder, das stetig die Möglichkeiten für eine Teilhabe an der weltweiten [↑]Kommunikation verbessern kann. Die digitale Spaltung (s.o.) untermauert die Dominanz der führenden Industrienationen und teilt die Welt in Regionen von gut und weniger gut informierten und vernetzten Personengruppen.

Diplomatie Ein Diplomat ist ein höherer Beamter im Dienst des [↑]Auswärtigen Amtes. Unter Diplomatie versteht man auch eine geschickte Gesprächs- und Verhandlungsführung, die nach Übereinstimmung zwischen den Gesprächs- und Konfliktparteien sucht und sich unparteiisch verhält.

Dritte Welt Die Auseinandersetzung darüber, mit welchen Begriffen die Welt eingeteilt oder unterteilt werden soll, führt schon seit Jahren zu keinem befriedigenden Ergebnis. Der Begriff „Dritte Welt“ geht auf die Zeit des [↑]Ost-West-Konfliktes zurück, als sich die westlich orientierten, kapitalistischen Länder und die östlichen sozialistischen Länder feindlich gegenüberstanden. Die Länder des Westens wurden als „Erste Welt“ bezeichnet, die des Ostens als „Zweite Welt“. [↑]Entwicklungsländer im

Süden, die politisch oder wirtschaftlich einen eigenen Weg gehen wollten, wurden als „Dritte Welt“ zusammengefasst. Schon in der Vergangenheit hatte dieser Begriff für viele entwicklungspolitische [↑]NROs einen abwertenden Charakter. Ein Vorwurf, der auch auf den undifferenzierten Sammelbegriff [↑]Entwicklungsländer zutrifft.

Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes hat die beschriebene Dreiteilung der Welt jeglichen Hintergrund verloren.

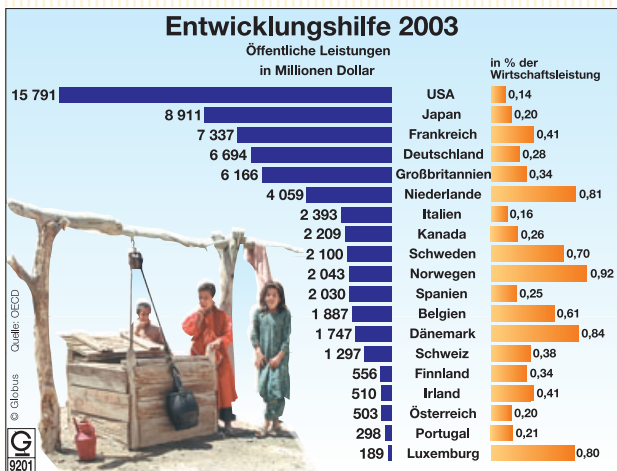
Die Wahrnehmung der Welt als „Eine Welt“ ist eine Reaktion auf die wachsenden Verflechtungen und macht deutlich, dass Probleme wie die [↑]globalen Gefährdungen nur gemeinsam gelöst werden können. Kritiker^z dieses Begriffes weisen aber darauf hin, dass keineswegs von der „Einen Welt“ gesprochen werden kann. Denn immer noch gibt es ein großes Wohlstandsgefälle zwischen Arm und Reich, und noch sind viele Länder des Südens weitaus stärker von den (Um-)Weltproblemen betroffen.

e

Eine Welt [↑]Dritte Welt

El Kaida [↑]Terrorismus

Emissionshandel Die für das Jahr 2005 im Rahmen der [↑]Europäischen Union geplante Einführung des Emissionshandels ist ein gewichtiger Beitrag zum internationalen [↑]Klimaschutz und zielt auf eine möglichst kostengünstige Senkung der klimaschädlichen Treibhausgase ab. Deutschland hat sich verpflichtet, seine Treibhausgase bis 2012 um 21 Prozent zu reduzieren. Kern des Emissionshandels: Industrieanlagen und Kraftwerke bekommen die Genehmigung für den Ausstoß einer bestimmten Menge an Kohlendioxid (CO²). Wer mehr Abgase abgibt, muss extra bezahlen, wer weniger Schadstoffe ausstößt, kann seine Emissionsrechte verkaufen.



Entwicklungsländer Länder mit einem vergleichsweise niedrigen wirtschaftlichen Leistungsstand (gemessen am Pro-Kopf-Einkommen der Bevölkerung) werden in der Regel als Entwicklungsländer bezeichnet. Im Sprachgebrauch der internationalen Organisationen wie der \uparrow UNO wird zudem der Begriff der am wenigsten entwickelten Länder (Least Developed Countries, LDC) verwendet, worunter die 49 Länder mit der größten \uparrow Armut gefasst sind. Der Begriff wird häufig mit der Bezeichnung \uparrow Dritte Welt gleichgesetzt, ist aber unbefriedigend. Er ist einerseits diskriminierend, weil nicht nur die wirtschaftliche Leistung über den „Entwicklungsstand“ eines Landes etwas aussagen kann. Andererseits ist der Begriff sehr unspezifisch, weil sehr unterschiedliche Länder darunter verstanden werden – reiche Ölländer genauso wie ressourcenschwache Länder in Afrika. Trotzdem ist der Begriff als Sammelbegriff weiterhin gebräuchlich.

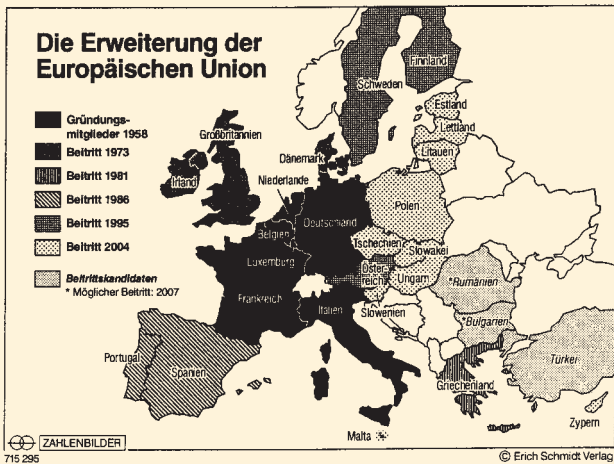
Entwicklungsministerium [↑]BMZ

Entwicklungszusammenarbeit Seit über dreißig Jahren versprechen die Industrieländer, mindestens 0,7 Prozent ihres Bruttosozialproduktes (BSP) als öffentliche Entwicklungshilfe an die [↑]Entwicklungsländer zu leisten. Tatsächlich geht der Anteil der deutschen Entwicklungshilfe am BSP kontinuierlich zurück (2003: 0,27%). Trotz unzureichender Mittel hat die Entwicklungszusammenarbeit (EZ) – wie Entwicklungshilfe in der Fachwelt als übergreifender Begriff genannt wird – in den [↑]Armutregionen dieser Erde mit dazu beigetragen, dass zum Beispiel die Kinder- und Müttersterblichkeitsrate gesunken, die [↑]Alphabetisierung weiter fortgeschritten und die Lebenserwartung der Menschen insgesamt gestiegen ist. Die EZ soll zukünftig noch mehr als Querschnittsaufgabe verstanden werden: Entwicklungspolitik, Außen- und Friedenspolitik, Umweltpolitik, Handels- und Finanzpolitik lassen sich in Zeiten der Globalisierung nicht mehr trennen.

Ethnien Ethnien sind Gruppen von Menschen, die derselben Kultur angehören, vor allem dieselbe Sprache sprechen, eine gemeinsame Vergangenheit, gemeinsame Erfahrungen, Rituale, Traditionen und Erinnerungen haben. Ethnien rücken häufig dann ins öffentliche Bewusstsein, wenn sie als politische Minderheiten Anlass, Auslöser oder Gegenstand von Konflikten sind. Dies ist keine Seltenheit: In fast zwei Dritteln der 127 größeren Staaten der Welt ist mindestens eine Minderheit beheimatet, und gar in 40% aller Staaten leben mehr als fünf größere ethnische Gruppen, von denen mindestens eine Benachteiligungen und Repressionen ausgesetzt ist. Manchmal wird das Bedürfnis der Menschen, zu einer Gruppe zu gehören und dort eine [↑]Identität zu finden, auch machtpolitisch von politischen Führern [↔]ausgenutzt. Dann werden zum Beispiel Gemeinsamkeiten in der Vergangenheit beschworen, die es gar nicht gibt und die nur dazu dienen, den Zusammenhalt gegen die Nichtzugehörigen zu stärken.

Europäische Union Im Dezember 1991 beschlossen die Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft (EG) die Gründung einer gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsunion, die EU.

Nach dem Beitritt von zehn neuen Mitgliedsländern im Mai 2004 bilden die 25 Mitgliedsstaaten den größten Binnenmarkt der Welt. Er wächst mit der Integration der mittel- und osteuropäischen Länder um fast 100 Millionen Menschen zu einem Wirtschaftsraum von fast 500 Millionen Bewohnern. „Das erweiterte Europa kann seine Interessen in der globalisierten Wirtschaft so noch wirkungsvoller wahrnehmen“, so die Europäische Kommission. Die Europäische Union versteht sich nicht nur als Wirtschafts- und Politikgemeinschaft, sondern auch als Wertegemeinschaft. Nach langen Diskussionen konnte im Juni 2004 eine gemeinsame Verfassung entworfen werden, die von den Mitgliedsländern noch ratifiziert werden muss.
www.europa-web.de; www.eu-kommission.de; www.europa.eu.int





Die Werte der Union (Artikel 2)

„Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte; diese Werte sind allen Mitgliedsstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und Nichtdiskriminierung auszeichnet.“

Auszug aus dem EU-Verfassungsentwurf

f

Fairer Handel Auf dem Weltmarkt können Kleinbauern[☺] häufig nur Niedrigpreise für ihre Produkte erzielen. Damit können sie oft nicht einmal ihre Produktions- und Lebenshaltungskosten abdecken. Der Faire Handel garantiert Kleinbauern[☺] und Produzenten[☺] in der Dritten Welt Mindestpreise, die ihnen den Lebensunterhalt ermöglichen und erlauben, auch in ihre wirtschaftliche und soziale Zukunft zu investieren. Die typischen Produkte aus dem Fairen Handel sind Nahrungsmittel, die fast ausschließlich in [↑]Entwicklungsländern angebaut bzw. hergestellt werden – zum Beispiel Kakao, Tee, Kaffee oder Bananen.

Jede Woche werden rund 3.000 Kisten zu 18 Kilo mit fair gehandelten Bananen für den deutschen Markt angeliefert. Rund 4,5 Millionen Produzenten[☺] sowie deren Familien in 45 Ländern profitieren bereits heute vom Fairen Handel.

Die Bundesregierung will den Marktanteil für fair gehandelte Produkte bis 2005 auf zwei Prozent verdoppeln. Dafür ist sie bereit 6,48 Millionen € zu investieren und unterstützt die Informationskampagne fair-feels-good.

Der Internationale Dachverband „Fairtrade Labeling Organizations International“ gibt die Richtlinien für den fairen Handel vor, kontrolliert die Produzenten sowie die Ex- und Importeure.

www.fair-feels-good.de; www.gepa3.de oder www.bmz.de



Kriterien des Fairen Handels

- Dialog über Entwicklungsziele
- Partnerschaftsvereinbarungen bei gemeinsamen Projekten
- Zahlung fairer Preise, die Produktions- und Lebenshaltungskosten decken, darüber hinaus noch Spielraum für Entwicklungsaufgaben lassen
- Vorfinanzierung auf Anfrage
- Langfristige Handelsbeziehungen
- Beratung bei der Produktentwicklung und der Exportabwicklung
- Förderung von Biologischer Landwirtschaft

Finanzmärkte Auf den unterschiedlichen Finanzmärkten wird nicht mit Waren, sondern mit Geld, Wertpapieren oder Devisen gehandelt. Gerade der Wertpapierhandel (↑ Aktien) hat in den letzten Jahren im Zeichen der Globalisierung erheblich zugenommen. Das Funktionieren von Finanzmärkten ist von einem feingliedrigen Finanzsystem abhängig, also der Verfügbarkeit einer intakten Infrastruktur und eines angemessenen institutio-

nellen Rahmens. Wichtige Akteure auf den Finanzmärkten sind die Banken. Globalisierungskritiker problematisieren die mangelnde Regulierung und Kontrolle der Finanzmärkte und plädieren u.a. für eine Stärkung der Bankenaufsicht und eine größere Markttransparenz.

Flüchtlinge Als Flüchtlinge werden von der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 solche Personen anerkannt, die „aus wohlbegründeter Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befinden, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzen“.



↑Kriege und die Verletzung von ↑Menschenrechten in vielen ↑Staaten der Welt sind die Hauptgründe, warum Menschen ihr Land verlassen und fliehen. Die Zahl der Männer, Frauen und Kinder, die sich aus Angst und Sorge um ihr Leben zur Flucht gezwungen sehen, ist sehr hoch. Nach Anga-

ben vom UNHCR, der Flüchtlingskommission der [↑]UNO, gab es im Jahr 2003 17,1 Millionen Flüchtlinge. Die meisten Menschen fliehen innerhalb Asiens und Afrikas. Der überwiegende Teil der Flüchtlinge wird von Nachbarstaaten aufgenommen, die oftmals aufgrund ihrer eigenen Armut kaum in der Lage sind, die Flüchtlinge angemessen unterzubringen und zu versorgen. Flüchtlinge verfügen aufgrund der Genfer Flüchtlingskonvention über ein Minimum an Rechten. Das Recht auf [↑]Asyl, also die Aufnahme von Flüchtlingen, wird von den einzelnen Staaten unterschiedlich geregelt. Flüchtlinge sind Teil von weltweiten [↑]Migrationsbewegungen.

www.unhcr.org



Flüchtlinge 2003

Flüchtlinge in ein anderes Land 9,70 Mio.

Rückkehrer 1,10 Mio.

Binnenflüchtlinge
(im eigenen Land Vertriebene) 4,20 Mio.

Zurückkehrende Vertriebene
im eigenen Land 0,23 Mio.

Asylsuchende 0,99 Mio.

Sonstige (z.B. Staatenlose) 0,91 Mio.

Fremdenfeindlichkeit Ablehnende Einstellungen und Verhaltensweisen bis hin zur Gewaltanwendung gegenüber „Fremden“: Fremdenfeindlichkeit ist häufig Ausdruck von diffusen Ängsten und Aggressionen. Den „Fremden“ wird pauschal eine „Sündenbock-Funktion“ zugeschrieben und ihnen damit die Schuld an vielen gesellschaftlichen (oder sozialen) Problemen in Deutschland gegeben (Arbeitslosigkeit, Kriminalität, Belas-

tung der Sozialsysteme, kulturelle „Überfremdung“). Fremdenfeindlichkeit ist immer auch ein Bestandteil rechtsextremistischer ↑ Ideologien, zu deren Grundpfeilern Nationalismus und Rassismus gehören. „Sie sind von der Vorstellung geprägt, dass die ethnische Zugehörigkeit zu einer ↑ Nation oder Rasse die größte Bedeutung für das Individuum besitzt. Ihr sind alle anderen Interessen und Werte, auch die Menschen- und Bürgerrechte, untergeordnet“, so heißt es auf der Homepage des Bundesamtes für Verfassungsschutz über rechtsextremistische Ideologien.

Gruppen, Schulen oder Organisationen, aber auch europaweite und internationale Netzwerke engagieren sich gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus.

www.buendnis-toleranz.de; www.gesichtzeigen.de;

www.verfassungsschutz.de; www.netz-gegen-rechts.de



SICHERHEITSPAKET - OBACHT! NICHT UNERHEBÜCKER
ERWARTUNGSHORIZONT!

Friedensprozesse „Der Friedensprozess ist ins Stocken geraten...“ – Mit dieser Aussage wird in den Nachrichten häufig über Hiobsbotschaften aus den Krisen- und Kriegsregionen der Welt berichtet, ob aus Nordirland, dem Sudan oder dem Nahen Osten. Friedensprozesse sind wichtig, um ↑Kriege zu beenden, Kriegsfolgen zu beseitigen und einen dauerhaften Frieden vorzubereiten. Was aber ist Frieden? Häufig wird von einem doppelten Friedensbegriff gesprochen. „Negativer Frieden“ bedeutet, dass keine direkte, persönliche, körperliche Gewalt mehr stattfindet, dass die Waffen ruhen. Aber mit einem Waffenstillstand ist noch lange kein Frieden geschaffen. Deshalb spricht man von einem „positiven Frieden“ als einem anhaltenden Prozess, in dem Gewalt abnimmt und Gerechtigkeit zunimmt. Dies bedeutet auch das Fehlen von Ausbeutung, eine positive wirtschaftliche und soziale Entwicklung, Freiheit, Pluralismus, die Verwirklichung von ↑Menschenrechten und schließlich die jedem Menschen einzuräumende Möglichkeit, sich gemäß seinen Anlagen und Fähigkeiten selbst zu entfalten.

www.friedenspaedagogik.de

Fundamentalismus Fundamentalismus ist das kompromisslose Festhalten an den eigenen politischen oder religiösen Grundsätzen und behindert weltweit das Aufeinanderzugehen und Miteinanderleben der Menschen. Fundamentalistische Strömungen in den Religionen gewinnen immer dann besonders an Einfluss, wenn Menschen aufgrund einer sich rasch ändernden Umwelt auf der Suche nach Orientierung und ↑Identität sind. Diese Suche der Menschen wird von Vertretern fundamentalistischer Gruppen ausgenutzt und für ihre Ziele instrumentalisiert. Weltoffene Meinungen und liberale ↑Lebensstile werden abgelehnt.

Nach den ↑Terroranschlägen des 11. September 2001 wurde der islamisch geprägte Fundamentalismus häufig zu Unrecht mit der islamischen Religion gleichgesetzt, die über sehr viele unterschiedliche und moderne Strömungen verfügt.

Fußball Das Spiel mit dem runden Leder ist eine globale Angelegenheit. Der Weltfußballverband FIFA hat 205 Mitgliedsverbände und vertritt damit mehr Länder als die [↑]UNO. Nach einer Umfrage der FIFA spielen weltweit 242 Millionen Menschen Fußball. Noch viel mehr Fußballbegeisterte gibt es vor den Bildschirmen: Bei der Weltmeisterschaft 2002 in Korea und Japan wurden 28,8 Milliarden Zuschaltungen gezählt. Rekordsummen werden bei den Transfers der hochbezahlten Spieler [↔] auf dem internationalen Spielermarkt verzeichnet. Das Gegenteil gilt für die Gehälter in der [↑]Sportartikelindustrie.

Umstrittene Spielereinkäufe von Kindern und Jugendlichen gehören zu den Schattenseiten des globalen Fußballgeschäftes, ebenso wie die anhaltende Gewaltbereitschaft und der Rassismus mancher Zuschauer [↔] in den Stadien – häufig angestachelt durch Aggressivität, brutale Fouls und mangelndes Fairplay-Verhalten auf dem Rasen.

Neuerdings werden das Interesse von Kindern und Jugendlichen am Straßenfußball von [↑]Nichtregierungsorganisationen weltweit aufgegriffen und Fußball als Ansatz der Gewaltprävention getestet.

www.fifa.com; **www.streetfootballworld.org**

g

GATS Abkürzung für „General Agreement on Trade in Services“. GATS ist ein Abkommen der Mitgliedsstaaten der [↑]Welthandelsorganisation (WTO) zur Liberalisierung des weltweiten Dienstleistungssektors. Vorgesehen ist dessen uneingeschränkte Öffnung für den Wettbewerb. Alle öffentlichen Güter und Dienstleistungen, zum Beispiel [↑]Bildung, [↑]Medien oder der Nahverkehr, werden daraufhin geprüft, ob nicht private Anbieter durch öffentliche Anbieter benachteiligt werden. So soll das öffentliche Gut „[↑]Wasser“ privatisiert und dem freien Markt übergeben werden.

Kritiker befürchten, dass die [↑]Staaten so Möglichkeiten zur Regulierung des Marktgeschehens verlieren.

GATT Das „Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen“ (General Agreement on Tariffs and Trade, GATT) wurde 1947 zur Grundlage der Welthandelsordnung der Nachkriegszeit. Die Vertragspartner des GATT verständigten sich auf eine Reihe von Prinzipien, darunter das Prinzip der Meistbegünstigung. Dies bedeutet, dass jede Vergünstigung, die ein Land einem anderen Handelspartner gewährt, auch allen anderen zugute kommt. In acht zum Teil langjährigen Verhandlungsrunden beschäftigte man sich mit Zollsenkungen, dem Abbau von Subventionen oder mit der Ausgestaltung des Internationalen Dienstleistungshandels (↑GATS). Mitte der neunziger Jahre ging das GATT als Internationale Organisation in die ↑Welthandelsorganisation (WTO) über.

Gender Während es im Deutschen nur den Begriff „Geschlecht“ gibt, werden im Englischen zwei Begriffe unterschieden: Mit „sex“ wird das biologische Geschlecht bezeichnet, mit „gender“ das soziale. Beim letztgenannten geht es um Verhaltensweisen und Rollen von Männern und Frauen, die nicht als biologischer Geschlechtsunterschied verankert sind, sondern durch die Lebensumgebung vermittelt und in der Sozialisation erlernt werden.

Die Gleichstellung der Geschlechter ist im Zusammenhang der ↑Globalisierung ein herausragendes Thema. Untersuchungen und mehrere Tagungen der Weltkonferenzen der ↑UNO haben ergeben, dass Frauen weltweit häufig zu den Verlierern der Globalisierung gehören.

Gleichzeitig gewinnen die Frauen-↑Nichtregierungsorganisationen an Bedeutung, weil sie im Gefolge der Globalisierung weltweit zunehmen, kommunizieren und sich vernetzen. Übrigens zeigen viele Untersuchungen, dass Geschlechtergleichheit und Friedfertigkeit einer Gesellschaft in einem positiven Verhältnis zueinander stehen. Die Gestaltung geschlechtergerechter Verhältnisse, also die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an allen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Prozessen, gilt als wesentlicher Bestandteil der Demokratisierung einer Gesellschaft.

www.terre-des-femmes.de

Genfood Seit 1996 werden gentechnisch veränderte Pflanzen weltweit zu kommerziellen Zwecken angebaut. Durch Manipulationen der Gene wird erreicht, dass die Pflanzen weniger anfällig für Schädlinge sind – die Landwirte müssen also weniger Pestizide spritzen und erhalten so höhere Erträge. Während der deutsche Lebensmittelmarkt noch weitgehend „gentechnikfrei“ ist, enthalten in den USA bereits zwei Drittel aller Lebensmittel Bestandteile gentechnisch veränderter Organismen.

Achtung: Gen-Food!

Kennzeichnungspflichtig sind

- alle** Lebensmittel, Zutaten oder Zusatzstoffe, die aus gentechnisch veränderten Organismen hergestellt sind – egal, ob man noch gentechnisch veränderte Bestandteile darin nachweisen kann oder nicht.
Beispiele:
 - Öl aus Gen-Sojabohnen oder -Raps
 - Stärke aus Gen-Mais
 - Traubenzucker und Glukosesirup aus gentechnisch veränderter Maisstärke
 - Zusatzstoffe wie Lecithin und Aromen aus Gen-Sojabohnen
- alle** Lebensmittel, die selbst ein gentechnisch veränderter Organismus sind
Beispiele:
 - Mais, Kartoffeln, Tomaten
 - Fisch (lebend)
- alle** Lebensmittel, die gentechnisch veränderte Organismen enthalten
Beispiele:
 - Joghurt mit gentechnisch veränderten Bakterien
 - Weizenbier mit gentechnisch veränderter Hefe

Nicht kennzeichnungspflichtig sind:

- Fleisch, Milch und Eier von Tieren, die mit gentechnisch veränderten Futtermitteln gefüttert wurden
- mit gentechnisch veränderten Hilfsstoffen (Enzymen) hergestellte Lebensmittel, wobei die Hilfsstoffe nicht im Lebensmittel verbleiben; z.B. bei der Käseherstellung
- unbeabsichtigte Verunreinigungen mit gentechnisch veränderten Bestandteilen bis 0,9 %

Mögliche Formulierungen auf der Verpackung:



Auf losen Waren, Märkten oder im Restaurant müssen das Etikett, Schilder oder die Speisekarte auf Gen-Food hinweisen.

© Globus 

Quelle: BMVEL

Kritiker beanstanden, die Langzeitwirkungen von gentechnisch manipulierten Pflanzen auf Mensch und Natur seien nicht abzuschätzen. Auch die weit überwiegende Mehrheit der Europäer lehnt Genfood ab. Anfang 2004 trat eine EU-Verordnung in Kraft, derzufolge Produkte mit Zutaten aus gentechnisch veränderten Pflanzen kennzeichnungspflichtig sind

(Ausnahmen: Milch, Eier und Fleisch mit genmanipulierten Pflanzen gefütterter Tiere). Im ökologischen Landbau ist der Einsatz von Gentechnik generell verboten.

www.greenpeace.de/einkaufsnetz

Gerechter Krieg Die Lehre vom gerechten Krieg lässt sich bis in das Römische Zeitalter zurückverfolgen, und es wird heute noch immer zur Legitimation von Kriegen darauf zurückgegriffen. Dabei geht es um das „Recht zum Krieg“ und das „Recht im Krieg“. Das „Recht zum Krieg“ (jus ad bellum) bezieht sich auf folgende Elemente: Es muss ein gerechter Grund für den Krieg vorhanden sein, eine legitime Autorität muss über den Kriegseintritt beschließen, eine gerechte Absicht muss vorliegen, alle zivilen Mittel sollen vor Kriegsbeginn versucht worden sein und es muss eine begründete Hoffnung auf Erfolg vorliegen. Das „Recht im Krieg“ (jus in bello) umfasst die Verhältnismäßigkeit der Mittel sowie die Unterscheidung von Soldaten (Kombattanten) und Zivilisten (Nichtkombattanten). Obwohl heute die Lehre vom gerechten Krieg als überholt gilt, wird doch versucht, die genannten Kriterien auf die aktuelle Situation zu übertragen und die Entscheidungen der Regierungen daran zu messen.

Gerechtigkeit Soziale Gerechtigkeit besteht dann, wenn alle das Gleiche haben – so die Meinung von 20 Prozent der Befragten einer Repräsentativumfrage der Agentur EMNID vom Juni 2003. Demgegenüber waren 78 Prozent der Meinung, wer tüchtig sei, solle auch mehr Einkommen haben – nur dann könne von sozialer Gerechtigkeit gesprochen werden. Hilfreich ist es, wie in der Wissenschaft zwischen unterschiedlichen Formen der Gerechtigkeit zu unterscheiden. Mit dem Begriff der „Chancengerechtigkeit“ wird zum Beispiel danach gefragt, ob die Startbedingungen und Ausgangschancen für jeden einzelnen Menschen so sind, dass sie sich ihren persönlichen Fähigkeiten entsprechend entwickeln können. „Verteilungsgerechtigkeit“ wiederum verweist auf das Problem der ungleichen Verfügung über materielle und immaterielle Güter, während es bei der

„Bedürfnisgerechtigkeit“ um Grundbedürfnisse geht und darum, ob und wie die Grundlagen für ein menschenwürdiges Dasein erwirtschaftet werden können.

 Ist die Verwirklichung von Gerechtigkeit im internationalen Bereich mit dem Verzicht auf Wachstum und dem Überdenken unserer Konsumgewohnheiten verbunden, oder ermöglicht umgekehrt Wachstum erst eine ausgleichende Gerechtigkeit?

Gewalt Mehr als 1,6 Millionen Menschen werden jährlich weltweit Opfer verschiedener Formen von Gewalt, so schätzt die Weltgesundheitsorganisation WHO im Jahr 2002. Fast jedes fünfte Opfer kam in Kriegen oder bewaffneten Konflikten ums Leben, knapp die Hälfte der Opfer beging Selbstmord – auch eine Form der Gewaltanwendung. Gewalt gegen Kinder, Erwachsene und alte Menschen ereignet sich oft hinter verschlossenen Türen. Besonders Frauen sind häufig innerhalb der Familien Gewalt ausgeliefert.



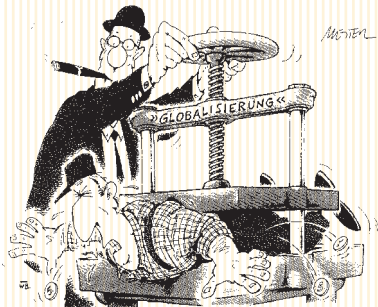
Der Friedensforscher Johan Galtung unterscheidet zwischen direkter, struktureller und kultureller Gewalt. Die direkte Gewalt verletzt körperlich oder tötet sogar, sie kennt Täter und Opfer und steht im Mittelpunkt der politischen und öffentlichen Diskussion. Strukturelle Gewalt verletzt Bedürfnisse, findet sich in Gesetzen verankert, aber niemand ist direkt Täter und in diesem Sinne verantwortlich. Die beiden Hauptformen der äußeren strukturellen Gewalt findet man in Politik und Wirtschaft: Es handelt sich hier um Repression und Ausbeutung.

Die kulturelle Gewalt ist die Legitimierung von struktureller oder direkter Gewalt. Sie ist symbolisch, wirkt in ↑Religionen und ↑Ideologien, in ↑Sprache und Kunst, Wissenschaft, Recht, Erziehung oder auch in ↑Medien.

Die Sensibilisierung für unterschiedliche Gewaltformen und -erfahrungen ist eine zentrale Voraussetzung für eine konstruktive Auseinandersetzung mit Gewalt und mit der Frage ihrer Überwindung. Nur wer sich um Klärungen über eigene Gewaltpotentiale und -erfahrungen bemüht und auch die eigene Haltung zu (militärischen) Gewaltanwendungen außerhalb des persönlichen Nahbereiches überdenkt, kann sich glaubwürdig für die Überwindung von Gewalt einsetzen. Dies setzt aber die Bereitschaft und die Fähigkeit voraus, sich mit einem brisanten, in den persönlichen Bereich eindringenden Thema zu beschäftigen. Zur Sensibilisierung gehört also die Selbstvergewisserung: Wie stehe ich zur Gewalt? Wo erlebe ich Gewalt? Wann, warum und wie übe ich selbst Gewalt aus? Wie begegne ich Gewalt? Wie stehe ich zur militärischen Gewalt in den internationalen Konflikten? Unter welchen Bedingungen lehne ich Gewalt ab, wann legitimiere ich Gewaltanwendung? In den Industrieländern, verstärkt aber in den Ländern des Südens treibt die Globalisierung viele männliche Jugendliche in ein spezielles Armuts- und Gewaltproblem. Jugendarbeitslosigkeit führt häufig zu Perspektivlosigkeit und Armut. Männliche Identitätsprobleme sind die Folge. Auf der Suche nach Auswegen bieten kriminelle Gangs scheinbare Geborgenheit und Sicherheit. Die Verfügbarkeit von ↑Kleinwaffen fördert das Abgleiten in die Gewaltszene.

? „Mit einer Waffe in der Hand erfährt ein junger Mann erstmals in seinem Leben, dass er von einem anderen Menschen respektiert wird, auch wenn es schiere Angst der Bedrohten ist, die als Respekt wahrgenommen wird. Gewalt verheißt den Zugang zu der Welt des industriellen Massenkonsums, der man auch in entfernten Winkeln der Welt medial ständig ausgesetzt ist.“
Peter Lock, Konfliktforscher

Global Compact Wie kann die wirtschaftliche Globalisierung sozial gestaltet werden? Diesem Ziel dient der von UNO-Generalsekretär Kofi Annan im Sommer 2000 ins Leben gerufene „Global Compact“, mit dem weltweit agierende Unternehmen sich verpflichten, grundlegende Arbeitsbedingungen zu erfüllen. Dazu gehören die Achtung der ↑Menschenrechte, das Recht auf gewerkschaftliche Betätigung und freie Tarifverhandlungen, die Ächtung von Zwangsarbeit, das Verbot von ↑Kinderarbeit, das Verbot jeglicher Diskriminierung und der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. Diese Grundsätze gelten für das ganze Unternehmen, ganz gleich, in welchem Land es produziert oder produzieren lässt. Weltweit haben sich rund 1.000 Firmen aus 70 Ländern dem Compact angeschlossen (2004). Unter den 20 deutschen Teilnehmern sind Unternehmen wie die DaimlerChrysler AG, BMW oder die Bayer AG.





Multis einmal anders

Weltkonzerne - für die Gegner der Globalisierung sind sie Buhmänner par excellence: unkontrollierbar, ohne Interesse an der sozialen Gerechtigkeit oder dem Umweltschutz, Inbegriff einer nur dem Profit dienenden Welt. Was aber, wenn Multis einmal nicht als Gegner gesehen werden, sondern als Partner bei der Lösung der Globalisierungsprobleme?

(...) Sie unterzeichneten den Global Compact: eine Vereinbarung, in der sich die Unternehmen dem Umweltschutz, den Arbeiter- und Menschenrechten verpflichten.

Der Pakt ist der jüngste in einer langen Reihe von Versuchen, weltweit tätige Firmen an all ihren Standorten zu verantwortungsvollen "Unternehmer-Bürgern" (corporate citizens) zu machen. (...)

Den Anstoß für den Compact hatte Kofi Annan persönlich gegeben. Er bemüht sich schon seit Amtsantritt um ein besseres Verhältnis zwischen UNO und der internationalen Geschäftswelt - und um den Dialog in Sachen Globalisierung. Weil multinationale Unternehmen für Annan "die Ersten sind, die von der Globalisierung profitieren", müssten sie auch "einen Teil der Verantwortung bei der Bewältigung ihrer Folgen übernehmen". (...)

Trotz aller schönen Worte sind im Global Compact keine Sanktionen gegen Firmen vorgesehen, die den Pakt zwar unterschreiben - aber nicht befolgen. Dennoch soll es nicht nur bei Ankündigungen bleiben. (...)

Konzernkritiker und radikale Bürgerrechtsgruppen lehnen unterdessen den Pakt als Augenwischerei ab - als eine weitere wohlklingende, aber folgenlose PR-Aktion.

(...)

Doch manchmal kann bekanntlich schon der Dialog Wunder wirken. Plötzlich hören leitende Angestellte in Weltkonzernen - denen Geldverdienen und Shareholder-Value lange Zeit als einziges Credo eingebläut wurde - ihre Chefs von globaler Verantwortung und sozialem Zusammenhalt reden. "Uns ist es egal, von wem der Anstoß zur Diskussion dieser Fragen ausgeht", sagt DaimlerChrysler-Sprecher Kleinert. "Wichtig ist nur, dass er kommt."

Christian Tenbrock in: DIE ZEIT Nr. 27/2000 , zitiert nach:

<http://www.zeit.de/Schwerpunkte/Wirtschaft/Global%20Player/Beschreibung.html>

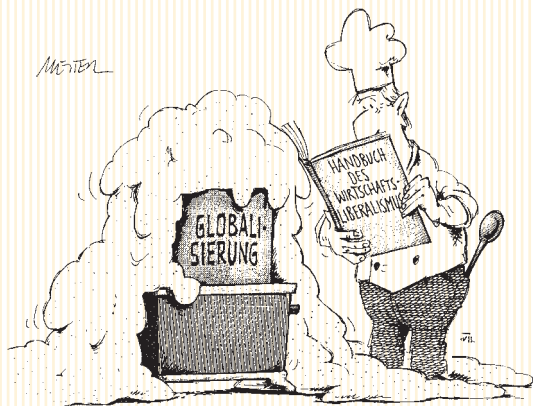
Globale Gefährdungen Informationen über globale Gefährdungen sind wie Puzzleteile eines bedrohlichen Gemäldes: Die Einkommensunterschiede zwischen den reichsten und den ärmsten Ländern nahmen in den letzten zehn Jahren nicht ab, sondern zu, ebenso die Unterschiede zwischen den ärmsten und den reichsten Bevölkerungsteilen innerhalb einzelner Staaten. Die Umweltzerstörungen, der Raubbau an Rohstoffen sowie Schadstoffemissionen haben bislang nicht gekannte Ausmaße angenommen und zu Klimaveränderungen geführt, die an vielen Punkten der Erde bereits zu spüren sind. Die Weltbevölkerung wächst weiter, von heute sechs Mrd. Menschen auf voraussichtlich über 10 Mrd. in 50 Jahren. Weltweit sind zwischen 10 und 20 Millionen Menschen als ↑Flüchtlinge und ↑Migranten unterwegs. Sie benötigen nicht nur Lebensmittel und einen Platz zum Schlafen, sondern auch eine Lebensperspektive. Trotz jahrzehntelanger Abrüstungsverhandlungen und Atomwaffensperrverträgen nimmt die Zahl der Atomwaffenstaaten weiter zu. Zehntausende von Atomsprenghöpfen stellen eine ernsthafte Bedrohung für alle Lebewesen dar.

In der Wissenschaft werden unter globalen Gefährdungen Prozesse verstanden, die – von Menschen verursacht – eine Bedrohung für das Leben der Mehrzahl der heutigen Menschen sowie nachfolgender Generationen in mindestens zwei Regionen der Erde gleichzeitig beinhalten. Als globale Gefährdungen gelten ökologische Zerstörungen, die durch den Wohlstand in den Industrieländern oder durch die ↑ Armut in den Ländern des Südens verursacht werden können. Genannt werden auch die Weiterverbreitung von ↑ Massenvernichtungswaffen und die Folgen gescheiterter Entwicklungsbemühungen in Ländern der ↑ Dritten Welt.

Globale Gefährdungen können regional oder innergesellschaftlich, kurzfristig und auch nur von Einzelnen verursacht sein. Globale Gefährdungen müssen keine globalen Ursachen haben. Meistens zeichnen sie sich aber dadurch aus, dass sie nicht nach herkömmlichen Prinzipien der Verantwortlichkeit und Verursachung behandelt werden können. Globale Gefährdungen entspringen meist einem komplexen Gebilde von sozialen und technischen Dynamiken, das von niemandem allein kontrolliert wird.

Global Governance Die Vertreter dieses „Weltordnungs-Konzeptes“ erwarten nicht von einer zentralen Weltregierung die Lösung unserer Probleme – wie die Vorstellung von einer „Globalen Regierung“ vielleicht vermuten lässt. Zwar sollen die ↑ UNO und andere ↑ internationale Organisationen gestärkt werden, unter „Global Governance“ wird jedoch der Versuch verstanden, das Zusammenwirken von Regierungen, internationalen Organisationen und ↑ Nichtregierungsorganisationen auf allen politischen Ebenen demokratisch zu gestalten. Die Respektierung des ↑ Völkerrechts und die Entwicklung einer globalen Verantwortungsethik sollen dazu beitragen, dass dieses Zusammenwirken der Friedensförderung dient und demokratisch legitimiert ist. Kritiker wenden ein, der Ansatz sei eine Utopie, weil er die Interessengegensätze und die Machtungleichgewichte bei den Akteuren nicht angemessen berücksichtigt.

Globalisierung Was steckt hinter der Globalisierung? Was ist Globalisierung? Die amerikanischen Aktien, die ich rund um die Uhr im Online-Depot verwalte? Der Döner Kebab, den ich mir beim Türken um die Ecke kaufe? Oder das neue Handy aus Japan, mit dem ich rund um den Globus telefoniere? Tatsächlich ist all das Globalisierung: Ein Wirrwarr von Begriffen und Prozessen und Phänomenen. Eine Definition ist knifflig.



Die Online-Ausgabe des Brockhaus definiert Globalisierung so: „Bezeichnung für die Entstehung weltweiter Märkte, das heißt die zunehmende Internationalisierung des Handels, der Finanz-, Waren- und Dienstleistungsmärkte sowie die internationale Verflechtung der Volkswirtschaften (...) Hauptakteure sind multinationale Unternehmen (auch Multis, Global Players genannt).“

Globalisierung wird in erster Linie von der wirtschaftlichen Warte aus betrachtet. Das verwundert wenig, schließlich wurde der Begriff vor seinem Auftauchen in den 90ern noch gleichgesetzt mit dem Trend, die Wirtschaft zu internationalisieren. Inzwischen ist die Welt tatsächlich zu einem großen Marktplatz zusammen gewachsen, ihre Volkswirtschaften sind von Grönland bis Timbuktu miteinander vernetzt. Das Schlagwort der Globalisierung lautet deshalb „↑ global village“ - die ganze Welt ist ein Dorf.

Global Marshallplan Die Global Marshallplan-Initiative wurde im Jahr 2003 von einflussreichen ↑Nichtregierungsorganisationen gegründet. Ihre Vision besteht darin, dass die Umsetzung eines globalen ökologischen und sozialen Aufbauplanes zur Grundlage einer weltweiten ökosozialen Marktwirtschaft wird, in der Frieden, Freiheit, Sicherheit und Wohlstand für alle Menschen durch eine Balance zwischen ökologischen, ökonomischen und sozialen Aspekten gewährleistet wird. Ziel der Initiative ist, dass sich Europa an die Spitze einer weltweiten Bewegung für den Global Marshall Plan setzt.

Hierzu soll zunächst ein Beratungsgremium bei der Europäischen Kommission initiiert werden.

www.globalmarshallplan.org

Global Player Als Global Player oder ↑Multinationale Unternehmen bezeichnet man Betriebe, die mindestens eine Tochterfirma im Ausland mit einer Kapitalbeteiligung von über 10 Prozent unterhalten. Die Zahl dieser großen Unternehmen wurde für das Jahr 2001 auf ca. 65.000 geschätzt mit über 54 Millionen Beschäftigten. Nach Schätzungen entfällt rund ein Drittel des Weltexportes auf den Handel innerhalb dieser Konzerne. Unter den 100 weltweit größten Multis stammen über die Hälfte aus Europa und ein weiteres Viertel aus den USA. Die Erschließung von Rohstoffquellen, die Sicherung und Ausweitung des Absatzes im Ausland, natürlich die Kostensenkung und die eigene Wertsteigerung werden als Globalisierungsziele der Global Player bezeichnet.

Sie verfügen in ihren Heimatländern, aber auch in den Ländern mit Niederlassungen, über einen sehr großen politischen Einfluss. Kritiker vermuten, dass diese multinationalen Konzerne die Politik in vielen Ländern mehr bestimmen als die gewählten politischen Entscheidungsträger.

Die Betriebsräte der Global Player stehen vor großen Herausforderungen, damit die Belegschaften in den unterschiedlichen Ländern nicht gegeneinander konkurrieren, wenn es um Entlohnung, Arbeitsbedingungen oder gar die Schließung von Werken geht. Ein Beispiel: Der Volkswagenkonzern VW verfügt über 13 nationale und 25 internationale Standorte, darunter in Belgien, Spanien, Tschechien, China, Brasilien und Südafrika. Einmal im Jahr trifft sich der „Welt-Betriebsrat“ mit der Konzernleitung zu gemeinsamen Gesprächen.



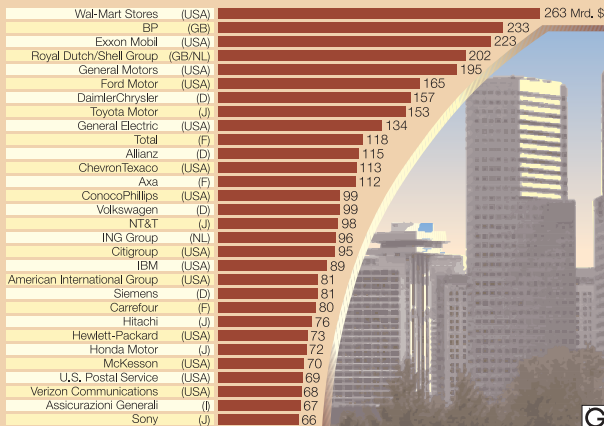
Coca-Cola

Als Hersteller eines Kultgetränkes, als Sponsor großer Sportevents oder als Global Player ist der Konzern weltweit bekannt. Mit Lizenzverträgen der Coca-Cola Company arbeiten über 600.000 Menschen in 200 Ländern. Weniger bekannt ist, dass Coca-Cola es bei der Produktion seiner Getränke nicht immer ernst nimmt mit den Menschenrechten. Nichtregierungsorganisationen kritisieren zum Beispiel, dass durch riesige Abfüllanlagen für Limonadenge Getränke und Flaschenwasser in Indien den Menschen in der betroffenen Region ein großer Teil des ohnehin nur mäßig vorhandenen Grundwassers entzogen wird und die Trinkwasserversorgung gefährdet ist.

www.fian.de (Foodfirst-Informations- und Aktionsnetzwerk)

Die größten Unternehmen der Welt

Umsatz im Jahr 2003 in Milliarden Dollar



Quelle: Fortune

© Globus



Global Village Englisch für „globales Dorf“, ein vom Medientheoretiker H. M. Luhan geprägter Begriff für die Tatsache der weltweiten medialen Vernetzung. Heute häufig gebrauchtes Bild für den Eindruck einer „Schrumpfung“ der Welt, in der Personen und Informationen in kürzester Zeit in allen Teilen der Welt virtuell, medial und tatsächlich erreicht werden können – soweit die Mittel zur Verfügung stehen. Von einer „Dorfidylle“ kann man angesichts der globalen Umweltprobleme oder des Nord-Süd-Gefälles jedoch kaum sprechen.

Green Card Die Green Card-Regelung der Bundesregierung gilt seit dem 1. August 2000. Dieser Sonderregelung zufolge können bis zu 20.000 hoch qualifizierte Fachkräfte aus Ländern außerhalb der ↑Europäischen Union im Bereich der Computer- und Softwareindustrie eine Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis erhalten.



Grenzen „Die Grenzen fallen“ – Mit diesem Bild wird häufig auf eine Folge der Globalisierung aufmerksam gemacht. Doch dieses Bild stimmt nur bedingt. Während innerhalb bestimmter ↑Staatenbündnisse, zum Beispiel der ↑Europäischen Union, die Staatsgrenzen tatsächlich durchlässiger werden, werden die Grenzen zu anderen Regionen undurchlässiger gemacht, zum Beispiel um Asylbewerber und Migranten abzuhalten (↑Schengener Abkommen). Grenzen werden auch im Warenhandel aufrecht erhalten. ↑Protektionismus

Grundbedürfnisse Grundbedürfnisse umfassen im Kern zwei Komponenten: Zum einen die Gewährleistung einer Mindestausstattung für das physische Überleben. Dazu gehören ausreichende Ernährung, Wohnung und Kleidung, bestimmte Haushaltsgeräte und Möbel. Zum zweiten die Bereitstellung grundlegender öffentlicher Dienstleistungen, wie Trinkwasser, sanitäre Anlagen, Transportmittel, Gesundheits- und Bildungseinrichtungen. Von den materiellen Grundbedürfnissen, die für das physische Überleben notwendig sind, unterscheidet man die nichtmateriellen Grundbedürfnisse (z.B. ↑ Bildung).

GUS-Staaten ↑ Staatenbündnisse





Die Großen Acht

Am 8. Juni beginnt auf Sea Island der G-8-Gipfel

	Wirtschaftsleistung* in Mrd. \$ (2002)	Exporte in Mrd. \$ (2003)	Bevölkerung in Millionen (Mitte 2003)
USA	10 450	724	290
Japan	3 651	472	127
Deutschland	2 160	748	82
Frankreich	1 558	385	60
Großbritannien	1 528	304	60
Italien	1 455	290	58
Russland	1 409	135	145
Kanada	934	272	32
G-8-Anteil	an der Weltwirtschaftsleistung 47 %	an den Welt-Exporten 45 %	an der Weltbevölkerung 9 %

dpa-Grafik 9537

*Bruttoinlandsprodukt

Quelle: CIA (Schätzungen), WTO (Handel)



G7, G8

Bezeichnung für die sieben führenden westlichen Industriestaaten. Seit 1975 findet jährlich der Weltwirtschaftsgipfel statt, eine Konferenz der Staats- beziehungsweise Regierungschefs der sieben führenden westlichen Industriestaaten Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, USA (Siebenergruppe, G7) sowie des Präsidenten der Europäischen Kommission (seit 1977). Neben globalen Wirtschafts-, Entwicklungs- und Währungsfragen werden auch wirtschaftlich relevante Sonderprobleme der Weltpolitik erörtert (z.B. Terrorismus, Drogen- und Waffenhandel, organisierte Kriminalität, Kernenergie, bewaffnete Konflikte, Umweltschutz, Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Schuldenkrise, Transformationsprozess in Mittel- und Osteuropa). Seit 1994 nimmt auch der Präsident Russlands an den Beratungen zu politischen Fragen teil, seit 1997 als gleichberechtigter Partner (daher nun G8).

G10, Zehnergruppe

Die G10 (auch Zehnerklub oder Zehnergruppe) ist ein im Rahmen des IWF 1962 gegründetes Gremium der zehn wichtigsten westlichen Industriestaaten (USA, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, Niederlande, Belgien, Schweden) zur Abstimmung und gemeinsamen Vertretung ihrer währungspolitischen Interessen und zur gegenseitigen Unterstützung bei Zahlungsbilanzproblemen; seit 1984 ist auch die Schweiz Vollmitglied. Die Zehnergruppe entwickelte sich zum einflussreichsten Beratungsgremium für Fragen der internationalen Währungsordnung und -politik.

G20

Die G20 ist ein auf Betreiben der USA am 25.9. 1999 gegründetes Forum für die Weiterentwicklung des internationalen Wirtschafts- und Finanzsystems, dem neben den G8 (G7-Staaten und Russland) Argentinien, Australien, Brasilien, China, Indien, Indonesien, Mexiko, Saudi-Arabien, Südafrika, Südkorea und die Türkei angehören. Die kleineren europäischen Staaten werden politisch durch den jeweiligen Präsidenten der Europäischen Kommission vertreten. Das Gründungstreffen fand als Tagung der Finanzminister und Notenbankchefs der G20 am 15./16.12. 1999 in Berlin statt; beteiligt waren auch der Präsident der Europäischen Zentralbank sowie Vertreter der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds.

Handy Was hat mein Handy mit dem Krieg im Kongo zu tun? Einiges, behaupten ↑Nichtregierungsorganisationen wie „Brot für die Welt“ und verweisen auf den Rohstoff „Coltan“. Dieser heißbegehrte Rohstoff enthält das seltene und teure Metall Tantal, das im chemischen Anlagenbau und in der Raumfahrtindustrie, aber auch in der Computer- und Kommunikationstechnologie verarbeitet wird. Tantal ist unverzichtbarer Bestandteil von Mobiltelefonen oder Spielkonsolen. Rund achtzig Prozent des weltweit vorhandenen Coltans soll als Bodenschatz in der Demokratischen Republik Kongo (DR Kongo) liegen. In der DR Kongo aber tobt seit Jahren ein erbitterter Bürgerkrieg, in dem um die illegale Kontrolle und die Ausbeutung von Rohstoffen gekämpft wird, darunter auch um Coltan. Es geht um die Verteilung der Bodenschätze in der DR Kongo und um den Gewinn großer Unternehmen. Regierung und Rebellen verkaufen Coltan an Unternehmen - direkt oder über Zwischenhändler - und finanzieren mit den Erlösen den Krieg gegeneinander, zum Nachteil der Bevölkerung. Die Forderung der ↑NROs: Konzerne sollen nachweisen, dass ihre Gewinne aus dem Coltan-Handel nicht zur Verlängerung des Krieges beitragen.

www.medico.de

Heimat Umfragen zeigen, was Menschen in Deutschland unter Heimat verstehen: Ein Heimatgefühl erzeugt bei 89 Prozent der Befragten nicht ihr Land, sondern die nähere räumliche und soziale Umgebung: die Familie, die Freunde, der Wohnort. Nur elf Prozent der Bürger verbinden mit dem Begriff Heimat zuerst Deutschland.

Menschen in anderen Ländern haben Umfragen zufolge eine gefühlsmäßig engere Beziehung zu ihrem Land. Die Sehnsucht nach Heimat (und damit nach Geborgenheit) ist vielfach für politische Zwecke missbraucht worden, um ↑Nationen zu festigen oder gar ↑Fremdenfeindlichkeit zu unterstützen. Für sich eine persönliche Heimat zu finden ist gerade in Zeiten der Globalisierung wichtig.

Human Development Index ↑ Index für menschliche Entwicklung

Humanität Das lateinische Wort *humanitas* bedeutet „Menschlichkeit“. Mitmenschlichkeit oder Nächstenliebe beruhen auf Grundsätzen wie der prinzipiellen Gleichheit aller Menschen, der Menschenwürde und der ↑Toleranz. Humanität ist nicht denkbar ohne praktische Hilfsbereitschaft und gesellschaftliches Engagement.

Humanitäre Hilfe Mindestens zehn Millionen Menschen waren nach Angaben der ↑UNO im Jahr 2004 in zwanzig Kriegen rund um die Welt von jeglichem Beistand durch internationale Hilfswerke abgeschnitten. Jahr für Jahr machen Naturkatastrophen oder ↑Kriege humanitäre Hilfeleistungen für die betroffenen Menschen zwingend notwendig. Helfen ist Teil globaler ↑Solidarität. Eine gute Vorbereitung, Schnelligkeit, Koordination und vor allem eine Anpassung an die Bedürfnisse der notleidenden Menschen sind Voraussetzungen für ein Gelingen der Hilfsaktion und damit für die Rettung von Menschenleben.



Humanitäre Hilfe ist aber nicht unumstritten. Wenn Nahrungsmittelhilfe über einen längeren Zeitraum eingesetzt wird, kann diese zu einer Abhängigkeit der Empfänger führen. Manchmal geraten Güter aus Hilfsaktionen auch in die Hände von Kriegsparteien und verlängern die Fähigkeit zum Kriegführen. Humanitäre Hilfe muss nicht nur rasch helfen, sondern auch beendet werden können oder in eine „Hilfe zur Selbsthilfe“ im Rahmen der ↑Entwicklungszusammenarbeit übergehen. Problematisch ist auch die Frage der Neutralität, der Unabhängigkeit von ↑Staaten und Regierungen und des militärischen Schutzes.

www.ifrc.org; www.wfp.org; www.brot-fuer-die-welt.de;

www.misereor.de;

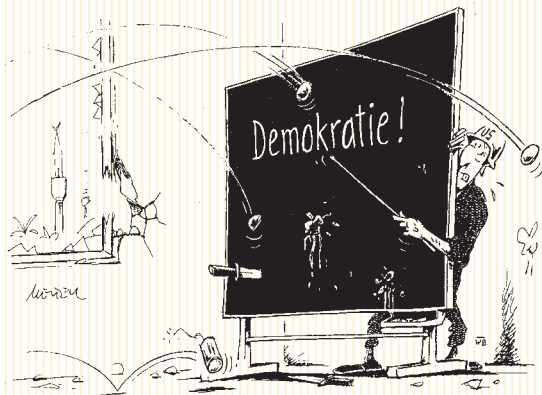
Humanitäre Intervention Von einer humanitären Intervention spricht man, wenn ↑Staaten oder ↑Staatenbündnisse mit militärischen Mitteln in einen kriegerischen Konflikt in einem anderen Land eingreifen und dies mit der Durchsetzung des Schutzes von Menschenleben begründen. Als eine wesentliche Aufgabe der Interventionstruppen gilt der Schutz humanitärer Hilfeleistungen und die Sicherung lebenswichtiger Infrastruktureinrichtungen in dem betroffenen Land.


Humanitäre Interventionen fanden in der Vergangenheit zum Beispiel in Somalia oder auch im Kosovo statt. Die Weltgemeinschaft, so das Argument, darf und kann angesichts schwerer Menschenrechtsverletzungen und großem menschlichen Leid nicht gleichgültig und untätig bleiben und sich hinter den Prinzipien der ↑Souveränität und Nichteinmischung verstecken.

Auch humanitäre Interventionen rufen Kritiker auf den Plan. Zum einen wird prinzipiell bezweifelt, dass die Ursachen und Hintergründe für ↑Gewalt und ↑Krieg in einem anderen Land mit militärischen Mitteln gelöst werden können. Zum anderen ist die Aufrichtigkeit der humanitären Absicht in Frage gestellt, wenn es gleichzeitig um handfeste (ökonomische, strategische, innenpolitische) Eigeninteressen der an der Intervention beteiligten Staaten geht.

Neben ethisch-moralischen und machtpolitischen Aspekten spielt bei humanitären Interventionen auch eine Rolle, inwieweit die Einsätze durch das \uparrow Völkerrecht gedeckt sind oder den Kriterien eines \uparrow gerechten Krieges entsprechen.

www.icrc.org; www.ifhv.de

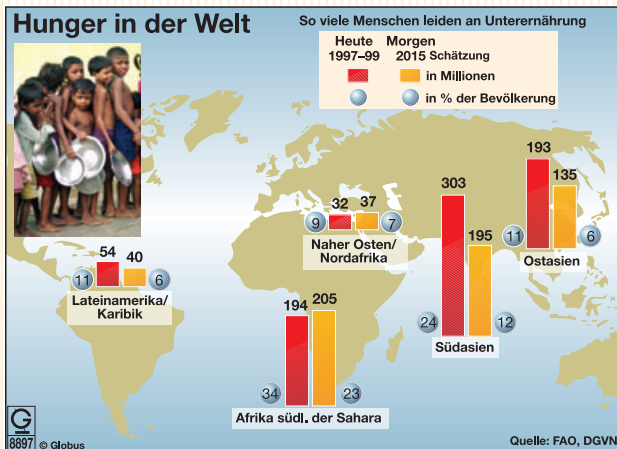


 Wer über die Durchführung einer humanitären Intervention entscheiden muss, befindet sich meistens in einer so genannten Dilemma-Situation: Egal, wie die Entscheidung ausfällt, kann einem die Mitschuld am Tod von Menschen vorgeworfen werden.

Hunger Bis zum Jahr 2015, so ein Ziel der \uparrow UNO, soll die Zahl der hungernden Menschen auf dieser Erde halbiert werden. Doch die Welternährungsorganisation FAO schlägt Alarm: Wenn der Trend der letzten Jahre anhält, wird dieses Ziel nicht erreicht werden können. Denn der Hunger

nimmt seit Mitte der neunziger Jahre weltweit sogar wieder zu. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts hatten 842 Millionen Menschen nicht genügend zu essen.

Ein Anstieg ist vor allem in den ehemaligen Sowjetrepubliken zu verzeichnen, auch im südlichen Afrika nimmt der Hunger zu, und in Indien lebt immer noch ein Viertel der weltweit Hungernden, das sind 210 Millionen Menschen.



Wie aber kann die Ernährungssituation weltweit verbessert oder der Hunger gar besiegt werden? Globalisierungskritiker befürchten, dass alle Versuche, die weltweite Ernährung über den Weltmarkt zu sichern, nur zu neuen Abhängigkeiten führen. Sie setzen dagegen auf das Konzept der Ernährungssouveränität. Dies bedeutet, dass nicht die Organisation von Nahrungsmittel- und -importen entscheidend sein soll, sondern die Fähigkeit der Menschen weltweit, sich selbständig ernähren zu können. Im Zentrum dieses Ansatzes steht der ungehinderte Zugang zu

Ressourcen wie Land, Wasser oder Saatgut. Dies aber setzt eine globale Agrarreform voraus, zu der auch die Umverteilung von Macht und Einfluss gehört.

www.welthungerhilfe.de; www.fao.org



BROT FÜR DIE WELT

i

Identität Jeder volljährige Bürger*in muss als Identitätsnachweis über einen Personalausweis verfügen. Foto, Unterschrift und andere Kennzeichen klären eindeutig, wer die Person ist.

Unter Identität versteht man aber auch die Entwicklung des „Ichs“ zu einer klaren Persönlichkeitsstruktur. Identität entsteht in der Auseinandersetzung mit Personen der näheren und fernerer Umgebung, aber auch in Konfrontation mit gesellschaftlichen Normen und Wertvorstellungen. Nationale Identität zeichnet sich durch gemeinsame Geschichte, Symbole oder Wertauffassungen vieler Menschen in einem geografisch festgeleg-

ten Raum aus. Die persönliche Identitätsfindung ist wichtig, um sich mit anderen Menschen in einem notwendigen Wechselspiel von Öffnung und Abgrenzung austauschen zu können.

Ideologie Die Gesamtheit der von einer großen Gruppe von Menschen oder einer Kultur vertretenen Denkweisen, Werten oder Grund- und Lebenseinstellungen gilt als Grundgerüst einer Ideologie. Wenn Personen oder Gruppen versuchen, ein fest gefügtes System von Wertvorstellungen, Verhaltensweisen und Weltanschauungen zu formulieren, ihre politischen oder sozialen Ziele als absolute Wahrheit setzen und damit Macht ausüben wollen, dann handelt es sich um die gezielte Formulierung einer Ideologie.

Bekante und weltweit einflussreiche Ideologien waren bzw. sind der Kommunismus oder auch der Konservatismus. Meistens spricht man heute abwertend von Ideologien, manchmal auch vom Ende der großen Ideologien.



Index für menschliche Entwicklung Der „Human Development Index“ (HDI) wurde vom UN-Entwicklungsprogramm UNDP (United Nations Development Programme) 1990 erstmals in seinem Bericht über die menschliche Entwicklung präsentiert. Der HDI soll möglichst viele Aspekte der menschlichen Entwicklung in einem einfachen, zusammengesetzten Index erfassen und eine Rangordnung der Länder für die Leistungen bei der menschlichen Entwicklung bieten. Der HDI berücksichtigt mehr Faktoren als das Pro-Kopf-Einkommen (Bildungsgrad, Lebenserwartung, Sicherheit).

www.undp.org





Human Development Index 2003

Quelle: Human Development Report 2003. Für den all-jährlichen Index für menschliche Entwicklung (Human Development Index/HDI) kombiniert das UNDP drei Faktoren zu gleichen Teilen: Das Bruttoinlandsprodukt eines Landes pro Kopf, die Lebenserwartung als Indikator für Gesundheit und den Bildungsstand als Zusammensetzung von Alphabetisierung und Gesamteinschulungsrate. Der Idealwert ist 1,0.

www.hdr.undp.org

1. Norwegen (HDI: 0,944)
2. Island (0,942)
3. Schweden (0,941)
4. Australien (0,939)
5. Niederlande (0,938)
6. Belgien
7. USA (0,937)
8. Kanada
9. Japan
10. Schweiz (0,932)
11. Dänemark
12. Irland
13. Großbritannien
14. Finnland
15. Luxemburg
16. Österreich (0,929)
17. Frankreich
18. Deutschland (0,921)

19. Spanien
20. Neuseeland
21. Italien
22. Israel
23. Portugal
24. Griechenland
25. Zypern
26. Hongkong
- (...)
156. Senegal
157. Guinea
158. Ruanda
159. Benin
- 160 Tansania
161. Côte d' Ivoire
162. Malawi
163. Sambia
164. Angola
165. Tschad
166. Guinea-Bissau
167. Kinshasa
168. Zentralafrikanische Republik
169. Äthiopien
170. Mosambik
171. Burundi (0,337)
172. Mali (0,337)
173. Burkina Faso (0,330)
174. Niger (0,292)
175. Sierra Leone (0,275)

Integration Als Begriff der internationalen Politik kann Integration dreierlei bedeuten: (1) Entwicklung eines nationalen Gemeinwesens unter Einbeziehung der unterschiedlichsten, innergesellschaftlichen (ethnischen, religiösen) Gruppen, (2) Zusammenschlüsse einzelner Staaten zu Staatenbündnissen wie die ↑Europäische Union, (3) Einbeziehung aller Länder in die UNO oder einen gemeinsamen ↑Weltmarkt. Integration ist als Gegenpol zur Trennung ein bevorzugtes Ziel ziviler ↑Konfliktbearbeitung.

Interkulturelles Lernen Die Begegnung mit Menschen aus anderen Kulturkreisen ist in unserer Gesellschaft zu einem Bestandteil des Alltags geworden. Auch auf Werbeplakaten oder im Fernsehen wird täglich deutlich, dass wir in einer ↑multikulturellen Gesellschaft leben. Für ein gemeinsames und gelingendes Zusammenleben ist es notwendig, sich über die eigene Kultur und die eigenen persönlichen und sozialen Wurzeln klar zu werden. Dazu gehört es auch, andere Kulturen wahrzunehmen, sich mit ihnen zu beschäftigen und sich für sie zu öffnen. Geschieht dies in einem gemeinsamen Lernprozess, sind die Chancen groß, Unterschiede und Gemeinsamkeiten herauszufinden und Möglichkeiten zu erproben, damit umzugehen. Dies bedeutet, kulturelle Unterschiede, auf die man schnell stößt, als gültig für die andere Kultur zu akzeptieren, ohne sie als schlechter oder besser zu bewerten.

Interkulturelles Lernen will diese Lernprozesse begleiten und einen Beitrag für die Achtung und Gewährleistung verschiedener Lebensformen und ↑Lebensstile leisten. Dazu gehört konkret der Schutz ausländischer Mitmenschen vor Übergriffen, der Abbau von Diskriminierungen und Benachteiligungen, die Eröffnung von Möglichkeiten der politischen und gesellschaftlichen Teilhabe und letztendlich die Verwirklichung von Chancengleichheit.

Interkulturelles Lernen geht aber weit über die Veränderung von persönlichen Einstellungen hinaus. Es fordert auch die Abkehr von einem politischen Denken, das Minderheitenrechte missachtet oder Feindbilder schürt.

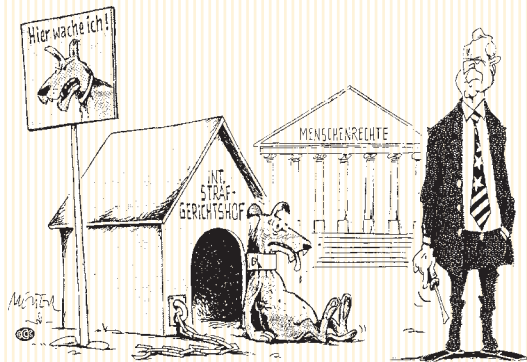
Internationale Arbeitsorganisation In der Gremien der ILO (International Labour Organization) sind neben Regierungen auch Vertreter der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber vertreten. Die ILO soll weltweit zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen beitragen. Die ILO – eine Sonderorganisation der ↑UNO – vertritt eine an den ↑Grundbedürfnissen der Bevölkerungen in den ↑Entwicklungsländern orientierte Entwicklungsstrategie. Die ILO verabschiedet Konventionen (zum Beispiel gegen ↑Kinderarbeit), die aber erst in Kraft treten, wenn sie von den Regierungen unterzeichnet werden.

www.ilo.org

Internationale Gerichte Der Internationale Gerichtshof (IGH) ist seit Bestehen der ↑UNO eines ihrer Hauptorgane und hat seinen Sitz in Den Haag. Bei den Verhandlungen vor dem IGH geht es um Konflikte zwischen ↑Staaten und um Streitigkeiten von internationaler Bedeutung, die nach dem ↑Völkerrecht entschieden werden. Einem Verfahren vor dem IGH müssen alle Konfliktparteien zustimmen. Der IGH untersucht für die UNO auch, ob es in ↑Kriegen zu Kriegsverbrechen gekommen ist bzw. kommt. Aus diesem Anlass wurden auch spezielle Kriegsverbrechertribunale eingerichtet (zu den Kriegen im ehemaligen Jugoslawien und in Ruanda). Die fünfzehn Richter kommen aus verschiedenen Ländern, somit aus unterschiedlichen Rechts- und Kulturkreisen.

Im Jahr 2002 wurde zusätzlich der „Internationale Strafgerichtshof“ gegründet. Das „Weltgericht“ soll Einzelpersonen – auch Staats- und Regierungschefs – für Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Völkermord und Verbrechen der Aggression zur Rechenschaft ziehen. Es verfolgt diese Verbrechen nur dann, wenn diese in den entsprechenden Ländern nicht selbst geahndet werden. Die USA lehnen dieses neue Instrument der internationalen Rechtsprechung bislang ab.

www.icj-cij.org



Internationale Organisationen Für die Regelung des Zusammenwirkens der \uparrow Staaten in einer bestimmten Region oder sogar weltweit sind die Internationalen Organisationen (IO) sehr wichtig. Durch die wachsende Verflechtung der Staaten in politischer, sozialer und gesellschaftlicher Hinsicht steigt der Bedarf nach Steuerung. IOs sollen die Rechts- und Arbeitsgrundlagen für die Zusammenarbeit der Staaten bei grenzüberschreitenden Transaktionen gewährleisten.

IOs wie die Weltgesundheitsorganisation der \uparrow UNO sollen sich ganz spezifischen Aufgaben widmen, andere haben einen umfassenderen Aufgabenbereich. Den IOs werden von den Staaten oder den Regierungen unterschiedlich umfangreiche Kompetenzen zugewiesen. IOs mit eigenständigen Befugnissen wie zum Beispiel die \uparrow Europäische Union nennt man supranationale („überstaatliche“) IOs. In einer zunehmend globalisierten Welt wird die Zusammenarbeit zwischen Staaten, Internationalen Organisationen und \uparrow Nichtregierungsorganisationen immer wichtiger.

Internationale Politik Was ist Internationale Politik? Das, was jeden Abend in der „Tagesschau“ gesendet wird? Wird nur bei der \uparrow UNO internationale Politik gemacht oder auch im Bundestag?

In der Politikwissenschaft unterscheidet man drei Dimensionen von Politik, deren englische Bezeichnungen notwendige Differenzierungen deutlich machen:

Unter „policy“ versteht man die Inhalte und die Ziele der Politik. Dabei geht es zum Beispiel um die Entscheidung, ob Soldaten oder ziviles Personal in eine Krisenregion geschickt werden sollen.

Der Begriff „politics“ macht demgegenüber deutlich, dass Politik ein Prozess ist, der von Diskussionen, Kontroversen und Konflikten geprägt ist und lange dauert.

„Polity“ umfasst schließlich den rechtlichen und kulturellen Rahmen der Politik, dazu gehört in der internationalen Politik das \uparrow Völkerrecht.

Wer macht internationale Politik? Dazu gehören natürlich die einzelnen Regierungen, die ihre Außenpolitik festlegen. Dann gibt es \uparrow Staatengruppen und -bündnisse wie die \uparrow Europäische Union oder die \uparrow NATO und \uparrow internationale Organisationen wie die \uparrow UNO. Aber auch innergesellschaftliche Organisationen, kleine Wirtschaftsunternehmen und \uparrow Global Player sowie Verbände machen internationale Politik, in dem sie u.a. Einfluss auf die Gestaltung der Außenpolitik der Regierungen nehmen. An dieser indirekten Einwirkung nehmen auch Parteien, Kirchen und andere \uparrow Nichtregierungsorganisationen teil. Sie alle sind aber auch zunehmend direkt an der Gestaltung der internationalen Politik beteiligt, indem sie globale \uparrow Netzwerke aufbauen, politische Kampagnen durchführen oder Konfliktparteien in einer Krisenregion unterstützen.

www.weltpolitik.net

Internationaler Währungsfonds Der IWF ist eine \uparrow internationale Organisation mit 184 Mitgliedsländern und hat seinen Sitz in Washington. Der IWF will als Sonderorganisation der \uparrow UNO zur Schaffung geordneter \uparrow Währungsbeziehungen beitragen und die Verdichtung des Welthandels fördern.

Anders als bei den meisten Organen der UNO gilt beim IWF nicht das Prinzip der Stimmengleichheit der Mitgliedsländer, sondern eine Quotenregelung. Dadurch haben wirtschaftlich und machtpolitisch starke Mitgliedsländer mehr Einflussmöglichkeiten und können die Politik des IWF bestimmen. Hinzu kommt, dass bei wichtigen Entscheidungen sowohl die USA als auch die EU-Länder über die Möglichkeit verfügen, Beschlüsse zu blockieren („Sperrminorität“). Umstritten sind zum Beispiel Strukturanpassungs-Programme des IWF und der ↑Weltbank, die in den ↑Entwicklungsländern zu sozialen Problemen führen, weil sich die betroffenen Staaten oft hoch verschulden und rigorose Sparprogramme einführen müssen.
↑Schuldenerlass

www.imf.org



Internet Der Kern des Internets besteht aus einem Netzwerk von Computern, die über Standleitungen rund um die Uhr und weltweit Daten austauschen. Auf der Basis dieses Netzes werden unterschiedliche Dienste angeboten, so zum Beispiel E-Mail-Kontakte oder das bekannte world wide web. Zu den Grundideen des Internets gehören die Dezentralität, die

Gleichberechtigung und der freie Datenfluss. Im internationalen Maßstab ergibt sich bezüglich des Zugangs zu den Kommunikationstechnologien jedoch eine Spaltung der Welt (↑ Digitaler Graben), und in manchen nicht-demokratischen Staaten wird massiv versucht, die Informationsfreiheit des Internets stark einzuschränken. Doch für manche Länder bringt der Internetzugang große Fortschritte in Sachen Demokratie, Menschenrechten und Informationsfreiheit.



Internetzugang in Mio. Anschlüssen

(nach Schätzungen für 2002)

Weltweit: 605,60

Afrika: 6,31

Asien/Pazifik: 187,24

Europa: 190,91

Mittlerer Osten: 5,12

Kanada und USA: 182,67

Lateinamerika: 33,35

www.nua.com/surveys/v_many_online/index.html

Investitionen Das lateinische Wort „investire“ bedeutet ursprünglich „ein kleiden“ - in der Wirtschaftssprache versteht man unter einer Investition die Anlage eines Geldvermögens („Kapitalanlage“). Wer in Dienstleistungsunternehmen oder Produktionsstandorte im Ausland direkt investiert, möchte Einfluss auf die dortigen Entscheidungen und Entwicklungen ausüben. Vor allem die Direktinvestitionen aus Westeuropa in Entwicklungsländer nehmen stark zu. Sie dienen auch der Erschließung neuer Absatzmärkte (Auslandsinvestitionen).

j

Jeans Ende des Jahres 2003 wurde die letzte der Fabriken in den USA geschlossen, in denen die legendäre „554“ hergestellt wurde. Diese Hosen-Nummer stand jahrzehntelang für die in den USA genähten Jeans von Levi Strauss&Co. Jetzt müssen sich Jeans-Freunde damit abfinden, dass ihre Hosen in aller Welt genäht werden – in Südamerika, Asien oder Osteuropa, nur nicht mehr im „Mutterland“ der Jeans. Noch in den achtziger Jahren existierten über 40 Levis-Fabriken in den USA. Übrigens: Die Blue Jeans kommt zwar aus Amerika, erfunden hat sie aber der 1829 in Deutschland geborene Löb Strauss. Neben der Levis und den anderen Kultmarken gibt es heute viele Hersteller von Jeans. ↑Produktionsverlagerung, ↑Outsourcing

**Produktionsorte einer Jeans**

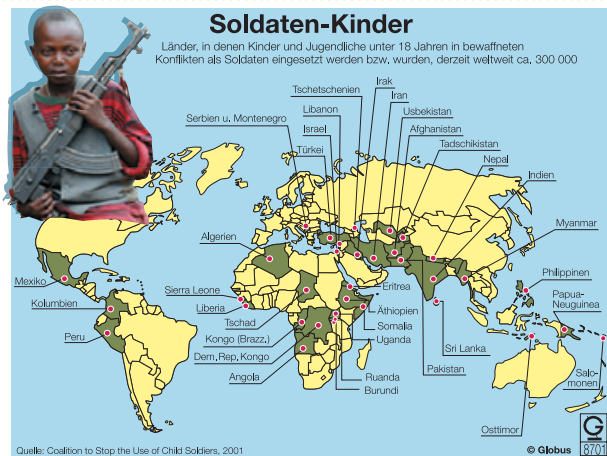
- Kasachstan: Ernte der Baumwolle
- Türkei: Baumwolle wird zu Garn verarbeitet
- Taiwan: Garn wird mit chemischen Substanzen aus Deutschland gefärbt
- Polen: Aus gefärbtem Garn wird Stoff gewoben
- Frankreich: Herstellung von Innenfutter, Schildern, Knöpfen und Nieten
- Philippinen: Näharbeiten aller Produkte
- Griechenland: Endverarbeitung zu Jeans
- Deutschland: Verkauf der Jeans

Kinderarbeit „Jedes Kind hat ein Recht auf Schutz vor wirtschaftlicher Ausbeutung“ (Artikel 32 der UN-Kinderrechtskonvention). Die [↑]Internationale Arbeitsorganisation (ILO) schätzt die Zahl der arbeitenden Kinder zwischen fünf und achtzehn Jahren weltweit auf rund 350 Millionen. Rund eine Million von ihnen verrichtet Tätigkeiten, die nach Einschätzung der ILO tolerierbar sind, weil der Schulbesuch dadurch nicht beeinträchtigt wird, die persönliche Entwicklung gefördert und die Familien unterstützt werden. Die meisten Arbeiten jedoch sind ausbeuterisch und haben für die Kinder verheerende Folgen. Solche Kinderarbeit gefährdet die körperliche, geistige oder seelische Gesundheit, und häufig handelt es sich um Zwangsarbeit. Die ILO hat eine Konvention gegen Kinderarbeit initiiert, und viele [↑]Nichtregierungsorganisationen engagieren sich für die Befreiung von Kindern aus Arbeitsverhältnissen, in denen sie ausgebeutet werden.

www.woek.de; www.pronats.de

Kindersoldaten In vielen Krisen- und Kriegsgebieten dieser Erde stellen Kinder einen beträchtlichen Anteil der bewaffneten Einheiten eines Staates oder nichtstaatlicher Kriegsparteien. Kindersoldaten werden auf der ganzen Welt eingesetzt, vor allem aber in Afrika.

Die UN-Kinderrechtskonvention verpflichtet ihre Unterzeichner, „von einem bewaffneten Konflikt betroffene Kinder zu beschützen und zu betreuen“. Bis auf Somalia haben alle Länder der Erde diese Konvention ratifiziert. Im Jahr 2002 wurde der Konvention ein Zusatzprotokoll hinzugefügt, welches weltweit den Einsatz von unter 18jährigen verbietet. Deutschland hat das Zusatzprotokoll bislang noch nicht ratifiziert.



Kleinwaffen Eine besondere Problematik im internationalen \uparrow Rüstungskontext stellen die so genannten Kleinwaffen dar, die besonders in den Kriegen auf dem afrikanischen Kontinent zum Einsatz kommen. Neun von zehn Kriegsoptionen, so haben es UNICEF und das Internationale Konversionszentrum Bonn (BICC) errechnet, sterben durch Sturmgewehre, Maschinenpistolen oder andere Kleinwaffen. Sie tragen dazu bei, dass Kinder immer öfter verletzt und getötet werden oder selbst als Soldaten kämpfen müssen. Eine Kalaschnikow beispielsweise wiegt so wenig und ist so einfach zu bedienen, dass schon Achtjährige sie abfeuern können. Weltweit gibt es etwa 639 Millionen Kleinwaffen. Ihre massenhafte Verbreitung destabilisiert ganze Regionen und verhindert oft über Jahre jede friedliche Entwicklung. Kleinwaffen sind deshalb eines der drängendsten sicherheitspolitischen Probleme.

www.smallarmssurvey.org

Klimaschutz Zum weltweiten Klimaschutz gehören an erster Stelle die Verringerung der klimaschädigenden Emissionen auf ein nachhaltiges Niveau in den Industrieländern im Norden und der Schutz der Regenwälder im Süden der Erdkugel (↑Emissionshandel). Dieses Ziel kann nur durch die Zusammenarbeit auf lokaler, staatlicher und internationaler Ebene erreicht werden. Über 175 Staaten haben die 1994 in Kraft getretene UNO-Klimakonvention ratifiziert. Deren Ziel ist die Stabilisierung der Treibhausgaskonzentrationen in der Atmosphäre auf einem Niveau, „das eine gefährliche anthropogene, d.h. durch den Menschen verursachte, Störung des Klimasystems verhindert“. Zur Koordinierung der Klimakonferenzen der ↑UNO wurde 1996 in Bonn das „Klimasekretariat“ als UN-Organisation eingerichtet.

Zum Klimaschutz gehören auch die zahlreichen Aktionen und Initiativen in Schulen und Gemeinden zur Schärfung des ökologischen Bewusstseins der Menschen. Das „Klima-Bündnis“ zum Beispiel ist ein Zusammenschluss europäischer Städte und Gemeinden, die eine Partnerschaft mit bedrohten Völkern im Gebiet des tropischen Regenwalds haben und den Erhalt des globalen Klimas erreichen wollen. ↑Umwelt

www.klimaschutz.de; www.unfccc.int; www.mpimet.mpg.de

Klimaveränderung Die Welt befindet sich derzeit inmitten eines umfassenden globalen Klimawandels, und Experten sagen schwerwiegende soziale und ökonomische Folgen voraus. Alle Länder der Erde sind davon betroffen, wenn auch auf sehr unterschiedliche Weise. Als eindrucksvollste Indikatoren für die Klimaveränderung gelten der weltweit festzustellende Anstieg der Temperatur sowie die Veränderung der Niederschlagsmengen. Eine Folge: Die Alpengletscher haben in den zurückliegenden 100 Jahren etwa 50 Prozent ihrer Eismasse verloren.

Ursachen für die Klimaveränderung liegen nach Einschätzung von Prof. Dr. Wolfgang Seiler, Direktor des Instituts für Meteorologie und Klimaforschung, zu einem Drittel in natürlichen Prozessen, zu zwei Dritteln aber ist sie durch menschliches Verhalten verursacht. Klimaveränderungen stehen

zum Beispiel in direktem Zusammenhang mit dem menschlichen Verbrauch fossiler Energien wie Öl, Kohle und Erdgas. Die globale Erwärmung der Erde ist eine Folge ansteigender Treibhausgas-Emissionen, vor allem von Kohlendioxid (CO²). Im Jahr 2001 gab der Klimabeirat der UNO seinen dritten Untersuchungsbericht heraus, der die beobachtete Erwärmung noch stärker menschlichen Aktivitäten der vergangenen 50 Jahren zurechnet. Es wurde herausgestellt, dass ungefähr drei Viertel der durch Menschen verantworteten CO²-Emissionen während der letzten 20 Jahre auf das Verbrennen fossiler Brennstoffe (Kohle, Erdöl...) zurückzuführen sind. Folgt man Hochrechnungen, so wird die Durchschnittstemperatur in den kommenden 100 Jahren um 1,4 bis 5,8 Grad Celsius steigen. Allein ein Anstieg um zwei Grad würde aber vielen Ökosystemen beträchtlichen Schaden zufügen.

Derzeit sind die Industrieländer bei einem Bevölkerungsanteil von 25 Prozent für nahezu 70 Prozent der weltweiten CO²-Emissionen verantwortlich. In diesen Ländern, die allerdings weitaus weniger von den Folgen betroffen sein werden als die Länder der ↑Dritten Welt, liegt der Schlüssel für wirkungsvolle Klimaschutzmaßnahmen (↑Emissionshandel).

Der Treibhauseffekt gilt als globale Gefährdung und als bedeutendster Ausdruck für eine wachstumsbedingte ökologische Zerstörung. ↑Umwelt www.mpimet.mpg.de; www.fzk.de

Kolonialismus Unter Kolonialismus versteht man eine Politik, die auf die Eroberung und Ausbeutung anderer Länder als Kolonien ausgerichtet ist. Nicht nur Staaten, sondern auch unterschiedliche religiöse Gruppierungen und wirtschaftliche Unternehmen beteiligten sich seit dem 18. Jahrhundert an der Ausdehnung der europäischen Macht- und Einflusssphäre auf andere Kontinente, vor allem auf den afrikanischen. Der Austausch zwischen den europäischen Ländern und ihren Kolonien gestaltete sich sehr einseitig zugunsten der Kolonialmächte und führte zu politischen und wirtschaftlichen Abhängigkeiten. Die Ausbeutung der Ressourcen, die Unterdrückung und Versklavung der Menschen oder die Zerstörung kultureller

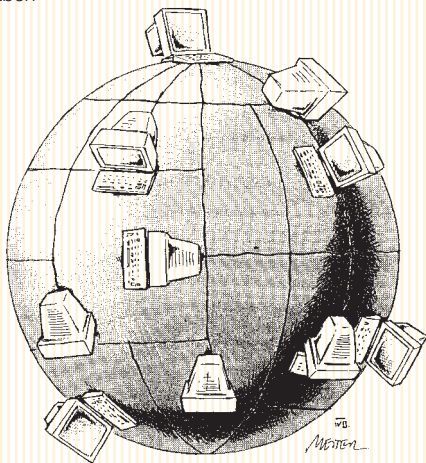
Errungenschaften und Traditionen waren Teil der kompromisslosen Aneignung fremder Länder. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges entstanden im Prozess der Unabhängigkeitsbestrebungen (Dekolonisation) zahlreiche neue, souveräne Staaten. Die politischen, ökonomischen, sozialen und geografischen Folgen der Kolonisation beeinflussen noch heute die Entwicklung vieler Länder. So sind zum Beispiel willkürliche Grenzziehungen durch die ehemaligen Kolonialmächte Anlässe für Konflikte zwischen den neuen Staaten.



Kommunikation Das lateinische Wort „communicare“ bedeutet so viel wie „mitteilen“. Das möglichst störungsfreie, gegenseitige Mitteilen von Informationen ist Kernbestand der menschlichen Kommunikation. Die Möglichkeit weltweiter Kommunikation ist ein wichtiges Merkmal und ein Motor der Globalisierung gleichzeitig. Neue Kommunikations- und Informationstechnologien verändern die (Industrie-)Gesellschaften. Eine besondere Rolle spielen dabei computergestützte Netzwerktechniken, insbesondere das \uparrow Internet.

Die Vernetzung von Computern über Hochgeschwindigkeitsnetze hat zu völlig neuen Nutzungsmöglichkeiten geführt. Neben den neuen Möglichkeiten für Direktkontakte und zeitnahes Kommunizieren rund um den Erdball ist die Produktion und Weitergabe gigantisch vieler Informationen zu einem Kennzeichen dieser Kommunikationsrevolution geworden. Die Folgen sind nur schwer abschätzbar. Die Herausforderung des neuen Informations- und Kommunikationszeitalters liegt aber eindeutig in der Beherrschung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Auswirkungen.

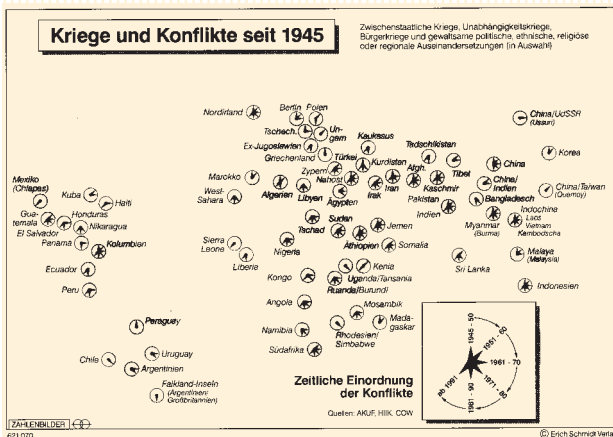
↑ Digitaler Graben



Konsum Konsum bedeutet – aus dem Lateinischen kommend – „Verbrauch“. „Der Antrieb, etwas zu besitzen und zu konsumieren, dominiert jetzt die Psyche vieler Völker“, heißt es im „Bericht der Lage der Welt 2004“ des renommierten Worldwatch-Instituts. Einer Unterschicht von 2,8 Milliarden Menschen, die mit weniger als zwei Dollar durch den Tag kommen müssen, steht demnach eine rasch wachsende „Konsumentenklasse“ von inzwischen weltweit 1,7 Milliarden Menschen gegenüber. Dazu gehö-

ren längst nicht mehr nur die reichen Nationen. Gerade in ↑ Entwicklungsländern wächst die Zahl der reichen Konsumenten, z.B. in Indien und in China. Die Übernahme westlicher Konsumgewohnheiten hat unter anderem Übergewicht, private Verschuldung oder sich verschlechternde Umweltbedingungen zur Folge, ist jedoch auch Merkmal sich angleichender Lebensverhältnisse und nachholender Entwicklung.

Kriegsgeschehen „Wetten, dass Goethe den Wahnsinn verböte!“ - Diese und ähnliche Botschaften von Jugendlichen waren während des Irak-Krieges 2003 in vielen Internet-Chats zu lesen. Der Tenor: Krieg ist Wahnsinn! Doch was ist ein Krieg? Diese Frage ist dann von Bedeutung, wenn weltweit Kriege gezählt, aufgelistet, nach ihren Ursachen untersucht und miteinander verglichen werden sollen. Oder wenn man feststellen will, ob es über die Jahrzehnte hinweg zunehmend Kriege gibt, in welchen Regionen sie stattfinden und wie viele Opfer sie gefordert haben.



Dabei gibt es keine einheitliche Definition von Krieg. Für das Heidelberger Institut für internationale Konfliktforschung (HIIK) sind Kriege „Formen gewaltsamen Konfliktaustrags, in denen mit einer gewissen Kontinuität organisiert und systematisch Gewalt eingesetzt wird.“ Und: Das Ausmaß der Zerstörung ist nachhaltig. In rund 35 Konflikten wurde im Jahr 2003 mit hohem Gewalteininsatz gekämpft, 14 davon bezeichnet das HIIK als Kriege. Afrika und der Nahe Osten waren die Hauptkriegsschauplätze, während in Europa die Kämpfe in Tschetschenien genannt werden müssen.

Seit einiger Zeit spricht man von „neuen Kriegen“. Damit wird der Beobachtung Ausdruck verliehen, dass es immer weniger Kriege zwischen ↑Staaten und mehr Kriege innerhalb eines Staates („Bürgerkriege“) gibt. Bei diesen Auseinandersetzungen bekämpfen sich unterschiedliche Bevölkerungsgruppen, es geht um die Herrschaft im Lande oder um den Zugang zu und die Nutzung von Ressourcen.

www.akuf.de; www.hiik.de

? Bei innerstaatlichen Konflikten und Kriegen geht es manchmal gar nicht um politische Ziele, sondern um Machtkämpfe rivalisierender Gruppen oder Banden. Gekämpft wird zum Beispiel um die Bodenschätze eines Landes, wie im afrikanischen Kongo um die Verfügung über die wertvollen Rohdiamanten. Diese können dann auf dem Weltmarkt zu hohen Preisen verkauft werden. Das Schlimme: Die kämpfenden Banden verdienen am Krieg – und haben deshalb kein Interesse an seinem Ende.

Kultur Kultur ist mehr als Kunst, Musik oder Literatur (lateinisch cultura: Landbau, Pflege von Geist und Körper). Kultur gilt als Ausdruck aller sozialen und geistigen ebenso wie materiellen und technischen Werte, die die Menschen in ihrer jeweiligen Umgebung schaffen, um ihre Bedürfnisse zu befriedigen. Die Vielfalt der unterschiedlichen Kulturen muss nicht trennend, sondern kann auch bereichernd auf das Zusammenleben der Menschen wirken.

Kulturen sind zu allen Zeiten und in allen Ländern Ausdruck des menschlichen Bedürfnisses nach Selbstverwirklichung und Selbsterfüllung gewesen. Die Art, wie diese Selbstverwirklichung erzielt wird, ist von Kultur zu Kultur verschieden (↑Weltkulturerbe).

www.goethe.de

Kultur des Friedens Die UNESCO, die Bildungsorganisation der ↑UNO, hat Anfang 2001 weltweit eine „Dekade für eine Kultur des Friedens und der Gewaltlosigkeit zugunsten der Kinder dieser Welt“ ausgerufen. Unter „Kultur des Friedens“ versteht man die Gesamtheit der Werte, Einstellungen und Mentalitäten, die im Privaten, in der Gesellschaft und in der Politik dazu beitragen, dass Konflikte verlässlich gelöst werden. Der interkulturelle Dialog, die Achtung der ↑Menschenrechte, Meinungs- und Pressefreiheit, die Prinzipien der Gewaltlosigkeit und der ↑Toleranz sind Themen einer Vielzahl internationaler Projekte und Aktionen der internationalen Dekade. Die Aktionen wenden sich vor allem an Kinder und Jugendliche. Die UNESCO setzt dabei auf die positive Kraft von Bildungsmaßnahmen und eine weltweite Erziehung zum Frieden.

www.unesco.de; **www3**.unesco.org/iycp/




Lebenserwartung Die Lebenserwartung in Deutschland steigt weiter an. Wer heute geboren wird, hat als Mann in Deutschland eine durchschnittliche Lebenserwartung von 75 Jahren, während die Lebenserwartung einer heute in Deutschland geborenen Frau durchschnittlich 81 Jahre beträgt. Zum Vergleich: Die Lebenserwartung in Weißrussland liegt bei Männern bei 63 Jahren, und Frauen werden im Durchschnitt 75 Jahre alt. In Ruanda lauten die Prognosen ganz anders: Männer 39 Jahre, Frauen 41 Jahre.

www.weltbevoelkerung.de

Lebensmittelskandale Hormonbelastetes Fleisch, BSE, Schweinepest, Vogelgrippe – auch Lebensmittelskandale machen in Zeiten der ↑Globalisierung nicht vor nationalen Grenzen Halt. Die hochrationalisierte Landwirtschaft (Massentierhaltung, belastetes Tierfutter) und eine Agrarpolitik, die ihre ↑Subventionen verstärkt an Landwirte mit den höchsten Produktionsmengen vergibt, sind als Ursachen für die gehäuft auftretenden Skandale zu nennen. Auch lassen sich im internationalen Agrarhandel die Stationen einer Waren- oder Verarbeitungskette oft nicht eindeutig zurückverfolgen. Die Lebensmittelsicherheit ist auch ein zentrales Anliegen des ↑Verbraucherschutzes.

Lebensstil Der Lebensstil eines Menschen umfasst ganz unterschiedliche Lebensbereiche wie seinen Umgang mit den Mitmenschen oder das Verhalten in Konfliktsituationen, aber auch seine Ausdrucksformen in Sprache, Mimik oder Gestik. In der Öffentlichkeit steht das Konsumverhalten im Zentrum des wahrnehmbaren Lebensstils, der sich durch die Art der Kleidung, die Einrichtung des Zimmers und durch die Teilnahme an gesellschaftlichen Aktivitäten ausdrückt. „Kleider machen Leute“ heißt ein Sprichwort, wodurch die materielle Seite des Lebensstils betont wird.

 Bei dem Thema „Lebensstil“ geht es auch um die Frage, welchen Lebensstandard sich die Menschen in den reichen Industrieländern leisten wollen und können, wenn dieser auf Kosten der Menschen in den ärmeren Ländern geht oder aber auch auf Kosten der Umwelt.

Lohn-Dumping „Löhne auf die Müllkippe“ – so könnte eine freie Übersetzung der deutsch-englischen Wortkombination lauten. In einigen Branchen (zum Beispiel im Verkauf oder im Baugewerbe) werden immer mehr Beschäftigte zunehmend zu Niedriglöhnen angestellt, die unterhalb von Mindestlohnvorstellungen liegen. Mit Lohn-Dumping wollen Arbeitgeber und Unternehmen ↑Arbeit „billiger“ machen und damit u.a. Entlassungen verhindern.



Macht Macht in den zwischenmenschlichen, innergesellschaftlichen und internationalen Beziehungen wird überall ausgeübt. Sie findet sich in allen Gesellschaftsformen und in allen Bereichen des Zusammenlebens. Der deutsche Soziologe Max Weber bezeichnete Macht als Chance, innerhalb der Beziehung zu anderen Menschen den eigenen Willen auch gegen deren Widerstreben durchzusetzen. Für die „realistische Schule“, eine einflussreiche politikwissenschaftliche Strömung, umfasst Macht alles, was die Beherrschung von Menschen durch Menschen bewirkt und erhält. Politik wird als ewiger Machtkampf verstanden, wozu auch die Anwendung von Gewaltmitteln gehört.

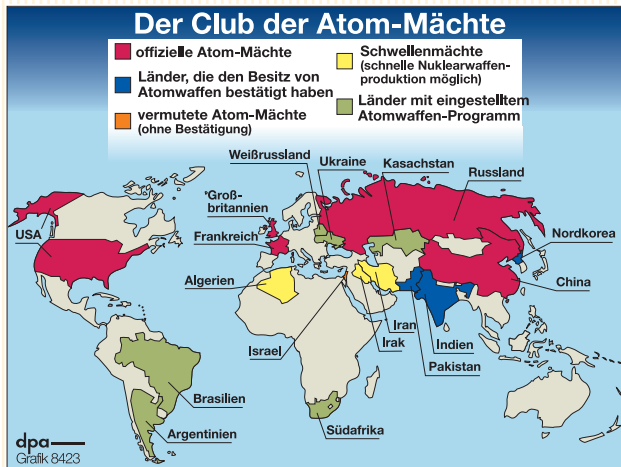
Doch durch ethische Normen, (demokratische) Regeln oder Sanktionen kann die Anwendung von Macht sowohl innenpolitisch als auch außenpolitisch kontrolliert werden.

Als sanfte Macht („Soft Power“) werden in der internationalen Politik manchmal auch die Ansätze [↑] ziviler Konfliktbearbeitung bezeichnet.

Massenvernichtungswaffen Mit der Entwicklung von Atomwaffen verfügt die Menschheit seit Mitte des vergangenen Jahrhunderts über die einmalige „Fähigkeit“, die Erde und damit sich selbst hunderte von Malen vernichten zu können. Die Zahl der weltweit existierenden Atomwaffensprengköpfe wird auf 34.145 geschätzt. Damit wurde die Anzahl der in den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts zur Verfügung stehenden Atomwaffen nahezu halbiert. Dennoch: „Wenn wir den Kurs nicht ändern, riskieren wir die Selbsterstörung“, so der Direktor der International Atomic Energy Agency (IAEA), El Baradei.

Der Atomwaffensperrvertrag (Non-Proliferation-Treaty, NPT) verpflichtet die offiziellen Atomwaffenmächte China, Frankreich, Großbritannien, Russland (ehemals Sowjetunion) und USA, nicht zur Weiterverbreitung von Atomwaffen beizutragen und ihre eigenen Atomwaffenpotentiale abzubauen.

Der NPT ist beinahe weltumfassend: Mehr als 190 Vertragstaaten haben ihn seit 1968 unterzeichnet. Sie können Atomenergie zu zivilen Zwecken nutzen und auf diesbezügliche Förderung bauen. Nur Indien, Pakistan, Israel und Nordkorea gehören dem NPT nicht an; die drei erstgenannten verfügen über eigene Atomwaffenpotentiale. Nordkorea, aber auch der Iran und Libyen stehen im Verdacht, über Atomwaffen zu verfügen.



Zu den Massenvernichtungswaffen gehören neben den atomaren auch biologische und chemische Waffen. Herstellung, Besitz und Einsatz von chemischen und biologischen Substanzen, die als Kampfstoffe klassifiziert sind, sind durch internationale Verträge verboten.

www.ipnw.de; www.iaea.or.at

Der NPT wird häufig kritisiert, weil er die Atomwaffenmächte nicht zwingt, ihre Potentiale in einem bestimmten Zeitraum abzuschaffen und ihnen Freiraum für weitere atomare Aufrüstung lässt. Hinzu kommt, dass

die Weiterverbreitung an einige Länder nicht gestoppt werden konnte. Andererseits besteht nur mit dem Norm- und Kontrollsystem des NPT die Möglichkeit, einer drohenden Weiterverbreitung ein Ende zu setzen bzw. die prinzipielle positive Wirkung auf die Großzahl der Staaten zu stützen. Die Glaubwürdigkeit des NPT ist aber so lange in Frage gestellt, wie die Atommächte weiter an der atomaren Rüstung festhalten und diese sogar ausbauen. Im Jahr 2005 findet eine Überprüfungskonferenz des NPT statt.

Seit dem Attentat auf das World Trade Center in New York am 11. September 2001 wird von manchen Politikern das Interesse von Terroristen (oder diese unterstützende Regierungen) an Massenvernichtungswaffen als neue Sicherheitsbedrohung bezeichnet. Im Jahr 2003 wurde der Krieg gegen den Irak mit dem Argument geführt, die dort zu Unrecht vermuteten Atomwaffenpotenziale zerstören zu müssen. Tatsächlich muss alles getan werden, um Verstöße gegen den NPT rasch aufdecken und die betroffenen Staaten mit nichtmilitärischen Mitteln zum Einlenken bewegen zu können. Dies setzt aber ein koordiniertes Vorgehen der Staatenwelt zum Beispiel im Sicherheitsrat der \uparrow UNO voraus.

Das Festhalten an Nuklearwaffen seitens der Großmächte USA, Russland, China, Großbritannien und Frankreich gilt als ein Hemmnis für eine weitergehende nukleare Abrüstung.

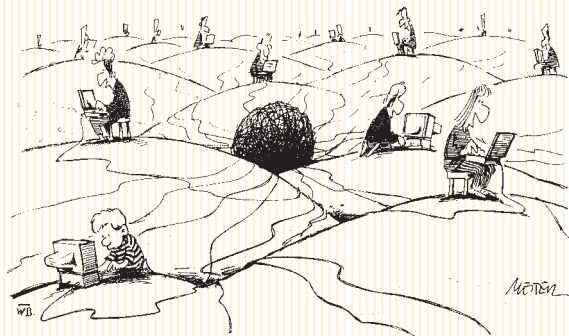
McDonaldisierung Die Fastfood-Kette unterhält rund 30.000 Filialen in 121 Ländern der Erde. In Deutschland gibt es 1.250 Restaurants mit einem Umsatz von 2,27 Mrd. €. Mit der „McDonaldisierung“ wird der weltweite Export des manchmal ersehnten, manchmal umstrittenen „American Way of Life“ bezeichnet. Die Menschen können heute in vielen Teilen der Welt die gleichen Waren konsumieren. Die Globalisierung, so kritisieren manche, zerstöre Traditionen und das Authentische der einzelnen Kulturen.

In dem Buch „Globale Trends 1998“ heißt es: „Die Globalisierung ist einerseits durch vereinheitlichende Tendenzen gekennzeichnet. Im internatio-

nenalen Wettbewerb verallgemeinern sich Produktionsstandards, Konsummuster nähern sich an; triviale Allerweltkulturen entstehen. Der kulturelle Reichtum der Welt, der in der Differenz liegt, droht überrollt zu werden. Zugleich existieren unter der Oberfläche der Einförmigkeit eigenständige Kulturen, Weltbilder, gesellschaftliche Organisationsformen und Wirtschaftsstile weiter.“

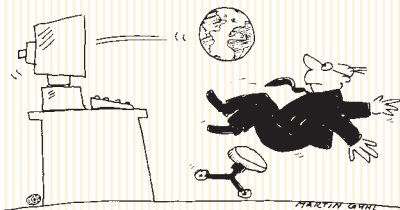
www.mcdonalds.de

Medien Ein Medium dient der ↑ Kommunikation, der Verbreitung von Nachrichten, Meinungen, Unterhaltung (Bücher, Fotos, Fernsehen, Hörfunk oder ↑ Internet). Unter neuen elektronischen Medien versteht man das Internet und CD-ROM.



Die Medien werden oft als die entscheidende Antriebsfeder der kulturellen Globalisierung bezeichnet. Der westliche ↑ Lebensstil wird in entlegene Winkel der Welt transportiert. Audiovisuelle Medien wirken direkter als Worte, sie dringen ohne reflexive Umwege in das (Unter-) Bewusstsein. Sie vermitteln Sympathien und Antipathien. Häufig stehen nicht Argumente, sondern eingängige Bilder im Vordergrund. Gefühle werden angespro-

chen und Stimmungen erzeugt. Ein Großteil des Alltagswissens, auch über weit Entferntes, wird über die Medien bezogen, vor allem wenn es um gesellschaftliche und politische Themen geht. Aus diesem Grund wird Politik zunehmend auch für die Medien inszeniert, aber auch von den Medien selektiv ausgewertet.



Neue technische Entwicklungen machen Liveübertragungen rund um den Globus möglich. Gleichzeitig fällt es immer schwerer zu beurteilen, ob eine Sendung wirklich live oder aufgezeichnet (und damit geschnitten) ausgestrahlt wird. Medien wie das Fernsehen schaffen neue Bedürfnisse und schüren auch Neid. („Früher ging es auch der einen Gruppe von Menschen schlechter als der anderen, aber heute weiß es dank TV jeder.“).

Die Konzentration im Mediengeschäft und die Abhängigkeiten von Einschaltquoten sind weitere Faktoren, welche die Medienberichterstattung beeinflussen. Schließlich ist es bedenklich, wenn Politiker oder politische Kräfte Medien besitzen oder sich Einfluss auf die Gestaltung der Medien verschaffen, da die Medien als so genannte „vierte Gewalt“ eine wichtige Kontrollfunktion in Politik und Gesellschaft ausüben.


www.mediaculture-online.de

Menschenrechte „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.“ So heißt es im Artikel 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Die diesbezügliche UNO-Resolution 217 A (II) wurde von der Generalversammlung der Vereinten

Nationen am 10. Dezember 1948 angenommen und proklamiert. Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International beklagt demgegenüber in ihrem Jahresbericht 2004, dass in 155 Staaten der Erde die Menschenrechte verletzt werden.

Laut Amnesty International wurden im Jahr 2002 Menschen in über hundert Staaten während ihrer Haft von Sicherheitskräften, Polizeibeamten oder anderen Staatsangestellten gefoltert oder misshandelt, viele starben an den Folgen der Folter oder der unmenschlichen Haftbedingungen. Nach Ermittlungen von Amnesty International wurden 2003 in 63 Ländern 2.756 Menschen zum Tode verurteilt. In 28 Ländern wurden 1.146 Menschen hingerichtet. Für 84 Prozent der bekannten Hinrichtungen sind die vier Länder China, Iran, die USA und Vietnam verantwortlich. In mindestens 47 Ländern wurden Menschen Opfer staatlicher Morde.

Das Verständnis von Menschenrechten geht weit über die direkte körperliche Unversehrtheit jedes einzelnen hinaus. Man spricht von drei Generationen von Menschenrechten: Zunächst geht es um die Freiheits- und Schutzrechte, wie sie in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verankert sind. Dann zählt man die Gleichheits- und Sozialrechte dazu, also zum Beispiel das Recht auf Arbeit oder Wohnung. Schließlich geht es um die Rechte auf Entwicklung, also zum Beispiel das Recht auf intakte Umwelt und auf Bildungschancen.

 Selbstverständlich gibt es weltweit unterschiedliche Definitionen von Menschenrechten. Das Verständnis von Menschenrechten sowie deren Umsetzung hängt zum Beispiel vom regionalen und kulturellen Umfeld jedes einzelnen Menschen ab. Im Zeitalter der Globalisierung geht es dabei um die Kernfrage: Wie universal sind die Menschenrechte? Gibt es einen Kern von Menschenrechten, der weltweit gelten kann und soll? Und vor allem: Welche Konsequenzen haben massive Verstöße von Staaten und Gruppen gegen die Menschenrechte? Was können internationale Gerichte tun?

www.forum-menschenrechte.de

Migration Aus dem lateinischen Sprachschatz kommend bezeichnet Migration eine „Wanderungsbewegung“ einzelner Personen oder Personengruppen innerhalb einer Gesellschaft oder eines Landes sowie grenzüberschreitend in andere Länder. Unter Migranten² versteht man nicht nur Menschen, die juristisch als Flüchtlinge anerkannt sind, sondern auch Personen, die ihre [↑]Heimat freiwillig verlassen, weil sie sich in einem anderen Land bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen erhoffen. Für viele Migranten² spielen Wunschvorstellungen eine Rolle, die sie sich von ihrem neuen Heimatland machen. Die Medien, vor allem das Fernsehen, vermitteln hier Eindrücke, Hoffnungen und Sehnsüchte, die bei der Ankunft meist bitter enttäuscht werden.



Millennium-Entwicklungsziele Im September 2000 trafen sich rund 150 Staats- und Regierungschefs² am Sitz der [↑]UNO zu der bis dahin größten internationalen Versammlung politischer Entscheidungsträger². Sie verabschiedeten mit den so genannten Millennium-Entwicklungszielen einen ehrgeizigen Aktionsplan. Er sieht unter anderem vor, dass die Zahl der in [↑]Armut lebenden Menschen halbiert, die Verbreitung von [↑]HIV/Aids gestoppt und allen Menschen eine Grundbildung ermöglicht werden sol-

len. Drei Jahre später kommt der Generalsekretär der UNO, Kofi Annan, in einem Bericht zu dem Schluss, dass die Millennium-Entwicklungsziele bis 2015 tatsächlich erreicht werden können, wenn die Staaten die jetzige Dynamik beibehalten.

Skeptiker verweisen darauf, dass Schlüsselprobleme bei der Umsetzung der „Millennium Goals“ in der ungelösten Finanzierungsfrage und der fehlenden Sanktionsfähigkeit der koordinierenden Organisation liegen. Vieles wird davon abhängen, welche Anstrengungen die einzelnen Mitgliedstaaten der UNO zur Erfüllung der großen Aufgabe unternehmen.

www.runiceurope.org/german/mdg/index.html;

www.aktionsprogramm2015.de



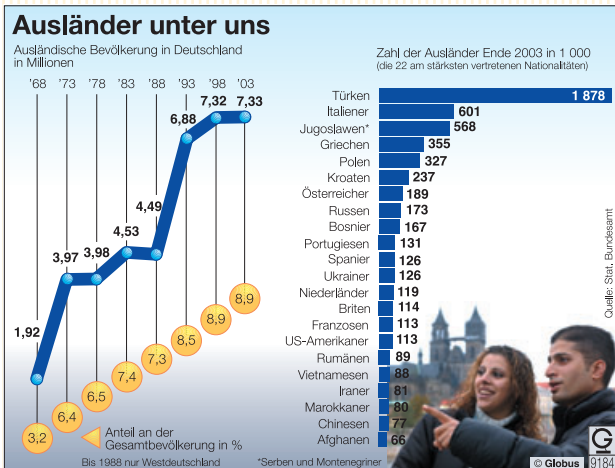
Millennium-Entwicklungsziele

1. Extreme Armut und Hunger beseitigen
2. Grundschulbildung für alle Kinder
3. Gleichstellung und größerer Einfluss von Frauen
4. Kindersterblichkeit senken
5. Gesundheit der Mütter verbessern
6. Aids, Malaria und andere Krankheiten bekämpfen
7. Eine nachhaltige Umwelt gewährleisten
8. Globale Partnerschaft für Entwicklung

Mobilität Die Bereitschaft zur Mobilität, d.h. zur „Beweglichkeit“, wird immer mehr zur Voraussetzung einer erfolgreichen Job-Suche. Der Wohnungs- und Ortswechsel in einem Land ist aber nur der Anfang. Im wachsenden Wirtschaftsraum der \uparrow Europäischen Union wird bei der Arbeitssuche auch die grenzüberschreitende Mobilität zur Normalität werden. Die Mobilität beim Transport von Personen und Waren steigt seit einigen Jahren kontinuierlich. Auch der weltweite \uparrow Tourismus gilt als ein Feld von Mobilität.

MultiKulti Multi kommt aus dem lateinischen und bedeutet „viel“, „multi-kulti“ ist die Abkürzung für das Zusammenleben vieler verschiedener Kulturen.

Das gleichberechtigte, solidarische Zusammenleben von Menschen, die aus unterschiedlichen Kulturkreisen kommen, die sich zu verschiedenen Religions- und Glaubensrichtungen bekennen, die unterschiedliche Hautfarben, Lebensstile und politische Wertmaßstäbe aufweisen – auf dieser Grundidee beruht die positive Vorstellung einer multikulturellen Gesellschaft. Denn niemals zuvor in der Geschichte der Menschheit lebten in so vielen Gesellschaften, Ländern und Nationen dieser Erde so viele unterschiedliche Menschen zusammen. Aber wie soll ihr Zusammenleben organisiert werden, ohne dass sich die einen diskriminiert und die anderen in ihrer ↑Toleranz überfordert fühlen?





Der Begriff multikulturelle Gesellschaft ist nicht unumstritten und wird in Politik und Gesellschaft kontrovers diskutiert. Für manche ist Deutschland bereits eine multikulturelle Gesellschaft. Diese fordern, dass sich die Menschen und die Politik auf diesen Sachverhalt einstellen müssen. Andere bestreiten dies und möchten die Gemeinsamkeiten der ursprünglichen Nation als „Leitkultur“ bewahren. Dabei geht es um eine Reihe strittiger Fragen: Wie geht die Mehrheit in einer Gesellschaft mit ihren Minderheiten um? Soll es gleiche Rechte für alle geben? Wie viel Anpassung verlangt die Mehrheit von den Minderheiten? Gibt es Grenzen der Toleranz gegenüber denjenigen, die ihre eigenen Werte und Vorstellungen absolut setzen und keine Bereitschaft zur Anpassung zeigen?

Neben den Einstellungen der Menschen geht es in multikulturellen Gesellschaften aber auch um grundlegende politische, soziale und rechtliche Fragen der Migration(spolitik), der Integration(spolitik) und der Minderheiten(politik).

Multinationale Konzerne [↑]Global Player

n

Nachhaltigkeit Prinzip für den wirtschaftlichen Umgang mit begrenzten Ressourcen, so dass diese auch künftigen Generationen möglichst dauerhaft zur Verfügung stehen. Ein Schlüsselbegriff der 1992 verabschiedeten Agenda 21 war „Sustainability“, ins Deutsche übersetzt mit „Nachhaltigkeit“. Unter nachhaltiger Entwicklung kann man verstehen, dass die menschliche Lebensqualität dauerhaft verbessert wird, ohne die Umwelt zu überlasten. Nachhaltige Entwicklung ist ein Entwicklungsprozess, der einen Ausgleich sucht zwischen (1) menschlichen Bedürfnissen und der Leistungsfähigkeit der Natur, (2) Bedürfnissen der gegenwärtigen und künftigen Generationen und (3) zwischen den Bedürfnissen der Armen und der Reichen.

Konkret umfasst Nachhaltigkeit die Einschränkung des Rohstoffverbrauchs, die Reduktion des Energiekonsums oder die Wiederverwertbarkeit von Abfall.

www.dialog-nachhaltigkeit.de; www.nachhaltigkeitsrat.de



Dauerhafte Entwicklung

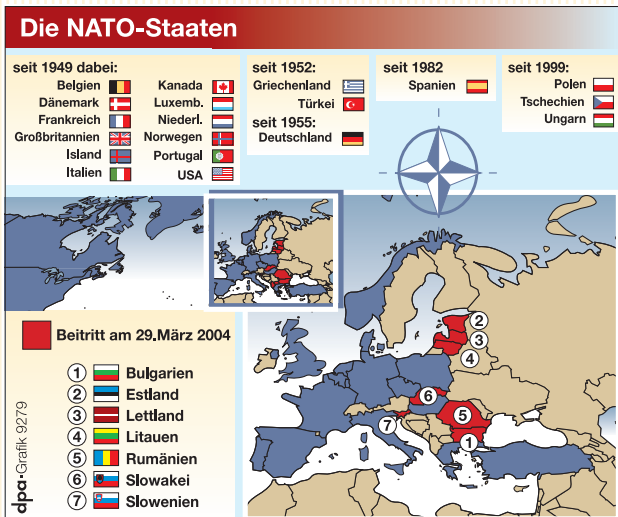
„Unter dauerhafter Entwicklung verstehen wir eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen. Die Forderung, diese Entwicklung ‚dauerhaft‘ zu gestalten, gilt für alle Länder und Menschen. Die Möglichkeit kommender Generationen, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen, ist durch Umweltzerstörung ebenso gefährdet wie durch die Unterentwicklung in der Dritten Welt.“

Brundtland-Bericht der WCED
(World Commission on Environment and Development).

Nationalismus Unter einer Nation versteht man eine große Gruppe von Personen, die eine Reihe von Gemeinsamkeiten aufweisen: Abstammung, Sprache, Kultur, Geschichte oder Wertvorstellungen. Heute sind Nationen meist in einem souveränen Nationalstaat mit einem klar definierten Staatsgebiet organisiert. Der Nationalismus ist eine auf die Nation bezogene ↑ Ideologie, durch welche die Gemeinsamkeiten der Menschen nicht nur hervorgehoben, sondern überbetont und zur (aggressiven) Abgrenzung gegenüber der andersstaatlichen Umwelt instrumentalisiert werden. Durch ↑ multikulturelle Gesellschaften und ↑ Globalisierung ist der Nationalismus einerseits ein geschichtlich überholtes Konzept geworden, andererseits gewinnt er durch das Bedürfnis vieler Menschen nach ↑ Identität neues Gewicht.

Nationalstaaten [↑]Staaten

NATO Die englische Abkürzung steht für „North Atlantic Treaty Organization“, also Nordatlantische Vertragsorganisation. Die NATO wurde 1949 als westliches Militärbündnis unter Führung der USA gegründet und definierte ihre Aufgabe bis zum Ende des [↑]Ost-West-Konfliktes als Verteidigungsbündnis gegen einen möglichen Angriff aus „dem Osten“. Der Gegenspieler der NATO, die Warschauer Vertragsorganisation (WVO, auch Warschauer Pakt), war das östliche Militärbündnis unter Führung der ehemaligen Sowjetunion. Eine in der Geschichte beispiellose Rüstungsspirale war die Folge der gegenseitigen militärischen Abschreckung, die bis zur Androhung des Ersteinsatzes von Atomwaffen reichte.



Nach der Auflösung der WVO fand bei der NATO eine Umorientierung statt mit der Konsequenz, dass die Werte und Sicherheitsinteressen der gegenwärtig 26 Mitgliedsstaaten auch außerhalb des Bündnisterritoriums im Rahmen von Auslandseinsätzen verteidigt werden sollen.

www.nato.int; www.nato.int/germany/home.html

Neoliberalismus „Privat kommt vor dem Staat“ ist eine der Maximen, die den Vertretern des Neoliberalismus zugeschrieben werden. Die dahinter stehenden ökonomischen Modelle gehen von der Selbststeuerung des Marktes aus, setzen auf Eigenverantwortung, Privatisierung und Wettbewerb. Der Politik wird lediglich die Funktion zugesprochen, für günstige Rahmenbedingungen zu sorgen. Kritiker werfen dem Neoliberalismus vor allem die Vernachlässigung der sozialen Sicherung vor.

Netzwerk Computer bilden ein Netzwerk, wenn sie mithilfe elektronischer Leitungen verknüpft werden, auf gemeinsame Soft- und Hardware zurückgreifen und miteinander kommunizieren können. Soziale Netzwerke entstehen durch die Zusammenarbeit von Personen, Gruppen oder ↑ Nichtregierungsorganisationen, die an einem gemeinsamen Ziel arbeiten und zunehmend auch die nationalen Grenzen überschreiten.

Nichtregierungsorganisationen Dieses Wortungetüm wird mit den Buchstaben NRO abgekürzt, auch ist die englische Abkürzung NGO (Non Governmental Organization) geläufig. NRO ist die Sammelbezeichnung für eine Vielfalt unterschiedlichster Organisationen. Dazu gehören Menschenrechtsorganisationen wie ↑ amnesty international, globalisierungskritische Gruppen wie ↑ Attac, Umweltorganisationen wie Greenpeace oder auch kirchliche Hilfswerke wie Misereor oder „Brot für die Welt“. NROs machen sich stark für ↑ Klimaschutz und ↑ zivile Konfliktbearbeitung, für eine bessere Gesundheitsversorgung oder organisieren Hilfstransporte in Krisengebiete. Sie sind manchmal nur in einem Land tätig, häufig aber bilden sie auch internationale ↑ Netzwerke und schließen sich zusammen wie im „Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen“ (Venro).

NROs sind Teil der ↑Zivilgesellschaft eines Landes, unabhängig von ↑Staaten, Regierungen, Parteien und ↑internationalen Organisationen. Sie können Menschen auf Probleme aufmerksam machen, wachrütteln, begeistern und ihnen Wege aufzeigen, wie man sich engagieren kann.

Vermittelt über die ↑Medien wächst der Einfluss der NROs auch auf nationale und internationale politische Entscheidungen. NROs haben deshalb in den letzten Jahren erhebliche Schlagzeilen gemacht und werden neben den Staaten und den Internationalen Organisationen als neue Akteure der ↑Weltpolitik bezeichnet oder gar als Hoffnungsträger für eine bessere Welt gepriesen.

Wachsende Bedeutung haben die NROs auf internationalem Gebiet als Teilnehmer↗ an internationalen Konferenzen, als Veranstalter↗ von alternativen Gipfeltreffen parallel zu den Treffen der Regierungen oder durch eigenständige internationale Kampagnen.

www.venro.org

? NROs sind nicht immer willkommen und geraten häufig auch in die Kritik. Kontroversen gibt es um die Frage, wie demokratisch die Entscheidungsstrukturen der NROs sind, mit welcher (moralischen, demokratischen) Legitimation sie ihre Ziele verfolgen oder wie es um ihre Zugehörigkeit und Unabhängigkeit bestellt ist, wenn sie staatliche Förderungen in Anspruch nehmen.



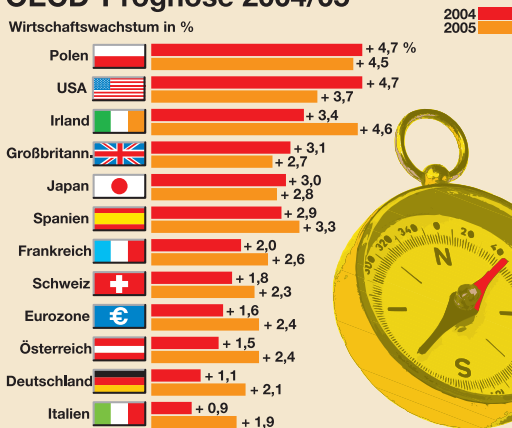
OECD Der Aufbau starker und leistungsfähiger Volkswirtschaften, die dauerhafte Sicherung optimaler Wirtschaftsentwicklung und eines steigenden Lebensstandards in den Mitgliedsstaaten sowie die Förderung des wirtschaftlichen Wachstums auch in den Entwicklungsländern sind Ziele der 1961 gegründeten „Organisation for Economic Co-operation and Development“. Als eigene Werte benennt die OECD eine offene Marktwirt-

schaft, pluralistische Demokratie und die Achtung der Menschenrechte. Die Einigkeit zwischen den Mitgliedsstaaten der sehr einflussreichen OECD gilt als sehr hoch, manchmal spricht man sogar von einem „OECD-Frieden“.

www.oecd.org

OECD-Prognose 2004/05

Wirtschaftswachstum in %



dpa — Grafik 9463

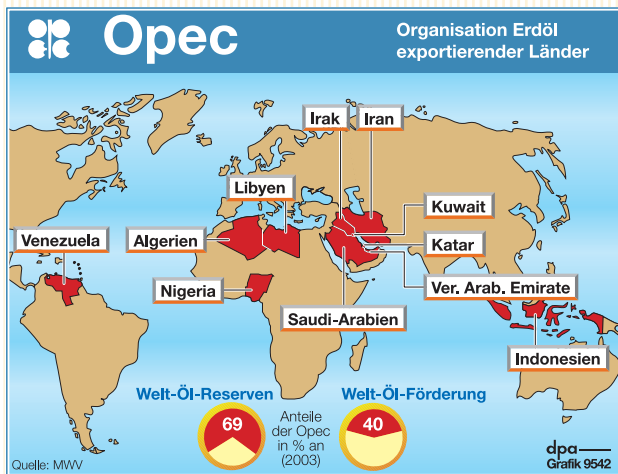


Mitgliedsländer OECD

Mitgliedsländer der OECD: Australien, Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Island, Italien, Japan, Kanada, Korea, Luxemburg, Mexiko, Neuseeland, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Schweden, Schweiz, Slowakei, Spanien, Tschechische Republik, Türkei, Ungarn, Vereinigtes Königreich und die Vereinigten Staaten von Amerika

OPEC In den Böden der OPEC-Staaten (Organization of the Petroleum Exporting Countries) sollen sich etwa drei Viertel der weltweiten Rohölvorräte befinden. Die OPEC will die Interessen ihrer Mitgliedsländer vertreten, deren Erdölpolitiken koordinieren und zur Stabilisierung der Erdölpreise beitragen. Rund 40 Prozent der weltweiten Fördermenge an Rohöl stammt aus den OPEC-Staaten. Sitz der OPEC ist Wien.

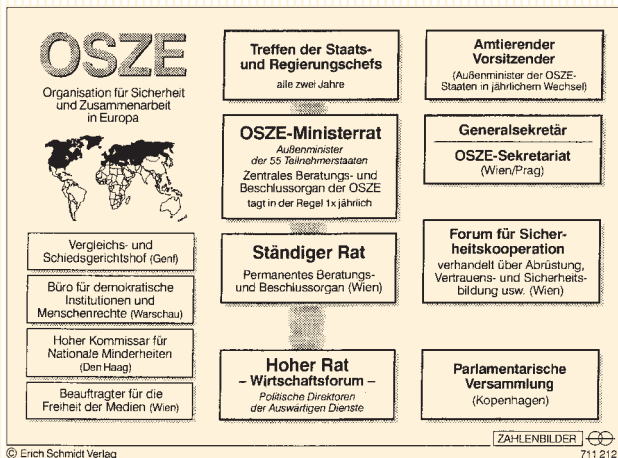
www.opec.org



Ost-West-Konflikt Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges im Jahr 1945 brachen lange Jahre unüberwindbare politische, ideologische und wirtschaftliche Gegensätze zwischen den Siegermächten auf und führten zu einer Spaltung Europas und weiterer großer Teile der Welt. Unter Führung der USA bildete sich das westliche „Lager“, während die Sowjetunion das östliche „Lager“ anführte. Beide Seiten bedrohten sich mit ihren Militärbündnissen (↑NATO und Warschauer Pakt) gegenseitig und waren sogar bereit, im Falle eines Angriffes ↑Massenvernichtungswaffen wie

Atomwaffen einzusetzen. Die Berliner Mauer wurde zum Symbol dieser Teilung, mit ihrem Fall im Jahr 1989 wird auch das Ende des Ost-West-Konfliktes verbunden.

OSZE Mit der Unterzeichnung der „Schlussakte von Helsinki“ wurde 1975 (damals unter dem Namen „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“, KSZE) der Grundstein für die „Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (OSZE) gelegt. Mit der Schlussakte wurden Prinzipien wie die „Nichteinmischung in innere Angelegenheiten“, aber auch die „↑Menschenrechte“ und das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ festgeschrieben.



Die OSZE mit Sitz in Wien ist heute mit 55 Mitgliedstaaten aus Europa, Asien und Nordamerika die weltweit größte regionale Sicherheitsinstitution. Die Mitarbeiter der OSZE nehmen verantwortungsvolle Aufgaben im Bereich der ↑zivilen Konfliktbearbeitung wahr: Sie beobachten das Kon-

fliktgeschehen in Europa und warnen vor eskalierenden Konflikten; sie sollen einen Beitrag zu Vorbeugung und Eindämmung gewaltsamer Konflikte leisten und nach Ende eines Krieges zur Versöhnung und zum Wiederaufbau beitragen. Manchmal entsendet die OSZE so genannte Missionen in Krisengebiete, um Hintergründe aufzudecken, mit den Konfliktparteien zu sprechen und zwischen ihnen zu vermitteln. Die finanziellen Ressourcen der OSZE sind allerdings äußerst beschränkt. Insgesamt sind nur 370 Personen bei der OSZE beschäftigt, rund 3.000 Personen sind bei den unterschiedlichen Missionen im Einsatz. Im Jahr 2003 betrug das Budget 185 Millionen €.

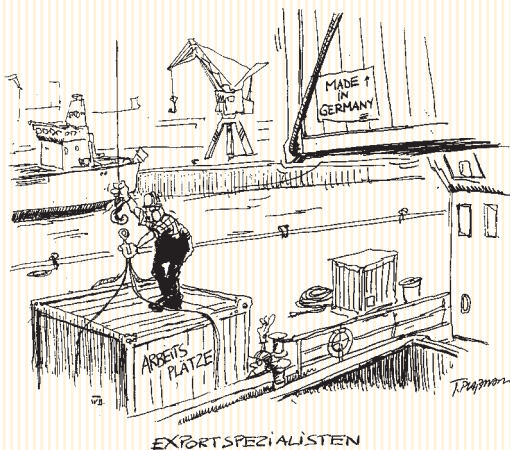
www.osce.org

Outsourcing Die Verlagerung von Geschäftsprozessen nach „außen“ (aus dem Englischen: Auslagerung aus dem Kernbereich) in ein anderes Unternehmen aus Kosten- und Kompetenzgründen ist zu einem Merkmal aktueller Entwicklungen in vielen Unternehmen geworden. ↑Produktionsverlagerung, ↑Standort

p

Pax Americana Die USA gilt als einzige Weltmacht unserer Zeit. Die 2002 verabschiedete „Nationale Sicherheitsstrategie“ der USA (auch „Bush-Doktrin“ genannt) misst der Bedrohung durch den ↑Terrorismus und die Weiterverbreitung von ↑Massenvernichtungswaffen großes Gewicht bei. Dabei nimmt die amerikanische Regierung offensiv das Recht für sich in Anspruch, auch vorbeugende („präventive“) militärische Operationen durchzuführen. Diesem Strategieansatz zufolge reicht schon der Verdacht gegen einen Staat, Massenvernichtungswaffen zu besitzen oder sie einsetzen zu können, um einen Militärschlag durchzuführen. Kritiker bezeichnen dies als Verstoß gegen das ↑Völkerrecht.

Produktionsverlagerung Unternehmen, vor allem ↑Global Player, verlagern aus Kosten-, Effizienz- und Gewinngründen häufig Teile ihrer Produktion ins Ausland. Trotz der höheren Transport- und Managementkosten rechnet sich die Produktionsverlagerung, wenn die Löhne entscheidend billiger sind. ↑Outsourcing



Protektionismus Der Begriff – er kommt aus dem Lateinischen und bedeutet die Errichtung eines Schutzgebietes – wird im wirtschaftlichen Bereich verwendet. Wenn ein Binnenmarkt (eines Landes oder eines Wirtschaftsraumes) durch Schutzzölle oder Einfuhrbeschränkungen für Waren und Dienstleistungen vor der ausländischen Konkurrenz geschützt wird, spricht man von einer protektionistischen Wirtschaftspolitik. Auch ein einzelner Wirtschaftsbereich – z.B. die Stahlproduktion – kann geschützt werden. ↑Welthandel

r

Rassismus Der Rassismus teilt Menschen in Rassen von höherem und geringerem Wert. Rassistisches Gedankengut ist im Alltag anzutreffen, um andere Menschen zu diskriminieren. Rassismus wird aber auch gezielt zur Legitimation der Herrschaft einer selbsterklärten „Herrenrasse“ über andere Gruppen oder gar Völker benutzt und beinhaltet auch deren physische Vernichtung (Völkermord). Rassismus wurde in der Menschenrechts-erklärung der UNO von 1948 geächtet.

Reisewarnung Reisen kann gefährlich sein. Der weltweite [↑]Tourismus eröffnet immer mehr Chancen, Länder abseits des Massentourismus individuell zu erkunden. Das Auswärtige Amt bietet auf seiner Homepage länderspezifische Informationen für Reisende an, gibt aktuelle Tipps und spricht auch Warnungen aus. In Südafrika soll man beispielsweise von Fremden keine Drinks in Bars oder Restaurants annehmen, denn diese könnten „K.O.-Tropfen“ enthalten.

Reisewarnungen gibt es auch umgekehrt: Das australische Außenministerium warnt Deutschland-Reisende vor der Teilnahme an Demonstrationen, die in Deutschland häufig gewaltsam enden würden.

www.auswaertiges-amt.de; **www.dfat.gov.au**

Religionen Als Heilslehren geben die verschiedenen Religionen weltweit den gläubigen Menschen Sinn und vermitteln ethische Maßstäbe für das persönliche und zwischenmenschliche Handeln. Religionen können Frieden stiften und zur Versöhnung beitragen. Zu den großen Religionen gehören das Christentum und das Judentum, der Islam, Buddhismus und Hinduismus sowie die Chinesische Religion.

In vielen Konflikt- und Kriegsregionen spielen Fragen des „richtigen“ Glaubens bei der Konflikteskalation eine große Rolle. Die meisten [↑]Kriege werden zwar aus politischen oder wirtschaftlichen Gründen geführt. Immer wieder aber gelingt es politischen und fanatischen religiösen Führern, reli-

gigante Unterschiede und Feindbilder bei den Menschen zur Rechtfertigung von Gewaltanwendung zu benutzen.

Trotz unterschiedlicher Formulierungen findet sich in allen Weltreligionen die in der Kernaussage gleiche „Goldene Regel“ („Was du nicht willst, das man dir tut, das füg auch keinem anderen zu“)



Religionen in Deutschland (Mitglieder; Stand 2004)

Römisch-Katholische Kirche 26,7 Mio.

Evangelische Landeskirchen 26,3 Mio.

Muslime 3,3 Mio.

Orthodoxe
und orientalische Kirchen 950.000

Evangelische Freikirchen /
Sondergemeinschaften 608.000

Neuapostolische Kirche 380.000

Zeugen Jehovas 164.000

Buddhisten 200.000

Juden
(Mitglieder von Gemeinden) 105.000

Hindus 95.000

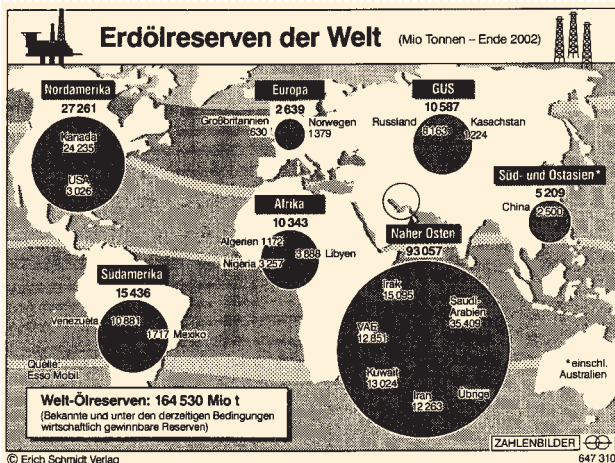
www.remid.de (Religionswissenschaftlicher Medien-
und Informationsdienst e.V.)

? Derzeit schätzt man die Zahl der Christen auf zwei Milliarden, ein Drittel der Weltbevölkerung; die Zahl der Muslime wird mit einer Milliarde, die der Hindus mit 746 Millionen, die der Buddhisten mit 353 Millionen, die der

Sikhs mit 22 Millionen, die der Juden mit 15 Millionen bezieht. Religionen werden nach Aussagen von Zukunftsforschern auch künftig Anlass oder Motivation zu kriegerischen Auseinandersetzungen geben. Daher ist das Bemühen der Theologen um den Dialog zwischen den Religionen bzw. um eine Theorie der religiösen Gemeinsamkeit von zentraler, auch politischer Bedeutung. Jedoch: Wie können die verschiedenen Religionen zusammengeführt werden, ohne ihrem Selbstverständnis Unrecht zu tun? ↑Weltethos

Quelle: www.brockhaus.de, 2003

Ressourcen Der französische Begriff „ressource“ umschreibt die verfügbaren Mittel, zum Beispiel im Bereich der Finanzen, aber auch der Bodenschätze. Der Umgang mit der Endlichkeit der natürlichen Ressourcen bei steigendem Konsum der Industrie- und ↑Schwellenländer wird zu den Top-Themen der kommenden Jahre gehören.



© Erich Schmidt Verlag

647 310

Schon heute hat der Ressourcenverbrauch schwerwiegende Folgen für den Alltag im Zusammenleben der Menschen weltweit - wenn auch unterschiedliche. Für die einen steigen die Preise, andere wiederum sehen sich in ↑Kriege um knappe Güter wie Öl verwickelt. Die ↑Entwicklungsländer zahlen durch gestiegene Erdölpreise mehr für den Energieimport, gleichzeitig fallen u.U. die Preise für ihre Produkte wie Kaffee, Kakao oder Baumwolle. So führt Deutschland 2004 landwirtschaftliche Produkte um 2,3% und Bergbau-Erzeugnisse um 13% billiger ein als 2003. Kaffee erzielt 2004 einen Preis, der um 44% unter dem Stand von 2001 liegt. ↑Wasser; ↑Terms of Trade

Rüstung „Wahnsinn Rüstung“ – Das Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI schätzt die weltweiten Militärausgaben im Jahr 2003 auf 956 Milliarden US-Dollar. Umgerechnet bedeutet dies, dass jährlich über 150 US-Dollar pro Kopf der Weltbevölkerung für Rüstungszwecke ausgegeben werden und damit die Ausgaben für die Armutsbekämpfung um ein Vielfaches übersteigen. Trotz Ende des Kalten Krieges zeigt der Trend für Rüstungsausgaben weltweit wieder nach oben: Allein in den Vereinigten Staaten von Amerika wuchs das Militärbudget im Jahr 2002 gegenüber dem Vorjahr um 13 Prozent und umfasst damit im Jahr 2003 47 Prozent der weltweiten Rüstungsausgaben. Auch die Regierungen von Russland (2002: Steigerungsrate 12 Prozent) und China (2002: Steigerungsrate 18 Prozent) geben immer mehr Geld für Waffen und Militärpersonal aus. Die Mitgliedsländer der NATO verbuchen zwei Drittel der Weltmilitärausgaben, die übrigen Länder der Erde (einschließlich Russland, China oder Indien) teilen sich das restliche Drittel.

www.sipri.se; www.bundeswehr.de

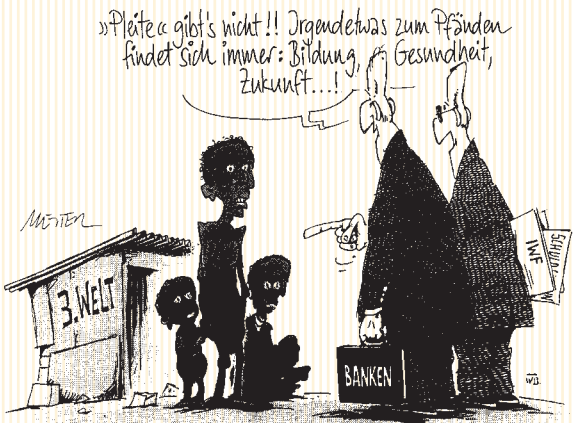
Sanktionen Im Völkerrecht werden unter Sanktionen politische oder wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen verstanden, mit deren Hilfe Regierungen zum Einhalten vereinbarter Regeln und Normen bewegt werden sollen. Verstöße gegen vereinbarte Regeln müssen Konsequenzen nach sich ziehen. Dies ist in der Familie, der Schule, in der Gesellschaft und auch in der internationalen Politik so. Hier kann der [↑]UNO-Sicherheitsrat Sanktionen beschließen und es den Mitgliedsstaaten der UNO verbieten, an einen bestimmten Staat Waffen zu liefern oder sogar ein Verbot jeglicher Handelsbeziehungen aussprechen.

? Die Verhängung von Sanktionen gegen das Apartheidsregime in Südafrika wegen der diskriminierenden Behandlung der schwarzen Bevölkerung ist in die Geschichte eingegangen, auch weil die staatlichen Sanktionen von einem Boykott der Verbraucher begleitet waren („Kauft keine Südf Früchte der Apartheid“). Sanktionen sind umstritten: Wirtschaftssanktionen können nachteilige Folgen für die Bevölkerung haben, Waffenembargos werden häufig umgangen und können nur schwer kontrolliert werden.

Schengener Abkommen Schengen ist der letzte luxemburgische Ort am Dreiländereck mit Deutschland. Auf dem Fahrgastschiff "Princesse Marie-Astrid" wurde am 14. Juni 1985 zwischen Luxemburg, Belgien, den Niederlanden, Frankreich und Deutschland das berühmte Schengener Abkommen unterzeichnet. Es sieht vor, die Kontrollen im Personen- und Warenverkehr an den gemeinsamen Land-, Luft- und Seegrenzen abzuschaffen. Andere Länder der EU sind in der Folgezeit diesem Abkommen beigetreten.

Das Abkommen der [↑]Europäischen Union trat 1995 in Kraft. Die Freiheit hat einen Preis: An den Außengrenzen sollen verschärfter Kontrollsysteme Missbrauch wie die illegale Einwanderung erschweren.

Schuldenerlass Viele ↑Entwicklungsländer versuchten nach dem Ende der ↑Kolonisation, durch die Aufnahme von Auslandskrediten ihre eigene Entwicklung voranzutreiben. Wirtschaftliche und politische Abhängigkeiten, die Strukturen des ↑Welthandels sowie Fehler der eigenen Regierungen verursachten Verschuldungskrisen der Entwicklungsländer. Diese haben bei den reichen Industriestaaten und den internationalen Entwicklungsagenturen wie ↑Weltbank und Internationalem Währungsfonds (↑IWF) rund 2,5 Billionen Dollar Schulden. Zu der Schuldenlast kommen enorme Zins- und Tilgungsleistungen (pro Jahr etwa 250 Milliarden Dollar). Dieser Schuldendienst der Entwicklungsländer an ihre Gläubiger übersteigt mittlerweile die öffentliche Entwicklungshilfe um mehr als das Doppelte. Ein Großteil der Hilfe fließt somit in die Geberländer zurück.



? Die Kampagne „erlassjahr.de – Entwicklung braucht Entschuldung“ ist ein gesellschaftliches Bündnis mit über 1.000 Mitträgerorganisationen, und eingebunden in ein weltweites ↑Netzwerk von über 50 ähnlichen Kampagnen und Bündnissen. Sie alle wollen nicht hinnehmen, dass untragbar hohe Schulden in vielen Ländern des Südens wichtige Investitionen in Gesundheit, Bildung und Infrastruktur unmöglich machen. Deshalb ist zentrales Ziel von „erlassjahr.de“ die Umsetzung eines fairen und transparenten Schiedsverfahrens, durch das ein Interessenausgleich zwischen Gläubigern und Schuldern erreicht wird, mit dem beide Seiten leben können.

www.erlassjahr.de

Schwellenländer Dieser Begriff bezeichnet Staaten, die „an der Schwelle“ der Entwicklung zu Industrieländern stehen. Sie können aufgrund höherer Wachstumsraten nicht mehr zu den ↑Entwicklungsländern gezählt werden, wegen i.d.R. noch vorhandener Defizite in der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung jedoch auch nicht als Industrieländer gelten. „Typische“ Schwellenländer sind China, die so genannten „Tigerstaaten“ (u.a. Malaysia, Singapur, Südkorea) sowie einige südamerikanische Staaten.


Sicherheit In einer umfassenden, 1999 veröffentlichten Studie der ↑Weltbank wurden über 20.000 in ↑Armut lebende Menschen aus aller Welt befragt, was für sie gutes Leben bedeute. Ihre Antworten sind eine Überraschung: Von den meisten Menschen wurde an vorderer Stelle „Sicherheit“ genannt.

Viele Politiker*innen und Regierungen sehen die Schaffung von Sicherheit in erster Linie als nationale und außenpolitische Aufgabe an und investieren in ↑Rüstung und den Ausbau der Streitkräfte ihres Landes (militärische Sicherheitspolitik). Sicherheitspolitik bedeutet demnach hauptsächlich die Absicherung eines Landes gegen äußere Gefahren. Vor allem während des Ost-West-Konfliktes dominierte diese Auffassung. Nach dessen Ende wurde jedoch vielen deutlich, dass Sicherheit auch mit der Geltung von

↑ Demokratie und ↑ Menschenrechten (politische Sicherheit) zu tun hat, mit sozialer ↑ Gerechtigkeit und dem Schutz vor ↑ Armut (ökonomische Sicherheit), mit dem Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen (ökologische Sicherheit) oder auch mit dem Zugang zu medizinischer Versorgung (Gesundheitssicherung).

Vor diesem Hintergrund ist ein neues Sicherheitsverständnis bedeutsam, das der „menschlichen Sicherheit“ (Human Security). Es wurde 1994 erstmals in einem Bericht der UNDP, dem Entwicklungsprogramm der ↑ UNO, erwähnt. In diesem Konzept bezieht sich die Sicherheitspolitik nicht auf den Staat, sondern auf den einzelnen Menschen. Dabei geht es um die Beseitigung universaler Gefährdungen menschlicher Existenz in allen Ländern dieser Erde. Nur ein gemeinsames Handeln einzelner Personen, Gruppen und Gesellschaften kann dieses Sicherheitsverständnis umsetzen. Dazu sind dem Konzept zufolge allein nicht militärische Sicherheitsstrategien sinnvoll, vor allem die Verlagerung der Ressourcen vom militärischen auf den zivilen Bereich.

www.bicc.de; www.ifsh.de

 Die Diskussion um ein angemessenes Sicherheitsverständnis dreht sich letztendlich um eine Kernfrage der Globalisierung: Geht es um den Schutz und die Sicherheit der wohlhabenden Welt angesichts neuer, drohender ↑ globaler Gefährdungen, oder geht es um die weltweite Beseitigung der Ursachen von Unsicherheiten?

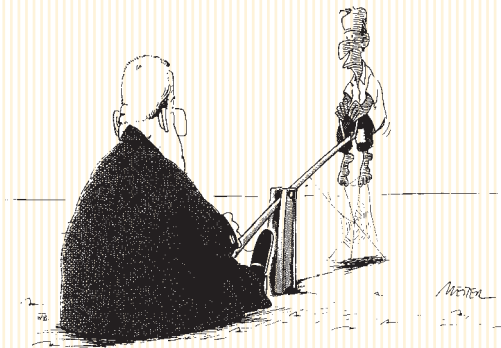
Solidarität Die Bereitschaft, füreinander einzustehen – so definiert die lateinische Sprachwurzel den Begriff Solidarität. „Hoch die internationale Solidarität“ – unter diesem Motto demonstrierten im letzten Jahrhundert Menschen in Deutschland und Europa für Befreiungsbewegungen in den Ländern des Südens und für die Rechte der dort lebenden und arbeitenden Menschen. Vor allem die Gewerkschaften und die sozialdemokratischen bzw. sozialistischen Parteien, aber auch ↑ NROs bzw. Gruppen der Menschenrechts-, Friedens- und Dritte-Welt-Bewegung fühlen sich weiter

diesem Grundsatz verpflichtet. Formen einer globalen Solidarität, also ein Zusammengehörigkeitsgefühl vieler Menschen über Grenzen hinweg, müssen immer neu entwickelt werden. Dabei sind politische Forderungen die eine Seite, die Überprüfung des eigenen Engagements und Lebensstils die andere.



„Miteinander teilen“ heißt eine ökumenische Aktion, in der katholische und evangelische Christen gemeinsam ihre Solidarität mit den Armen und Rechtlosen in der Dritten Welt zum Ausdruck bringen. Im Rahmen der Aktion stellen das katholische Hilfswerk MISEREOR und die evangelische Organisation „Brot für die Welt“ monatlich ein konkretes Hilfsprojekt vor und bitten um Öffentlichkeitsarbeit und finanzielle Unterstützung.

www.misereor.de



Souveränität Mit dem aus dem Französischen kommenden Begriff wird die alleinige Entscheidungsgewalt eines ↑ Staates sowie dessen Unabhängigkeit und Hoheit über sein Staatsgebiet umschrieben. Im ↑ Völkerrecht gilt der Grundsatz der souveränen Gleichheit aller Staaten (Charta der ↑ UNO). Die wachsenden internationalen Verflechtungen und die gegenseitigen Abhängigkeiten der Staaten bei der Bewältigung ↑ globaler Gefährdungen führen zu immer mehr Einschränkungen der Souveränität. Besonders sichtbar wird diese Tendenz bei der häufig umstrittenen Übertragung von staatlichen Hoheitsrechten an ↑ internationale bzw. supranationale Organisationen wie die ↑ Europäische Union.

Sportartikelindustrie Am 13. August 2004 verfolgten über 4 Milliarden Menschen weltweit im Fernsehen die feierliche Eröffnung der Spiele der XXVIII. Olympiade. 10.500 Athletinnen und Athleten aus über 200 Ländern kämpften in 301 Wettbewerben um olympische Medaillen. Fast 22.000 Medienvertreter aus aller Welt berichteten über die Ereignisse. Häufig im Dunkeln bleiben allerdings die Menschen, welche die Sportartikel in den Billiglohnländern dieser Erde herstellen.

? Die Sportartikelkonzerne Nike, Adidas oder Puma sind ↑ Global Player und profitieren in hohem Maße von der Sportbegeisterung vieler Menschen. Große internationale Sportereignisse wie die Olympischen Spiele oder Fußballweltmeisterschaften nutzen sie, um mit prominenten Teams und Sportlern für ihre Produkte zu werben. Doch es gibt auch Schattenseiten des sportlichen Treibens. Zusammenschlüsse von ↑ Nichtregierungsorganisationen wie die „Kampagne für Saubere Kleidung“ (Clean Cloth Campaign, CCC) kritisieren, dass in zahlreichen (Zulieferer-)Betrieben der Sportartikelhersteller Menschen- und Arbeitsrechte nicht beachtet werden und ausbeuterische Verhältnisse herrschen. Ohnehin wird vor allem in Niedriglohnländern produziert. Häufig müssen unbezahlte Überstunden gemacht werden, Gewerkschaften sind verboten, die gesundheitlichen Bedingungen in den Fabriken miserabel. Die Sportartikelherstel-

ler wehren sich gegen solche Vorwürfe und versuchen, mit Kontrollen vor Ort die Einhaltung der von ihnen erstellten Arbeits-Kodexe zu überprüfen. Je mehr Proteste es von Verbraucherseite gibt, so die CCC, desto eher sind die Konzerne bereit, alles für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu tun.

Auch im Bereich der Sportartikelindustrie gibt es Produkte aus ↑ fairem Handel. Fußbälle zum Beispiel werden häufig unter miserablen Arbeitsbedingungen auf dem Weltmarkt hergestellt. Seit Ende der neunziger Jahre gibt es eine Alternative: Das pakistanische mittelständische Unternehmen *Talon Sports* produziert für das Handelshaus *gepa* Bälle nach den Kriterien des fairen Handels. Die *gepa* zahlt einen Mehrpreis, der im Durchschnitt 1,15 € höher liegt als der reguläre Preis für Exportbälle. Die Erlöse aus dem Mehrpreis verwaltet die Stiftung *Talon Fair Trade Society*. In der Stiftung haben Vertreter von *Talon*, von einheimischen Nichtregierungsorganisationen sowie von Näher*innen einen Sitz. Näher*innen erhalten je nach Qualität der Bälle einen Lohnaufschlag von 20 bis 60 Prozent. Er ist so kalkuliert, dass zwei Erwachsene bei einem achtstündigen Arbeitstag unter Fair-Handels-Bedingungen ein angemessenes Mindesteinkommen erzielen würden. Auf Bitten der *gepa* werden die Aufträge zum Nähen der fair gehandelten Bälle überproportional häufig an Frauen vergeben.

Seit 1998 hat die *gepa* etwa 239.000 Bälle bei *Talon* bezogen. Auch wenn schon viel mit dem Mehrpreis aufgebaut werden konnte, ist der Anteil fair gehandelter Bälle an der Produktion Talons mit einem Prozent immer noch sehr gering. Je höher der Absatz der Bälle, umso mehr kann für die Näher*innen vor Ort erreicht werden.

www.saubere-kleidung.de; www.gepa3.de

Sprachen Die Sprache ist ein herausragendes Ausdrucks- und Kommunikationsmittel. Die Frage, wie ein Mensch die ihn umgebende nahe und ferne Welt erfassen und einordnen kann, hängt auch von seinem Sprachschatz ab. Die Sprachenvielfalt auf der Welt ist Herausforderung und Bereicherung zugleich. Bereichernd, weil verschiedene Sprachen mit den

zu ihrem Sprachschatz gehörenden Wörtern ganz unterschiedliche Erfahrungen und Erkenntnisse ausdrücken können. Eine Herausforderung, weil das Erlernen mehrerer Sprachen für die Orientierung in einer Welt der Globalisierung unverzichtbar wird.

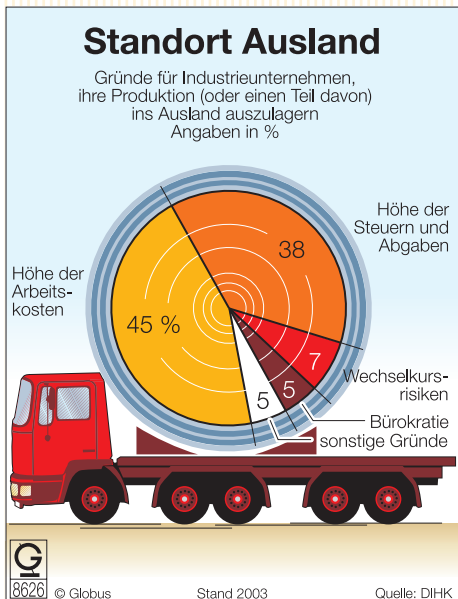
www.redaktion-d.de

Staaten Staaten sind organisierte Gebilde, die eine eigenständige hoheitliche Gewalt über ein Gebiet und die darin lebenden Menschen ausüben. Die modernen Staatsformen wie die der parlamentarischen Demokratie haben sich in einem langen historischen Prozess der ↑Zivilisierung entwickelt. Der Prozess der Staatenbildung ist in einigen Weltregionen noch nicht abgeschlossen, in anderen droht der Staatszerfall. Die Instabilität einiger Staaten, vor allem in Asien und Afrika, kann zu so genannten „Failing States“ führen. Als Beispiele für Failing States gelten Somalia oder der Sudan. Die daraus resultierenden regionalen Konflikte werden von manchen Politikern als sehr bedrohlich für die internationale ↑Sicherheit eingeschätzt und neue Gefahren der Proliferation von ↑Massenvernichtungswaffen befürchtet.

Staatenbündnisse Die Welt der Globalisierung ist immer noch eine Welt der Staaten und damit auch der Staatenbündnisse. Die ↑Europäische Union ist eines von vielen Staatenbündnissen auf dieser Erde. Zusammenschlüsse in anderen Regionen sind zum Beispiel die ↑ASEAN-Staaten im asiatischen Raum (Association of South East Asian Nations), die ↑GUS-Staaten Osteuropas (Gemeinschaft unabhängiger Staaten) oder die ↑AKP-Staaten im afrikanisch-karibisch-pazifischen Gebiet.

Standort Dörfer, Städte, Bundesländer oder Nationalstaaten sind als räumliche Einheiten Standorte für unterschiedlichste Einrichtungen: für Schulen, Universitäten, Ministerien oder aber auch für kleine Firmen, mittlere Unternehmen oder gar ↑Global Player. Mit der Schlagzeile „Der Standort Deutschland ist in Gefahr“ soll auf das Problem der Abwande-

rung dieser Wirtschaftsunternehmen aus Deutschland in andere Länder und Weltregionen aufmerksam gemacht werden, in denen die Arbeitskosten billiger sind. Das Argument des „Standortvorteils“ wird in wirtschaftlichen und politischen Debatten häufig vorgebracht, wenn es z.B. um Lohnnebenkosten oder Arbeitszeiten geht. ↑Outsourcing, ↑Produktionsverlagerung.



Subvention Der Begriff kommt aus dem Lateinischen und bedeutet Unterstützung. Staatliche Einrichtungen können privatwirtschaftliche Unternehmen u.a. in Form von Kredithilfen oder Steuerermäßigungen unterstützen

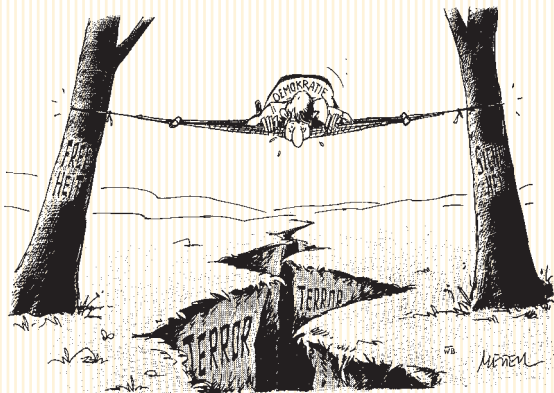
ohne für diese Subventionen Gegenleistungen zu erhalten. Diese staatlichen Förderungen sind innenpolitisch, aber auch international umstritten, weil sie den Konkurrenzprozess auf dem Weltmarkt massiv beeinflussen. Im internationalen Bereich beeinträchtigt die Unterstützung für Landwirte in den reichen Industriestaaten die Lebenschancen in der Dritten Welt. So drücken die Baumwollsubventionen in den USA den Weltmarktpreis für Baumwolle um ein Viertel. Die Welthandelsorganisation (↑WTO) hat deshalb diese Subventionen als Regelverstoß gegen den Freihandel verurteilt.

Supermarkt Der Gang in den Supermarkt gehört zum Alltag der meisten Menschen in den industrialisierten Ländern. Dort finden sich Lebensmittel aus vielen Regionen dieser Erde, zum Beispiel Bananen aus Costa Rica oder Butter aus Irland. Manchmal sind die ausländischen Zutaten allenfalls im Kleingedruckten nachlesbar. Die meisten Supermärkte sind Teil einer Unternehmenskette und liefern sich einen harten Preiskampf im Werben um die Kundschaft. ↑Verbraucherschutz

t

Terms of Trade Die „Terms of Trade“ stellen das Verhältnis der durchschnittlichen Preise für Exportgüter zu denjenigen für Importgüter dar. Steigen beispielsweise die Exportpreise schneller als die Preise für eingeführte Waren, so verbessern sich die Terms of Trade; bei einer gleichbleibenden Ausfuhrmenge kann also mehr eingeführt werden. Man bezeichnet die Terms of Trade auch als „reales Austauschverhältnis“, weil sie angeben, wieviel Güter man bei einer gleichbleibenden Ausfuhrmenge einführen kann.

Terrorismus Am 11. September 2001 verloren über 3.000 Menschen bei den Terroranschlägen auf das World Trade Center in New York und auf das Pentagon in Washington ihr Leben. Genau zwei Jahre und sechs Monate später starben 200 Menschen bei gezielten Bombenanschlägen auf Züge in der Umgebung des Madrider Hauptbahnhofes. Wie zuvor bei Anschlägen in anderen Weltregionen bekannte sich das Terrornetzwerk El Kaida zu den Schreckenstaten. Der Terrorismus, der bis zu diesem Zeitpunkt eher als nationales und regionales Phänomen aufgetreten war, rückt seitdem als globale Herausforderung in das Bewusstsein der Menschen und führt zu weitverbreiteten Ängsten.



Terrorgruppen wie etwa der ETA in Spanien oder dem „Leuchtenden Pfad“ in Peru ging es in der Vergangenheit bei allen Unterschieden immer auch darum, auf sich aufmerksam zu machen und die eigene Position

beim Kampf um die Macht in einem Staat oder in einer Region zu stärken. Beim Terrornetzwerk El Kaida hingegen scheint es um die Demütigung und letztendlich um die Vernichtung westlicher Gesellschaften zu gehen. Die Opfer sind dabei willkürlich ausgewählte Menschen, die stellvertretend für ihre Regierungen, für Staats-, Lebens- und Glaubensformen oder gar für eine bestimmte Kulturentwicklung leiden und sterben müssen. Ob die Taten aus Rache für jahrhundertelange Ausbeutung und Unterdrückung, aus Verzweiflung über die Perspektivlosigkeit ganzer Regionen und Generationen im Zeitalter der Globalisierung, aus religiösem Fanatismus oder ganz banal aus individuellen Problemen heraus geplant und ausgeführt werden, ist für die Opfer unwichtig. Eine Auseinandersetzung mit den Motiven und Zielen des Terrornetzwerkes ist allerdings wichtig, um angemessen über Gegenmaßnahmen nachdenken zu können.

www.un.org/terrorism/; www.weltpolitik.net

www.bundesnachrichtendienst.de/auftrag/terrorismus.htm


? Nach dem 11. September 2001 (in den USA „nine/eleven“ genannt) hat der amerikanische Präsident George W. Bush den „Krieg gegen den Terror“ ausgerufen und die USA an die Spitze des Feldzuges gesetzt. Mit militärischen Interventionen in Afghanistan und im Irak wurde versucht, die jeweiligen Staatsführungen als Unterstützer für das Terrornetzwerk zu identifizieren und zu bestrafen. Der Antiterrorkrieg gerät dabei in Gefahr, selbst zur Friedensbedrohung zu werden. So wurde gegen geltendes [↑]Völkerrecht verstoßen, das Terrornetzwerk nicht entkräftet, und den betroffenen Menschen konnte bisher keine Perspektive vermittelt werden – so entsteht Nährboden für neue Terrorakte.

Nach den Madrider Anschlägen betonte der französische Staatspräsident Jaques Chirac, man müsse „die Konflikte beenden, die die Wut und Enttäuschung der Völker nähren, um gegen das Elend, die Demütigung und die Ungerechtigkeit zu kämpfen“.

Tobinsteuer Nach einem Vorschlag des amerikanischen Wirtschaftswissenschaftlers James Tobin wurde errechnet, dass eine Besteuerung des globalen \uparrow Devisenhandels hunderte von Milliarden US-Dollar erbringen könnte. Mit Einnahmen aus dieser Steuer könnten Umweltschutzmaßnahmen oder die \uparrow Entwicklungszusammenarbeit finanziert werden. Außerdem würde die Steuer Finanzspekulationen weniger attraktiv machen. Die Einführung der Steuer ist umstritten, zum Beispiel, weil viele Finanzexperten ∇ negative Folgen für die Bereitschaft zu \uparrow Investitionen befürchten.

Toleranz Toleranz besteht in der Duldung anderer Meinungen und Verhaltensweisen (lateinisch tolerantia: Ertragen, Erdulden). Toleranz verlangt die Achtung anderer Menschen und ihrer Selbstbestimmung und gilt als eine Grundvoraussetzung für eine funktionierende Demokratie.

www.buendnis-toleranz.de; www.schule-fuer-toleranz.de; www.kino-fuer-toleranz.de

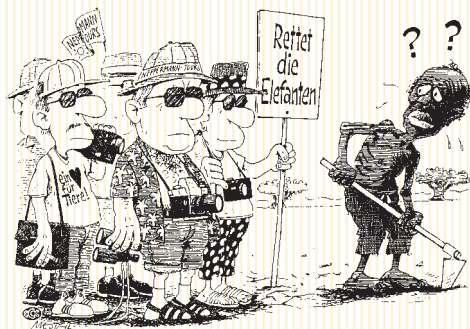
 Der Toleranz-Begriff ist nicht unproblematisch, wenn es darum geht, Leitwerte für das Zusammenleben in einer globalisierten Welt zu finden. Dies zeigt die kurze Definition. Natürlich ist es besser, eine andere Meinung zu „dulden“, anstatt sie zu bekämpfen oder gar zu verbieten. Aber reicht es für die Entwicklung einer gemeinsamen Zukunft, wenn ich das Anderssein lediglich „dulde“, oder muss ich mich nicht auch um ein besseres Verständnis bemühen? Und muss ich alles dulden, auch wenn zum Beispiel \uparrow Menschenrechte missachtet werden? Wo liegen die Grenzen der Toleranz?

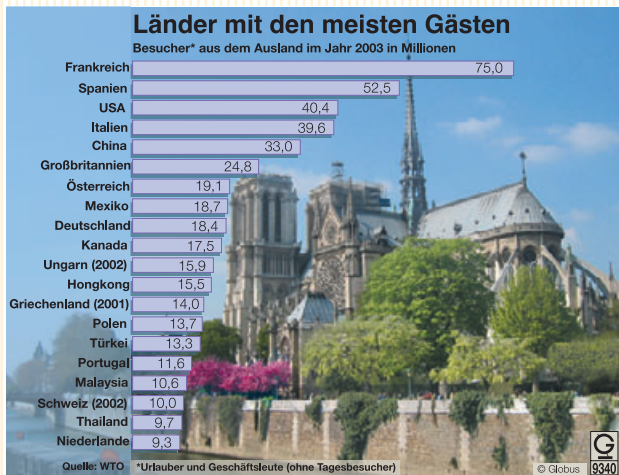
Tourismus Im Jahr 2002 wurden weltweit über 700 Millionen Auslandsreisen unternommen, allein die Deutschen unternahmen 63 Millionen Urlaubsreisen. Aber nur etwa drei bis fünf Prozent der Weltbevölkerung können sich im Verlauf ihres Lebens eine Auslandsreise leisten, und rund zwei Drittel der weltweiten Einnahmen des internationalen Tourismus fließen in die Industrieländer, so die Welttourismusorganisation (WTO).

Die Zielorte des internationalen Tourismus liegen zu 30 Prozent in den ↑ Entwicklungsländern. Einerseits profitieren einige Regionen vom Tourismusboom, andererseits steigt die wirtschaftliche Abhängigkeit von der Entwicklung in der Tourismusbranche und von den ausländischen Investoren. Die Erschließung einer Urlaubsregion für den Massentourismus verlangt eine perfekte Infrastruktur (Flughafen, Hotels u.a.). Ausländische Investoren steigen in das Geschäft ein, bestimmen aber dann auch bei der Entwicklung des örtlichen Tourismus maßgeblich mit. Umweltprobleme, unsensibler Umgang mit kulturellen und geschichtlichen Traditionen sind häufig die Folgen. Auch die Arbeitsplatzentwicklung ist fragwürdig: Nur wenige Einheimische schaffen den Einstieg in eine dauerhafte Anstellung. Ein besonders problematischer Begleitumstand des Massentourismus in die Entwicklungsländer ist die Kinderprostitution.

Manche Reiseanbieter sehen die Probleme und bieten Programme an, die besonders umwelt- und sozialverträglich sind.

www.tourism-watch.de



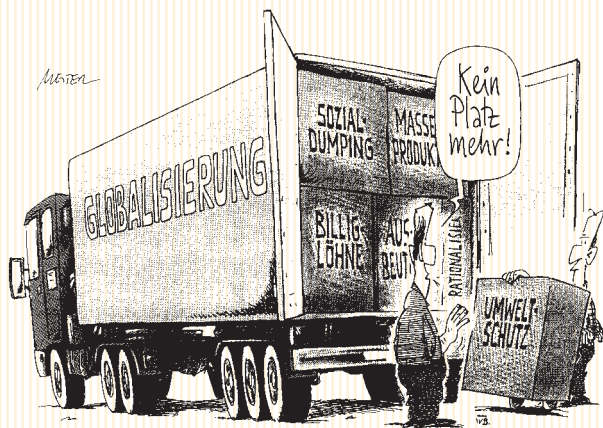


? Hotels produzieren Müllberge und verschandeln mitunter die Landschaft. Ferienzentren zapfen der Natur das Wasser ab. Badestrände vernichten wertvolle Küstenlebensräume, und Skipisten zerstören die Alpenhänge. Tourismus verändert ganze Kulturen und schafft soziale Probleme in den Zielgebieten.

Deshalb lieber zu Hause bleiben? Nun ja: Reisen bildet auch und verbindet Kulturen. Tourismus schafft weltweit Arbeitsplätze. Viele Länder beziehen wichtige Devisen aus dem Urlauberstrom. Und nur durch Tourismus kann so manche Naturoase vor Brandrodung oder Plantagenwirtschaft bewahrt werden. Das Natur erhaltende Prinzip „Schützen durch Nützen“ funktioniert fast überall nur durch nutzbringende Touristen.

Quelle: www.wwf.de/naturschutz/urlaubstipps/

Umwelt Die Globalisierung wirkt sich auch auf die Steuerbarkeit von Umweltprozessen aus. So beeinflusst etwa die Vernichtung der Regenwälder auf der Südhalbkugel auch das Klima in den nördlichen Ländern.

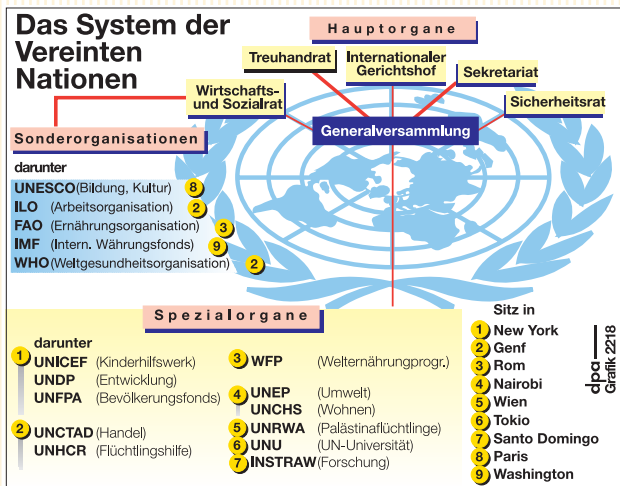


Ein weiteres Beispiel für die „Entgrenzung“, die Globalisierung auszeichnet: Australien setzt relativ wenig des die Ozonschicht zerstörenden Gases FCKW frei, ist aber aufgrund der geografischen Lage von den Auswirkungen des Ozonlochs stark betroffen. Da der weit überwiegende Teil des FCKWs in anderen Teilen der Erde produziert wird, kann die australische Regierung allein kaum Ursachenbekämpfung betreiben, um ihre Bevölkerung vor den schädlichen Auswirkungen zu schützen.

Die oft grenzüberschreitende Wirkung umweltgefährdender Stoffe oder Prozesse zeigt einmal mehr den teils geschwächten Einfluss nationaler Regierungen und damit die Notwendigkeit internationaler Abkommen wie etwa des Kyoto-Protokolls. ↑Klimaschutz, ↑Klimaveränderung.

www.bmu.de

UNO Die Organisation der Vereinten Nationen (United Nations Organization, UNO) wurde am 24. Oktober 1945 unter Mitwirkung von 51 ↑Staaten, die im Zweiten Weltkrieg Kriegsgegner von Deutschland und seinen Verbündeten waren, gegründet. Zuvor wurde die Charta der Vereinten Nationen unterzeichnet. Die UNO ist heute die internationale Vereinigung fast aller Staaten der Welt mit dem Hauptziel, den Weltfrieden zu sichern und die friedlichen zwischenstaatlichen Beziehungen zu fördern. Die UNO hat 191 Mitglieder. Als jüngster Staat ist Timor-Leste (Osttimor) nach der Unabhängigkeit von Indonesien der UNO beigetreten (27. September 2002).



Die UN-Charta verbietet die Anwendung von [↑]Gewalt. Das Gewaltverbot besagt, dass kein Staat nach eigenem Ermessen in den Beziehungen zu anderen Staaten Gewalt anwenden darf. Als einzige Ausnahme gilt das Recht zur individuellen und kollektiven Selbstverteidigung, welches nur im Falle eines bewaffneten Angriffs in Anspruch genommen werden kann und auch nur so lange, bis der [↑]UNO-Sicherheitsrat über weitere Schritte entscheidet.

Bei internationalen Konflikten sollen sich die Streitparteien „zunächst um eine friedliche Beilegung durch Verhandlung, Untersuchung, Vermittlung, Vergleich, Schiedsspruch, gerichtliche Entscheidung, Inanspruchnahme regionaler Einrichtungen oder Abmachungen oder durch andere friedliche Mittel ihrer Wahl“ bemühen.

Bleibt der Einsatz friedlicher Mittel erfolglos, sollen, unter Ausschluss von Waffengewalt, [↑]Sanktionen ergriffen werden. Reichen auch diese Maßnahmen nicht aus, so können „mit Luft-, See- oder Landstreitkräften die zur Wahrung oder Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen“ zur Friedenserzwingung durchgeführt werden. Hierzu kann die UNO ihre Mitgliedsstaaten aufrufen und den Waffeneinsatz erlauben.

Die UNO kümmert sich neben der Friedenssicherung mit vielen Einrichtungen und Organisationen um wirtschaftliche, soziale, kulturelle oder auch rechtliche Fragen. Sie versorgt Flüchtlinge, kämpft gegen den Drogenmissbrauch, fördert weltweit Bildungsmaßnahmen, koordiniert Katastrophenhilfe, beschäftigt sich mit der Verstärkung, der Telekommunikation oder der Nutzung der Atomenergie.

Die UNO ist aber nur so einflussreich, wie dies ihre Mitgliedstaaten erlauben bzw. wie diese die UNO unterstützen. Deutschland trägt 8,7% der Kosten der UN, dies entsprach im Jahr 2004 einem Beitrag von 310 Millionen €.

www.uno.de; www.un.org



Charta der Vereinten Nationen vom 26. Juni 1945

Artikel 1:

Die Vereinten Nationen setzen sich folgende Ziele:

1. den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren und zu diesem Zweck wirksame Kollektivmaßnahmen zu treffen, um Bedrohungen des Friedens zu verhüten und zu beseitigen, Angriffshandlungen und andere Friedensbrüche zu unterdrücken und internationale Streitigkeiten oder Situationen, die zu einem Friedensbruch führen könnten, durch friedliche Mittel nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechts zu bereinigen oder beizulegen;
2. freundschaftliche, auf der Achtung vor dem Grundsatz der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker beruhende Beziehungen zwischen den Nationen zu entwickeln und andere geeignete Maßnahmen zur Festigung des Weltfriedens zu treffen;
3. eine internationale Zusammenarbeit herbeizuführen, um internationale Probleme wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und humanitärer Art zu lösen und die Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion zu fördern und zu festigen (...).

UNO-Sicherheitsrat Das höchste Gremium der UNO entscheidet darüber, ob durch einen Konflikt oder einen ↑ Krieg der Weltfrieden bedroht ist und damit militärische Interventionen durch Mitgliedsstaaten der Weltorganisation legitimiert sind. China, Frankreich, Großbritannien, Russland und die USA sind die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates, die jeweils über ein Vetorecht bei Abstimmungen verfügen. Mit diesem Vetorecht kann ein Land einen gemeinsamen Beschluss verhindern. Zu den fünf ständigen Mitgliedern werden zehn weitere für jeweils zwei Jahre hinzugewählt. Die Mitglieder des Sicherheitsrates treffen sich fast täglich zu Besprechungen.

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen

- ▶ trägt die Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit
- ▶ fasst Beschlüsse mit bindender Wirkung für alle UN-Mitglieder

Empfehlungen zur Aufnahme neuer Mitglieder in die UN

Vorschlag zur Wahl des UN-Generalsekretärs

Wahl der Mitglieder des Internationalen Gerichtshofs (gemeinsam mit der Generalversammlung)



© Erich Schmidt Verlag

5 ständige Mitglieder



10 gewählte Mitglieder

jährlich Wahl von 5 Mitgliedern auf 2 Jahre

UN-Generalversammlung

Empfehlungen zur Beilegung von Streitigkeiten

Untersuchung von Konflikten

Entsendung von Friedenstruppen

Förmliche Feststellung einer Bedrohung des Friedens, eines Friedensbruchs oder einer Angriffshandlung

Wirtschaftliche oder diplomatische Sanktionen

Militärische Sanktionen

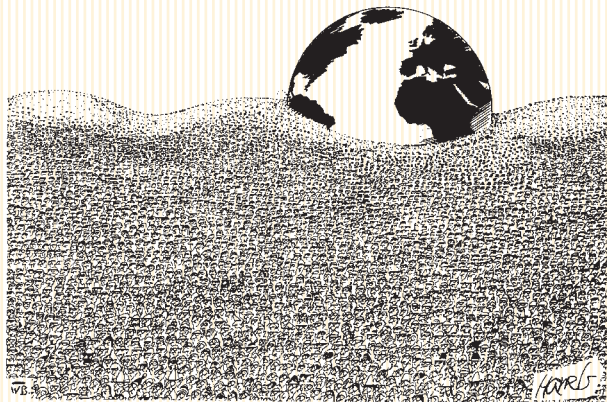
ZAHLENBILDER

615 124

Der Sicherheitsrat gilt vielen Kritikern als reformbedürftig. Soll der Kreis der fünf ständigen Mitglieder erweitert werden, zum Beispiel um Deutschland? Soll das Vetorecht für einzelne Länder beibehalten werden? Soll die UN-Generalversammlung über mehr Einfluss verfügen?

Urbanisierung Die Verstädterung der Welt nimmt dramatisch zu. Nach Angaben der \uparrow UNO hat sich seit Mitte des vergangenen Jahrhunderts die Zahl der Menschen, die in Städten leben, von 740 Millionen auf 2,9 Milliarden mehr als verdreifacht. Viele Menschen in den Entwicklungsländern zieht es auf der Suche nach Arbeit in die Metropolen, nicht wenige kommen über die Slums der Vorstädte nicht hinaus und verarmen.

www.unchs.org; www.welt-in-zahlen.de



Verantwortung Jeder Mensch ist für sein Handeln, also für sein Tun und sein Lassen, verantwortlich und kann für die Folgen zur Rechenschaft gezogen werden. Die Übernahme von Verantwortung für sich selbst und für andere Menschen kann zu einer ethischen Grundhaltung, zum Eckpfeiler des eigenen [↑]Lebensstils werden. In einer Welt der Globalisierung wächst die Verantwortung, sie schließt auch den „fernen Nächsten“ in anderen Weltregionen mit ein und sogar die nachfolgenden Generationen.

Verbraucherschutz Insbesondere die [↑]Lebensmittelskandale der vergangenen Jahre haben die Notwendigkeit einer vorsorgenden Verbraucherpolitik deutlich gemacht. In Deutschland existiert seit 2001 ein Bundesministerium (auch) für Verbraucherschutz; in der [↑]Europäischen Union wurde Verbraucherschutz 1998 als Gemeinschaftsziel definiert. Seit 2003 gibt es eine unabhängige Europäische Lebensmittelbehörde, 2004 wurde eine weitgehende Kennzeichnungspflicht für [↑]gentechnisch veränderte Organismen in Lebensmitteln beschlossen. Europaweit einheitliche Vorschriften zur Massentierhaltung, Qualitätssicherung und Schnellwarnsysteme sind einige der zahlreichen weiteren Erfordernisse europäischer Verbraucherschutzpolitik.

www.verbraucherministerium.de; www.bvl.bund.de

Vereinte Nationen [↑]UNO

Völkerrecht Das Völkerrecht ist eigentlich kein Recht der Völker, sondern regelt die Beziehungen zwischen den [↑]Staaten. Ansätze für ein solches „Staatenverkehrsrecht“ gab es schon in den frühen Hochkulturen und in der Antike. Mit dem Ende des Dreißigjährigen Krieges im Jahr 1648 begann die Zeit des klassischen Völkerrechts, denn im „Westfälischen Frieden“ wird zum ersten Mal die [↑]Souveränität der Staaten betont – ein Hauptprinzip des Völkerrechts. Seit 1919 spricht man vom „modernen Völkerrecht“, mit der Verabschiedung der Satzung des Völkerbundes.

Ein zentrales Prinzip des klassischen Völkerrechts ist die Souveränität der Staaten, daraus folgt die Gleichberechtigung der Staaten, das Prinzip der Gegenseitigkeit und das Interventionsverbot. Das Interventionsverbot, welches die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der einzelnen Staaten vorsieht, gerät zunehmend in Widerspruch zu anderen Normen des Völkerrechts, zum Beispiel im Bereich der ↑Menschenrechte: Wenn in einem Land ein Völkermord stattfindet, sollte die Staatengemeinschaft heute nicht einfach tatenlos zusehen.

Im modernen Völkerrecht unserer Zeit ist der ↑Krieg – mit Ausnahme des Rechtes zur Verteidigung – geächtet. Das „humanitäre Völkerrecht“ ist ein für Situationen bewaffneter Konflikte geschaffenes Sonderrecht. Alle Mitglieder der UNO müssen das Völkerrecht einhalten, sonst drohen ihnen ↑Sanktionen – vorausgesetzt, diese werden vom ↑UNO-Sicherheitsrat beschlossen.

www.drk.de/voelkerrecht/index.html; www.mpiv-hd.mpg.de

W


Währung Unter Währung versteht man das gesetzliche Zahlungsmittel (Münzen, Banknoten) in einem ↑Staat oder in einer Währungsunion, wie sie von Mitgliedern der ↑Europäischen Union gebildet wird und in deren Gebiet der Euro als Gemeinschafts- und Einheitswährung eingeführt wurde. International spielen auf den Devisenmärkten neben dem Euro noch der US-Dollar und der japanische Yen eine bedeutende Rolle, Gewicht haben auch das Britische Pfund und der Schweizer Franken.

www.ecb.int

Wahrnehmung Der Mensch verfügt über unterschiedliche Sinne, um sich selbst und die Welt um ihn herum erfahren, erkennen und begreifen zu können. Sein Verhalten wird wesentlich durch diese Wahrnehmung

bestimmt. Doch alle Wahrnehmung ist bruchstückhaft und verzerrt. Wahrnehmung vermittelt keine objektive Abbildung von der Wirklichkeit, sondern schafft jeweils eine neue, persönliche Wirklichkeit. Natürlich sind Wahrnehmungen auch kulturell geprägt und können Fehlwahrnehmungen nach sich ziehen. So haben zum Beispiel Gesten unterschiedliche Bedeutung: In Indien bedeutet Kopfschütteln Zustimmung. ↑Weltbilder


Wasser Jeder fünfte Mensch kann seinen täglichen Wasserbedarf nicht decken. Täglich sterben 6000 Menschen an den Folgen verunreinigten Trinkwassers. Währenddessen beläuft sich der Pro-Kopf-Verbrauch in einem privaten Haushalt in Deutschland auf 129 Liter, in den USA sogar auf 295 Liter pro Tag. Der Zugang zu dem lebenswichtigen Gut Wasser wird gerade für arme Menschen in den ↑Entwicklungsländern durch den steigenden Verbrauch der Industrieländer und die globale Wirtschaftspolitik erschwert. Aufgrund seiner lebenserhaltenden Funktion hat die ↑UNO den Zugang zu ausreichendem, sicherem und erschwinglichem Trinkwasser im November 2002 zum ↑Menschenrecht erklärt.

 Wegen der Schludrigkeit bei der fast immer öffentlichen Wasserversorgung wittern seit neuestem private Wasserkonzerne große Geschäfte. [...] In Manila und in Buenos Aires sanken die Wasserpreise, weil die privaten Versorger die maroden Leitungen rasch reparierten und so den Wasserverlust und damit ihre Kosten drückten. Anderswo, beispielsweise in der bolivianischen Stadt Cochabamba, führte die Privatisierung der Wasserversorgung fast zu einem Aufstand über den hohen Preis. Es gab Tote, der Vertrag mit dem Privatbetreiber wurde wieder aufgelöst.

Es seien vor allem die 650 Millionenstädte der Welt, die im Vordergrund der Interessen der Wasseranbieter stünden, hieß es in dem kürzlich vorgelegten Bericht der Bundestag-Enquete-Kommission *Globalisierung der Weltwirtschaft*. 1,1 Milliarden Menschen – immerhin jeder Sechste – blieben dann außen vor. Sie leben auf dem Land und können vom Anschluss selbst an eine marode Leitung nur träumen; in ihrer Nähe befindet sich kei-

nerlei Wasserhahn. Sie müssen hygienisch bedenkliches Wasser aus einfachsten Brunnen und Erdlöchern schöpfen, in Kanistern und Eimern aus den Flüssen herbeischaffen oder bei fliegenden Händlern aus Tankfahrzeugen kaufen – meist zu horrenden Preisen. [...] Arme Familien geben mitunter fast ein Fünftel ihres Einkommens für Wasser aus.

Quelle: Fritz Vorholz in: Die Zeit Nr. 35, 2002.

 Viele NROs fordern, dass die Wasserversorgung nicht in die Liberalisierungsverhandlungen von Dienstleistungen (GATS) einbezogen werden darf. Stattdessen sei eine sozial gerechte und ökologisch tragfähige Lösung erforderlich, bei der die uneingeschränkte öffentliche Verantwortung nicht durch privatwirtschaftliche Lösungen ausgehöhlt werde.

www.menschen-recht-wasser.de

Weltall Folgt man einer gängigen Definition, so beginnt das Weltall in 100 Kilometern Höhe. Doch was kommt dann, wenn nicht nur Mond, sondern auch Mars, Sonne oder Venus erreicht sind? Unendliche Weiten, Galaxien, Lichtjahre und Milchstraßen: Das Weltall kann nur begrenzt erforscht werden. Es bietet umso mehr Raum für Spekulationen, Mythen, Zukunftsvisionen und die Fragen nach dem Sinn des Lebens.

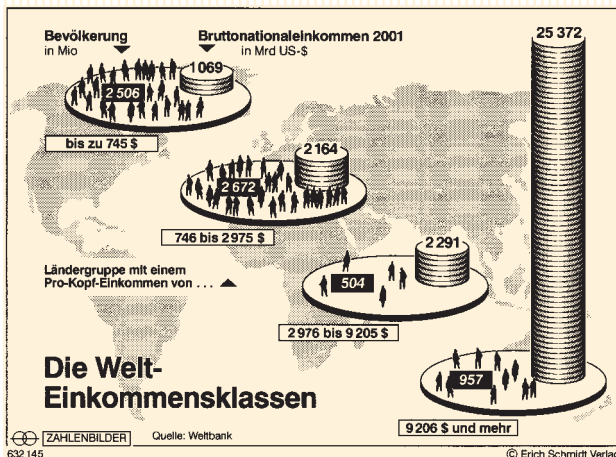
Weltbank Die Weltbank (engl.: International Bank for Reconstruction and Development) wurde 1945 auf Beschluss der internationalen Finanz- und Währungskonferenz im amerikanischen Bretton-Woods gegründet und ist heute eine Sonderorganisation der [↑]UNO. Unter anderem entwickelt die Weltbank Kriterien, nach denen [↑]Entwicklungsländern Kredite zugebilligt werden und entscheidet auch über die Kreditvergabe.

www.worldbank.org

Weltbilder Die Komplexität der Welt mit ihren vielen politischen, sozialen, kulturellen oder wirtschaftlichen Dimensionen ist eine Herausforderung für die menschliche [↑]Wahrnehmung. Weltbilder sind Sichtweisen, die sich

Menschen zur Orientierung und zur Interpretation der Welt zusammenfügen. Weltbilder können vereinfachen, verzerren, und manchmal diskriminieren. Weltbilder auch - bewusst oder unbewusst. Man kann die Welt zum Beispiel als Mosaik souveräner, gleichberechtigter Staaten betrachten („UNO-Weltbild“), aber wo bleiben dann Akteure wie die ↑NROs oder die ↑Global Player? Man kann von der „Einen Welt“ als Verantwortungsgemeinschaft ausgehen oder die Welt als dauerhaften Schauplatz von Konkurrenz- und Machtkämpfen interpretieren. Wie auch immer: Wichtig ist, sich eigene und fremde Weltbilder bewusst zu machen, sie zu vergleichen und zu hinterfragen.

Weltbürger Der Philosoph Immanuel Kant (1724–1804) sieht den Menschen als vernunftbegabtes Wesen. Der Mensch lernt, zu sich selbst zu stehen, aber auch, den eigenen Egoismus zu beherrschen. Er kann das reine Selbsterhaltungsinteresse überwinden und zur Solidarität fähig werden. So wird der Mensch seiner Ansicht nach zum „Weltbürger“.



Die Staatszugehörigkeit der Menschen wird durch ein Staatsbürgerrecht von den einzelnen Staaten unterschiedlich geregelt. Die Staatszugehörigkeit kann durch Abstammung, durch den Geburtsort oder auch durch ein Einbürgerungsverfahren erlangt werden. Manche Staatsbürgerrechte erlauben auch, dass eine Person mehrere Staatsbürgerschaften besitzen kann.

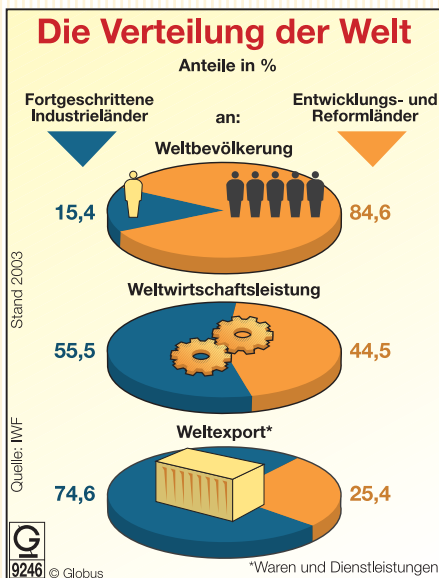
Weltethos Kann es ethische Grundlagen geben, die weltweit anerkannt werden? Das „Projekt Weltethos“ wurde 1990 von dem Theologie-Professor Hans Küng initiiert und wird von der Grundüberzeugung getragen: Kein Frieden unter den Nationen ohne Frieden unter den Religionen! Und: Kein Frieden unter den Religionen ohne Dialog zwischen den Religionen! In der „Erklärung zum Weltethos“ haben sich Vertreter*innen aller Religionen über die Prinzipien eines Weltethos verständigt und sich auf vier unverrückbare Weisungen verpflichtet.



Prinzipien

1. Verpflichtung auf eine Kultur der Gewaltlosigkeit und der Ehrfurcht vor dem Leben.
2. Verpflichtung auf eine Kultur der Solidarität und eine gerechte Wirtschaftsordnung.
3. Verpflichtung auf eine Kultur der Toleranz und ein Leben in Wahrhaftigkeit.
4. Verpflichtung auf eine Kultur der Gleichberechtigung und die Partnerschaft von Mann und Frau.

Welthandel Der wachsende Welthandel wird im Kern als Ergebnis einer immer stärker spezialisierten internationalen Arbeitsteilung beschrieben. Produkte werden dort erzeugt, wo sie am (kosten-)günstigsten hergestellt werden können und dort verkauft, wo Menschen sie brauchen und auch bezahlen können. Vergleichbares gilt für das Angebot und die Nachfrage von Dienstleistungen.



Leider profitieren die Menschen aus verschiedenen Gründen (Geschichte, Geografie, Entwicklungsstand, Verfügungsgewalt über Rohstoffe, Kapital und Arbeit) sehr unterschiedlich von dieser eigentlich sinnvollen

Arbeitsteilung. Verdienst- und Gewinnmöglichkeiten sind innerhalb der ↑Staaten und weltweit ungleich verteilt. Kritiker merken an, dass der sich immer mehr globalisierende Welthandel in der heutigen Form die Kluft zwischen armen und reichen Ländern/Regionen eher vertieft als beseitigt.

Drei Regionen dominieren den Welthandel: Europa, Nordamerika und die asiatisch-pazifische Region. Aus diesen Regionen stammen mehr als 80 Prozent der Warenexporte. Die ↑Entwicklungsländer profitieren unterschiedlich, insgesamt aber verliert Afrika am stärksten den Kontakt zum Geschäft im und mit dem Welthandel.

Neben dem Handel mit Waren nimmt der Handel mit Dienstleistungen einen immer größeren Stellenwert im Welthandel ein. Dies ist auf die wachsenden Möglichkeiten globaler ↑Kommunikation zurückzuführen.

Der Verband Entwicklungspolitik deutscher NRO (VENRO) fordert, den Entwicklungsländern im Agrarbereich einen besseren Zugang zu den Märkten des Nordens zu ermöglichen, ihnen aber andererseits zu erlauben, Schutzzölle auf billige, importierte Lebensmittel aus Europa oder den USA zu erheben, die die eigene Produktion bedrohen (↑Protektionismus, ↑Zölle).

 „Sicherlich ist Globalisierung zunächst einmal positiv. Sie öffnet den Weltmarkt für die eigenen Produkte. Sie macht internationale Waren zu guten Preisen verfügbar. Sie fördert den Handel und nutzt damit der Wirtschaft. Andererseits: In einem Land wie Indien, wo mehr als ein Drittel der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze lebt, ist es sehr wichtig, dass die Regierung gleichzeitig einen Teil der Gesellschaft schützt. Ein großer Teil der indischen Bevölkerung arbeitet in der Landwirtschaft, sehr viele auf kleinen und kleinsten Höfen. Diese Menschen müssen geschützt werden. Wenn das nur mit staatlichen Hilfen geht, dann eben mit staatlicher Unterstützung.“

Shri Narayan, indischer Physiker und Ökonom, Berater der indischen Regierung.
FR, 11.3.04, S. 12.

Weltkarten Ob in den Fernsehnachrichten, in den Schaubildern der Zeitungen oder in der Schule: Weltkarten prägen Weltsicht in erheblichem Maße mit. Weltkarten bilden die Welt nämlich nicht eins zu eins ab, sondern verzerren die realen Größenverhältnisse. Kartografen stehen vor dem objektiven Problem, einen dreidimensionalen, runden Körper (die Erdkugel) zweidimensional abbilden zu müssen.

Je nach dem Zweck der Karte werden verschiedene Projektionsarten gewählt. Die in Deutschland verwendeten Karten sind häufig „eurozentriert“, weil der europäische Kontinent oben und in der Mitte der Karte zu finden ist. Europa wird, bedingt durch die gewählte Projektion, größer abgebildet, als es im Vergleich zu anderen Regionen ist, Indien und Südamerika dagegen zu klein.

Weltkulturerbe Die UNESCO hat es sich als Bildungsorganisation der ↑UNO zur Aufgabe gemacht, die Kultur- und Naturgüter der Menschheit, die einen „außergewöhnlich universellen Wert“ besitzen, zu erhalten. 788 Stätten weltweit sind auf der UNESCO-Liste des Welterbes verzeichnet. Grundlage ist das 1972 von der UNESCO verabschiedete „Internationale Übereinkommen zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt“. Es gilt als das international bedeutendste Instrument, das jemals von der Völkergemeinschaft zum Schutz ihres kulturellen und natürlichen Erbes beschlossen wurde.

www.unesco.de

Weltmacht Die Vereinigten Staaten von Amerika werden als die einzige Weltmacht unserer Tage bezeichnet. Als Weltmacht bezeichnet man einen ↑Staat, der aufgrund seiner politischen, militärischen, wirtschaftlichen und auch ideologischen Fähigkeiten im Verhältnis zu anderen Staaten einen größtmöglichen Einfluss ausüben kann. Die Größe und die Bevölkerungszahl spielen keine ausschlaggebende Rollen bei der Bestimmung einer Weltmacht. Weltmächte kommen und gehen: „Die Berufskrankheit einer Weltmacht ist der Größenwahn“, so der Historiker Eric Hobsbawm.

Weltpolitik Die Gestaltung der Weltpolitik war jahrhundertlang ein Privileg der Staatenwelt. Weltpolitik wird auch heute noch von den Außenpolitiken der Regierungen gemacht, aber längst nicht mehr ausschließlich. Unter „Weltpolitik im Umbruch“ versteht man die wachsende Bedeutung der ↑Nichtregierungsorganisationen, das Auftreten neuer gesellschaftlicher Akteure und die Tatsache, dass neben die Staatenwelt eine ↑Zivilgesellschaft getreten ist.

Die Gestaltung der Weltpolitik ist angesichts der Globalisierung kaum mehr im Einzelinteresse der Staaten machbar. Manche reden von der Notwendigkeit einer Weltinnenpolitik, andere diskutieren neue Ordnungsmodelle wie ↑Global Governance.

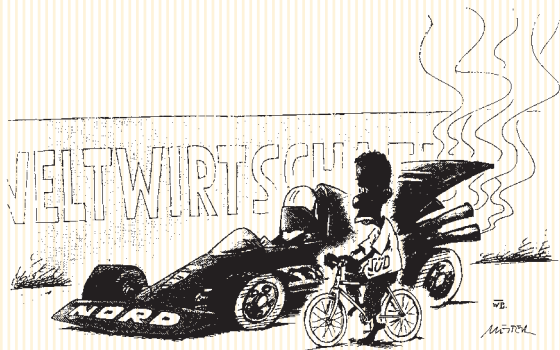
Weltsozialforum Die brasilianische Metropole Porto Alegre war von 2001 bis 2003 Tagungsort des „Weltsozialforums“, das von ↑NROs vorbereitet und durchgeführt wird. Im Jahr 2004 fand das „Gipfeltreffen der Alternativen“ im indischen Mumbai / Bombay statt. Über 100.000 Menschen aus 150 Ländern nahmen teil, die sich weltweit „für eine neue Gesellschaft“ engagieren wollen.

www.weltsozialforum.de

Weltvertrag Die Stiftung Weltvertrag (Global Contract Foundation) wurde im Januar 2002 von 22 Unternehmern, Wissenschaftlern und Studenten mit Sitz in Hamburg errichtet. Ihre Gründung erfolgte aus der Überzeugung, dass eine zentrale Herausforderung des 21. Jahrhunderts darin liegen wird, dem Gedanken der ↑Nachhaltigkeit in seiner ökonomischen, ökologischen, sozialen und kulturellen Dimension bestmögliche Wirkung zu verschaffen. Hierzu ist die Gestaltung besserer globaler Rahmenbedingungen erforderlich. Zweck der Stiftung ist deshalb die Förderung und wissenschaftliche Analyse von weltweiten Verträgen zwischen den relevanten politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kräften zur Errichtung eines nachhaltigen „Global Governance Systems“.

www.globalcontract.de

Weltwirtschaft Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den am internationalen Waren-, Geld- und Kapitalverkehr beteiligten Volkswirtschaften bilden das Geflecht der Weltwirtschaft.



Weltwirtschaftsgipfel ↑ G7, G8.

Wohlstand Deutschland ist nach wie vor eines der wohlhabendsten Länder der Erde. Die Einkommen der Erwerbstätigen und die damit verbundene Kaufkraft gehören im internationalen Vergleich zur Spitzengruppe. Dank der sozialen Sicherungssysteme ist absolute ↑ Armut, also die unmittelbare Bedrohung, aufgrund ungünstiger Lebensverhältnisse an Hunger oder Kälte zu sterben, in Deutschland kein Thema. Relative Armut jedoch, also ein deutliches Zurückbleiben hinter Lebensstandards, die in der Gesellschaft als Minimum angesehen werden, gibt es auch in

Deutschland. Während das Phänomen der Armut in den Sozialwissenschaften als relativ gut erforscht gilt, ist Reichtum ein bisher nur wenig erkundetes Feld.

www.sozialberichterstattung.de

WTO Die Welthandelsorganisation (World Trade Organization, WTO) ging aus dem \uparrow GATT (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen) hervor und wurde 1995 gegründet. Ziel der \uparrow internationalen Organisation ist die Festlegung von Regeln für einen fairen Welthandel. Der Weg dorthin ist vor allem zwischen den Industrieländern und den Ländern des Südens umstritten. Dabei geht es zum Beispiel um bessere Marktzugänge für Produkte aus der \uparrow Dritten Welt. Keine Einigung gibt es bisher bei der Frage des Umgangs mit Agrarsubventionen.



Der Agrarhandel fällt zunehmend in das Aufgabengebiet der WTO und gilt als stark von den Unternehmensstrategien der großen Lebensmittelkonzerne gesteuert. Häufig wird das Beispiel des Schnittblumenanbaus

genannt: Weil die Nachfrage nach Schnittblumen auf dem europäischen Markt gestiegen ist, wurden Länder in Ostafrika gedrängt, ihren traditionellen Hirseanbau einzuschränken und den Schnittblumenanbau auszudehnen. Auf Hirsefeldern werden jetzt Schnittblumen angepflanzt, wodurch die Nahrungsmittelversorgung stark eingeschränkt wird.

Z

Zivilgesellschaft Einzelpersonen, Gruppen, Gemeinschaften, Organisationen, Institutionen oder Parteien bestimmen das Leben in einer Gesellschaft. Freiwilliges Engagement gehört genauso dazu wie professionelles Arbeiten in Verbänden, die Nachbarschaftshilfe oder das Organisieren von globalen ↑Netzwerken und Kampagnen zum Schutz der ↑Umwelt oder für die Rechte der Kinder. Eine Zivilgesellschaft wird geprägt von einem Geflecht unzähliger Aktivitäten und von der Bereitschaft und Fähigkeit der Menschen, ihre Interessen zu artikulieren, sich für die Belange Schwächerer einzusetzen und Andersdenkende zu tolerieren. Schließlich gehört zu einer Zivilgesellschaft eine Konfliktkultur mit Regeln und Normen für die ↑zivile Konfliktbearbeitung.

Zivile Konfliktbearbeitung An der Einsicht fehlt es häufig nicht: Mit ↑Gewalt lassen sich keine Konflikte lösen, und schon gar nicht ist mit ↑Krieg allein ein dauerhafter Frieden zu erreichen. Zur zivilen, also nichtmilitärischen und gewaltfreien Konfliktbearbeitung gehören anerkannte Regeln und Institutionen, die eine Gewaltanwendung verhindern können. Dies trifft auf Konflikte innerhalb unserer Gesellschaft genauso zu wie auf ausländische und zwischenstaatliche Konflikte. Weil Konflikte und Kriege in anderen Ländern und Weltregionen immer mehr ins Bewusstsein rücken und auch die Sicherheit in Deutschland und Europa bedrohen, steht die Frage im Vordergrund, mit welchen zivilen Mitteln auf diese Konflikte ein-

gewirkt werden kann – im Kosovo genauso wie in Somalia oder im Nahen Osten. Die hierzu notwendigen Maßnahmen ziviler Konfliktbearbeitung lassen sich unterschiedlichen Konfliktphasen zuordnen. Um die Eskalation eines Konfliktes zu verhindern („Gewaltprävention“), sind zum Beispiel Frühwarnsysteme notwendig, oder es müssen die diplomatischen Beziehungen verstärkt werden. Wenn ein Konflikt bereits eskaliert ist und Gewalt angewendet wird, geht es um die Vermittlung zwischen den Konfliktparteien, um die Verhängung von ↑Sanktionen gegen eine friedensunwillige Partei oder aber auch um ↑humanitäre Hilfe („Konfliktbearbeitung“). Die Beseitigung von Kriegsfolgen, die Hilfe beim Wiederaufbau eines Landes, die Förderung von Versöhnung und Verständigung und der Aufbau von ↑Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind nach Ende eines gewaltsamen Konfliktes notwendig („Konfliktnachsorge“), um den erneuten Ausbruch von Gewalt zu verhindern.

Viele ↑Nichtregierungsorganisationen haben sich in der „Plattform zivile Konfliktbearbeitung“ zusammengeschlossen, um den Druck auf die offizielle Politik zu verstärken, aber auch, um sich eigenständig in Krisenregionen engagieren zu können.

www.konfliktbearbeitung.net; **www.auswaertiges-amt.de**

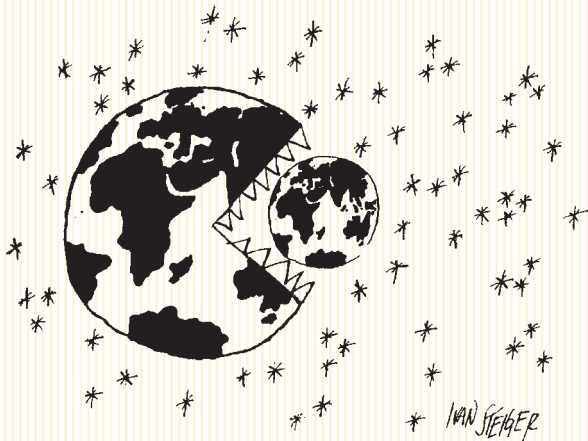
Zivilisierung Die Menschheitsgeschichte wird häufig als eine Geschichte der ↑Gewalt betrachtet. Doch im historischen Prozess der Zivilisation, so der Zivilisationsforscher Norbert Elias, gewinnen die Menschen an Selbstkontrolle. Sie lernen, ihre Affekte und Leidenschaften immer besser zu beherrschen und Gewaltneigungen weitgehend zu unterdrücken.

Die Herausbildung des staatlichen Gewaltmonopols ist für Norbert Elias ein wesentliches Element für die Eindämmung individueller Gewalt. Denn das Gewaltmonopol macht es für den einzelnen Menschen immer riskanter, seine Aggressionen gewaltsam auszuleben. Strafen und ↑Sanktionen halten ihn bis zu einem gewissen Maß davon ab. Doch auch die wachsende Vernetzung menschlicher Handlungen trägt dazu bei, dass ein geordnetes Zusammenleben zur Regel wird. Trotz aller Fortschritte warnt Elias

davor, dass gesellschaftliche Entwicklungen auch wieder rückgängig gemacht werden können. Die Zivilisationstheorie von Norbert Elias – entwickelt in den 1930er Jahren – gehört zu den großen Theorien der Moderne, hat jedoch auch Kritiker wie den Ethnologen Hans Peter Duerr auf den Plan gerufen, der Elias' Thesen zu widerlegen versuchte.

www.klassiker.historicum.net/19/elias.htm

Zoll Zölle sind staatlicherseits festgelegte Abgaben, die bei der Ein- oder Ausfuhr von Waren in das Staatsgebiet erhoben werden. Beim Passieren der Zollgrenze in die Schweiz müssen Einreisende zum Beispiel für folgende Waren eine Zollanmeldung abgeben: (1) nicht für den Eigenbedarf bestimmte Waren, (2) außerhalb der EU erworbene Waren, die die Freimengen für Tabakwaren, Alkoholika, Parfums, Toilettenwasser, Kaffee, Tee, Arzneimittel und die Freigrenze für andere Waren übersteigen, (3) Waren, die Einfuhrverboten oder Einfuhrbeschränkungen unterliegen.



Die Informationen beziehen sich im Allgemeinen auf die Möglichkeiten und Verhältnisse in Deutschland, soweit nicht anders aufgeführt.

[Zeichenerklärung]

- ♀♂ steht stellvertretend für die männliche plus weibliche Form des Begriffs, also: „Bürger♂♂“ anstatt „Bürgerinnen und Bürger“. Das ist unser Vorschlag zur besseren Lesbarkeit und zur Platzersparnis.

Aktionen / Kampagnen / Engagement

Ob in der Schule, im Beruf oder in der Freizeit: Die Mitgestaltung der Globalisierung in der Gesellschaft, in Politik, Kultur und Wirtschaft ist möglich, erfordert aber Kreativität.

Lebensstil

Wie gestalte ich mein alltägliches Leben in der Schule und in der Freizeit, um die Chancen der Globalisierung wahrnehmen und im Kleinen an einer gerechten Gestaltung mitwirken zu können?

Einmischung

Welche (Jugend-)Aktionen und Kampagnen gibt es in meinem Umfeld, die sich mit globalen Themen, Problemen und Lösungsvorschlägen beschäftigen? Welchen Beitrag kann ich zu einem Gelingen leisten?

Eigeninitiative

Welche eigenen pfiffigen Ideen gibt es, um an der Schule oder im Verein Informationsveranstaltungen über globale Probleme wie Armut, Hunger oder Umweltzerstörung mit Benefizaktionen für Projekte in Entwicklungsländern durchzuführen?

Im Teil 1 von „Pocket global“ finden sich vielfältige Hinweise auf Handlungsansätze und Möglichkeiten für ein Engagement von Einzelpersonen, Gruppen oder Organisationen, besonders unter folgenden Stichworten: amnesty international; Artenvielfalt; Asyl; Attac; Dialog; Fairer Handel; Fremdenfeindlichkeit; Friedensjournalismus; Fußball; Global Compact; Handy; HIV/Aids; Humanitäre Hilfe; Interkulturelles Lernen; Kinderarbeit; Klimaschutz; Kultur des Friedens; Lebensstil; Menschenrechte; Nichtregierungsorganisationen; Sportartikelindustrie; Toleranz; Wasser; Weltethos.

Internationaler Austausch

Das Angebot für Jugendliche, andere Kulturen und Weltregionen kennenzulernen, war noch nie so groß. Vor dem persönlichen Schritt zu einem Auslandsaufenthalt oder der Beteiligung an einem workcamp sollten jedoch die eigene Motivation und das Angebot gründlich geprüft werden.

Motivation

Warum will ich an einem Austausch- oder Begegnungsprogramm teilnehmen, welche Ziele möchte ich damit erreichen, was sind meine Interessen, was traue ich mir zu?

Information

Welche Angebote gibt es bei mir vor Ort, zum Beispiel an der Schule oder im (Sport-)Verein? Gibt es Erfahrungen von Freunden, die bereits an einem Austauschprogramm oder einer Begegnungsreise teilgenommen haben?

Angebot

Welches Angebot passt inhaltlich zu meiner persönlichen Motivation? Stimmen die Rahmenbedingungen wie Finanzierung, Zeitdauer, erforderliche Sprachkenntnisse, Betreuung, Kontaktmöglichkeiten?

Ein gutes Einstiegsportal bietet der „Internationale Jugendaustausch- und Besucherdienst der Bundesrepublik Deutschland“.

www.rausvonzuhause.de

Kontakt:

IJAB e.V.

Heussallee 30

53113 Bonn

Tel.: 02 28/95 06-0

Fax: 02 28/95 06-1 99

E-Mail: info@ijab.de

Allgemeine Hinweise für Freiwilligendienste, Reisen ins Ausland oder die Jobsuche im Ausland findet man unter folgender Adresse:

www.interconnections.de

Tipps zur weiteren Information

Anderer Dienst im Ausland (ADiA) Der ADiA kann an Stelle des Zivildienstes geleistet werden. Ein Einsatz in diesem Bereich ist nur über einen vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend anerkannten Träger möglich. Der Verein für internationalen und interkulturellen Austausch (VIA e.V.) vermittelt zum Dienst in Europa und in Übersee. Einsatzgebiete sind zum Beispiel das Betreuen und Unterrichten von Straßenkindern, die Arbeit mit körperlich und geistig behinderten Menschen oder die Arbeit mit Suchtkranken.

www.via-ev.org

AuPair Als „Aupair“ können junge Erwachsene ab 18 Jahren im Ausland in einer Gastfamilie leben und arbeiten. Ziel eines Aupair-Aufenthaltes ist es, eine neue Kultur kennen zu lernen und beim Umgang mit Kindern und Haushalt neue Erfahrungen zu sammeln.

www.au-pair-box.com

Entwicklungsdienste Mit dem altmodischen, aber noch immer häufig verwandten Begriff „Entwicklungshelfer“ sind berufserfahrene Fachkräfte gemeint, die mindestens zwei bis drei Jahre in einem Projekt oder Programm in Übersee arbeiten. Ziel des Entwicklungsdienstes ist es, „benachteiligte Bevölkerungsgruppen in den Entwicklungsländern bei ihren Bemühungen um die Verbesserung ihrer Lebenssituation zu unterstützen“. Es gibt zahlreiche staatlich anerkannte Trägerorganisationen, die Entwicklungsdienste anbieten und durchführen. Dies sind: Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe e.V. (AGEH); Christliche Fachkräfte International e.V. (CFI); Deutscher Entwicklungsdienst gGmbH (DED); Evangelischer Entwicklungsdienst - Dienste in Übersee gGmbH (EED/DÜ); EIRENE, Internationaler Christlicher Friedensdienst e.V. ; Weltfriedensdienst e.V. (WFD)

www.entwicklungsdienst.de

Europäischer Freiwilligendienst Der „European Voluntary Service“ (EVS) wird von der Europäischen Union gefördert. Für den EVS können sich junge Leute ab 18 Jahre als Freiwillige für 3 Wochen bis 12 Monate in einem gemeinnützigen Projekt im Ausland engagieren. Ziel ist es, ein anderes Land, eine andere Kultur und eine andere Sprache als Freiwillige auf Taschengeldebasis und auf begrenzte Zeit kennen zu lernen. Anträge können gemeinnützige Organisationen und öffentliche Stellen einreichen.

www.jugendfuereuropa.de

Freiwilligen- und Friedensdienst Dieser Sammelbegriff umfasst alle Jugendgemeinschafts- und Friedensdienste im Bereich der außerschulischen Jugend- und Bildungsarbeit. Die dementsprechenden Programme bieten jungen Menschen unabhängig von einer Berufsausbildung oder -erfahrung die Gelegenheit, in Deutschland oder im Ausland in gemeinnützigen Projekten aktiv mitzuarbeiten.

www.friedensdienste.de; **www**.bmfsfj.de/Politikbereiche/Freiwilliges-Engagement/fsj-foej.html

Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) im Ausland Das FSJ ist ein soziales Bildungsjahr, bei dem junge Frauen und Männer ein Jahr lang in verschiedenen Bereichen tätig sind. Es soll die Möglichkeit zu sozialem Engagement in sozialen, pflegerischen, erzieherischen oder betreuenden, seit kurzem auch in kulturellen Arbeitsfeldern bieten. Angesprochen sind junge Menschen zwischen 16 und 27 Jahren; erforderlich ist die Bereitschaft zu sozialem Einsatz, praktischer Tätigkeit und Problembewältigung. Die Rahmenbedingungen des FSJ sind geregelt im Gesetz zur Förderung eines Freiwilligen Sozialen Jahres. Die Angebote zum FSJ liegen zumeist im Inland, es gibt aber auch Angebote im Ausland. Anbieter des FSJ sind unterschiedlichste Organisationen.

www.pro-fsj.de



Das FSJ bietet:

- eine Chance, seine Persönlichkeit weiterzuentwickeln,
- die Begegnung mit Menschen,
- das Erfahren von Gemeinschaft,
- die Möglichkeit, unsere Gesellschaft mitzugestalten,
- berufliche Orientierung und das Kennenlernen sozialer Berufsfelder,
- eine Chance, die persönliche Eignung für einen sozialen Beruf zu prüfen.

Das FSJ wird ganztägig als überwiegend praktische Hilfstätigkeit in gemeinwohlorientierten Einrichtungen, insbesondere in Einrichtungen der Wohlfahrtspflege, in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, einschließlich der Einrichtungen für außerschulische Jugendbildung und Einrichtungen für Jugendarbeit oder in Einrichtungen der Gesundheitspflege und kulturelle Einrichtungen (Einsatzstellen) geleistet.

Während des FSJ erhalten die Freiwilligen

- Taschengeld,
- Unterkunft und Verpflegung,
- eine beitragsfreie Versicherung in der gesetzlichen Kranken-, Renten-, Unfall-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung.
- Außerdem besteht für die Eltern Anspruch auf Kindergeld.

FSJ Kultur Was als Modellprojekt in fünf Bundesländern (Berlin, Niedersachsen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen) begann, ist seit 2002 eine deutschlandweite Erfolgsgeschichte. 400 Einsatzplätze in 15 Bundesländern werden von der BKJ und den ihr angeschlossenen Trägern betreut. Auch anerkannte Kriegsdienstverweigerer können statt des Zivildienstes einen Freiwilligendienst mit einem kulturellen Tätigkeitsprofil absolvieren. Tätigkeitsfelder können sein: Jugendklubs, Museen und Theater, Kulturprojekte mit behinderten jungen Menschen oder in sozialen Brennpunkten, Medientreffs, Kunstschulen, Rockmusik-Initiativen oder soziokulturelle Zentren.

www.fsjkultur.bkj.de

Praktikum „Soft Skills“ heißt ein Schlüsselwort, das im Rahmen von Bewerbungen und Berufsperspektiven immer wieder fällt. Darunter versteht man besondere Fähigkeiten und Kompetenzen, die im kommunikativen, sozialen und interkulturellen Bereich liegen. Viele Firmen und Unternehmen legen deshalb Wert darauf, dass ihre Mitarbeiter Erfahrungen im Ausland, im Umgang mit anderen Kulturen und Sprachen erlernen und vorweisen können. Dies ist einer der Gründe, warum immer mehr Unternehmen Praktika im Ausland vermitteln.

www.one-to-one-international.de

Schulpartnerschaften Im Rahmen von Schulpartnerschaften können vielfältige Möglichkeiten für interkulturelles Lernen geschaffen werden: Elektronische Medien wie Email ermöglichen jetzt auch einen raschen und trotzdem intensiven Kontakt zu Schulen in weiter entfernten Ländern. Schulpartnerschaften setzen aber einen langen Atem und Engagement von Schulverwaltung, Lehrern, Schülern und Eltern voraus. „Primaklimapartnerschaften“ ist ein besonderer Ansatz, der Energiesparmaßnahmen an der eigenen Schule mit Schulpartnerschaften in Lateinamerika verknüpft.

www.kateberlin.de/primaklima.htm

www.kultusministerkonferenz.de/pad/home.htm

Schüleraustausch Die meisten Schulen bieten ihre eigenen Programme für den Austausch mit Partnerschulen beispielsweise in den Partnerstädten an oder vermitteln Informationen über bundesweite Austauschprogramme. Rechtzeitig informieren ist wichtig, denn oft sind die Plätze sehr begehrt. Projekte werden auch vom Pädagogischen Austauschdienst (PAD) der Kultusministerkonferenz durchgeführt, der Mittel vom Auswärtigen Amt, den Ländern und der EU erhält.

Ausführliche Informationen zum Beispiel über Erfahrungen mit Schüleraustauschprogrammen mit den USA gibt es auch im Internet.

www.kmk.org; www.schueleraustausch.de

Schüler-helfen-leben Seit einigen Jahren organisiert der Verein „Schüler-helfen-leben“ einmal im Jahr einen Sozialen Tag, an welchem Schüler sich einen Tagesjob suchen und ihren Lohn für Jugendprojekte in Südosteuropa (Kosovo, Rumänien) spenden. Mitmachen und Nachahmen empfohlen!

www.schueler-helfen-leben.de

Das Technische Hilfswerk Das Technische Hilfswerk (THW) ist die Katastrophenschutzorganisation des Bundes. Es leistet technische und humanitäre Hilfe bei verschiedensten Unglücksfällen im In- und Ausland. Aufbau

von Flüchtlingslagern, Soforthilfe bei Erdbeben, Hochwassern oder Dürrekatastrophen, Brückenbau, Trinkwasserversorgung oder Ölschadenbekämpfung sind nur einige der Aufgaben, die das THW seit seiner Gründung 1963 zu bewältigen half. Seit etwa zehn Jahren betreibt das THW beispielsweise auch den Wiederaufbau auf dem Balkan.

Mithelfen kann (fast) jeder, denn trotz seines Status' als Bundesbehörde engagieren sich beim THW zahlreiche ehrenamtliche Mitarbeiter*innen; sie bilden laut THW-Leitbild „als Bürger aus allen sozialen Schichten und Berufen durch ihre Bereitschaft zur Hilfe für Menschen in Not die wesentliche Basis für das THW.“

Auch Jugendliche machen mit: ca. 10.000 von ihnen engagieren sich bereits in den etwa 500 Jugendgruppen des THW.

www.thw.de und **www.thw-jugend.de**

Workcamps Unter workcamps versteht man internationale Begegnungstätten, bei denen Jugendliche und junge Erwachsene aus vielen verschiedenen Ländern für zwei bis vier Wochen zusammen leben und arbeiten. Workcamps finden im In- und im Ausland statt. Neben der täglichen Arbeit haben die workcamps einen inhaltlichen Schwerpunkt, der allen Teilnehmern*innen die Gelegenheit gibt, sich mit einem Thema intensiv auseinander zu setzen.

Workcamps werden von zahlreichen Organisationen und unter unterschiedlichen Voraussetzungen angeboten (Alter, Thema, Zusammensetzung der Gruppe, Reiseland, Kosten etc.).

www.yap-cfd.de

Ziviler Friedensdienst Genau wie der Entwicklungsdienst ist der Zivile Friedensdienst eine Angelegenheit für berufserfahrene Fachkräfte. Nach einer Ausbildung werden die Fachkräfte in Krisen- und Konfliktregionen entsandt, um dort die Versöhnungsarbeit zu unterstützen und zur Friedenserziehung beizutragen.

www.ziviler-friedensdienst.org

Die Informationen beziehen sich im Allgemeinen auf die Möglichkeiten in Deutschland und deutschsprachige Links, soweit nicht anders aufgeführt.

Internet-Adressen

Themenspezifische Internethinweise sind vorne in Teil 1 und Teil 2 jeweils am Ende der Stichworte angegeben.

Im folgenden finden Sie Hinweise für allgemeine Internet-Links mit Bezug zum Thema „Globalisierung“.

Globalisierung und Globales Lernen

www.bpb.de

Bundeszentrale für politische Bildung; Lexika-Stichworte und Angebot verschiedener Textdokumente und -materialien.

www.eine-welt-netz.de

Zentrale Einstiegsseite zum Globalen Lernen.

www.globalisierung-online.de

Informationen und kurze Multimedia-Anwendungen; Homepage zur CD-ROM „Globalisierung“ (DGB-Bildungswerk, Hans-Böckler-Str. 39, 40476 Düsseldorf; Nord-Süd-Netz, Hans-Böckler-Str. 39, 40476 Düsseldorf).

www.globlern21.de

Kurzinfos, Unterrichtshinweise und weiterführende Literatur.

www.global-lernen.de

Unterrichtsmaterialien; Zeitschrift Global Lernen zum download.

Politik

www.bundesregierung.de

Als Querschnittsthema unter dem Stichwort „Globalisierung“:
Regierungserklärungen, Reden, Dokumente.
Weiterführung zu allen Bundesministerien.

www.bundespraesident.de

Reden des Bundespräsidenten zum Thema Globalisierung.

www.bundestag.de

Dokumente zum Thema;
Ergebnisse der Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft -
Herausforderungen und Antworten“;
Verlauf einer online-Konferenz zum Thema.

Politische Parteien

www.spd.de

www.gruene.de

www.cdu.de

www.fdp.de

www.csu.de

www.sozialisten.de

Parteibeschlüsse, Stellungnahmen, Links zum Thema.

Gesellschaftliche und wirtschaftliche Akteure

www.ekd.de; **www**.dbk.de

Stellungnahmen, Denkschriften, Hirtenworte der Kirchen zum Thema.

www.dgb.de

Stellungnahmen und Dokumente der Gewerkschaften zum Thema.

www.bdi-online.de

Stellungnahmen des Bundesverbandes der Deutschen Industrie zum Thema.

www.deutsche-bank.de

Informationen der Deutschen Bank u.a. zum Thema „Nachhaltigkeit“.

www.attac.de

Einschätzungen, Aktionen, Informationen des globalisierungskritischen Netzwerkes Attac.

Fallbeispiel 1: „Weltsozialforum“

www.weltsozialforum.org

www.portoalegre2003.org

Informationen und unterschiedliche Einschätzungen zum Weltsozialforum der Nichtregierungsorganisationen.

Fallbeispiel 2: „GATS“

www.gats.de

www.stopgats.at

www.gatswatch.org

Informationen und unterschiedliche Einschätzungen zum GATS-Abkommen („General Agreement on Trade in Services“).

Literaturhinweise

Bücher

Sachbücher

Annan, Kofi:

Brücken in die Zukunft. Ein Manifest für den Dialog der Kulturen.
S. Fischer Verlag GmbH, Frankfurt / Main 2001.

Buchholz, Christine u.a.:

Unsere Welt ist keine Ware. Handbuch für Globalisierungskritiker.
Kiepenheuer & Witsch, Köln 2002.

BUND / Misereor (Hrsg.):

Wegweiser für ein zukunftsfähiges Deutschland.
Riemann Verlag, München 2002.

Butterwegge, Christoph / Gudrun Hentges (Hrsg.):

Politische Bildung und Globalisierung.
Leske+Budrich, Opladen 2002.

Czempiel, Ernst-Otto:

Weltpolitik im Umbruch. Die Pax Americana, der Terrorismus und die
Zukunft der internationalen Beziehungen.

Bonn 2003.

Beck'sche Reihe, München, 4. Auflage 2003

Klein, Naomi:

No Logo. Der Kampf der Global Players um Marktmacht.
Riemann Verlag, München 2002.

Küng, Hans / Dieter Senghaas (Hrsg.):
Friedenspolitik. Ethische Grundlagen internationaler Beziehungen.
Piper Verlag, München / Zürich 2003.

Radermacher, Franz Josef:
Balance oder Zerstörung. Ökosoziale Marktwirtschaft als Schlüssel zu
einer weltweiten nachhaltigen Entwicklung.
Österreichischer Agrarverlag, Wien 2002

Safranski, Rüdiger:
Wieviel Globalisierung verträgt der Mensch?
Carl Hanser Verlag, München Wien 2003.

Wichterich, Christa:
Femme global. Globalisierung ist nicht geschlechtsneutral.
VSA-Verlag, Hamburg 2003.

Nachschlagewerke

Christ, Katja / Jörn Fischer:
Internationale Freiwilligendienste. Helfen und Lernen weltweit.
interconnections, Freiburg 2002.
www.interconnections.de

Le Monde diplomatique:
Atlas der Globalisierung.
taz Verlags- und Vertriebs GmbH. Berlin 2003.
Bezug: Kochstr. 18, 10969 Berlin
www.monde-diplomatique.de

Nohlen, Dieter (Hrsg.):
Lexikon Dritte Welt. Länder, Organisationen, Theorien, Begriffe, Personen.
Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek bei Hamburg 2002.

Nohlen, Dieter (Hrsg.):
Kleines Lexikon der Politik.
Beck'sche Reihe, München 2001.

Jahrbücher / Periodika

amnesty international

Jahresbericht

Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt / Main.

Globale Trends. Fakten, Analysen, Prognosen.

Hrsg. von der Stiftung Entwicklung und Frieden.

Fischer Verlag, Frankfurt / Main.

Jahrbuch Menschenrechte

Hrsg. vom Deutschen Institut für Menschenrechte.

Suhrkamp Verlag, Frankfurt / Main.

Jahrbuch Ökologie

Hrsg. von Günter Altner u.a..

Verlag C.H. Beck, München

Jahrbuch Dritte Welt

Hrsg. von Joachim Betz u.a.

Leske+Budrich, Opladen.

unicef

Zur Situation der Kinder in der Welt

Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt / Main.

Broschüren / Infoschriften / Zeitschriften

Dritte-Welt-Information

Pädagogik Praktisch. Themenhefte.

Bezug: Verein zur Förderung der entwicklungspolitischen Publizistik e.V.

Postfach 50 05 50

60394 Frankfurt / Main

Tel: 069 / 58098-123.

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. Themenhefte.

Erscheint wöchentlich.

Email: apuz@bpb.de

www.bpb.de/publikationen/apuz

Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen

Eine-Welt-Presse. Themenhefte.

Bezug kostenlos:

DGVN

Zimmerstr. 26/27

10969 Berlin

Email: info@dgvn.de

www.dgvn.de

Entwicklungspolitik

Zeitschrift. Erscheint zweimal monatlich.

Bezug abonnementpflichtig:

Emil-von-Behring-Str. 3

60439 Frankfurt / Main

Email: zeitschrift@entwicklungspolitik.org

www.entwicklungspolitik.org

Germanwatch

Zeitung für zukunftsfähige Nord-Süd-Politik.

Bezug kostenlos:

Voßstr. 1

10117 Berlin

Email: info@germanwatch.org

www.germanwatch.org

Global Lernen

Service für Lehrerinnen und Lehrer

Themenhefte. Erscheint dreimal im Jahr.

Bezug kostenlos:

Brot für die Welt

Zentraler Vertrieb

Postfach 101142

70010 Stuttgart

Tel.: 0711 / 902165-0

Email: vertrieb@diakonie.de

Informationen zur politischen Bildung

Globalisierung. Heft 3 / 2003

Bezug: Bundeszentrale für politische Bildung.

www.bpb.de

Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung

Bezug:

WEED

Torstr. 154

10115 Berlin

Email: weed@weed-online.org

Politik & Unterricht. Zeitschrift für die Praxis der politischen Bildung
Globalisierung. Aspekte einer Welt ohne Grenzen
Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. Heft 4 / 2003.

Bezug:

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg
Stafflenbergstr. 38
70184 Stuttgart.
www.lpb.bwue.de

Stiftung Weltethos

Weltreligionen – Weltfrieden – Weltethos

Ausstellung in zwölf Tafeln mit Begleitbroschüre. Tübingen 2000.

Bezug:

Stiftung Weltethos
Waldhäuser Str. 23
72076 Tübingen
Email: officewelt@ethos.org
www.weltethos.org

DER TIMER KOMMT! JEDES JAHR IM JUNI!

Die beliebte Timer-Duette ergibt mit der Zeit einen Fundus an politischem Allgemeinwissen

Info

Timer

Der informative Hausaufgabenkalendar der Bundeszentrale für politische Bildung **im DINA5-Format auf 180 Seiten**

- viele Kalendertage auf einer Seite
- täglich eine interessante Mischung aus aller Welt, aus Politik und Zeitgeschichte, Gesellschaft und Kultur
- im speziellen Timer-Design gestaltet und farbig beschriftet
- beinhaltet im Stundenplan und Ferienkalender, Wettervorhersagen, Landkarten sowie 7 Tage Task Overviews in Schule und Freizeit
- sorgfältig recherchierte Texte mit Links und Adressen für alle, die nach mehr wissen möchten

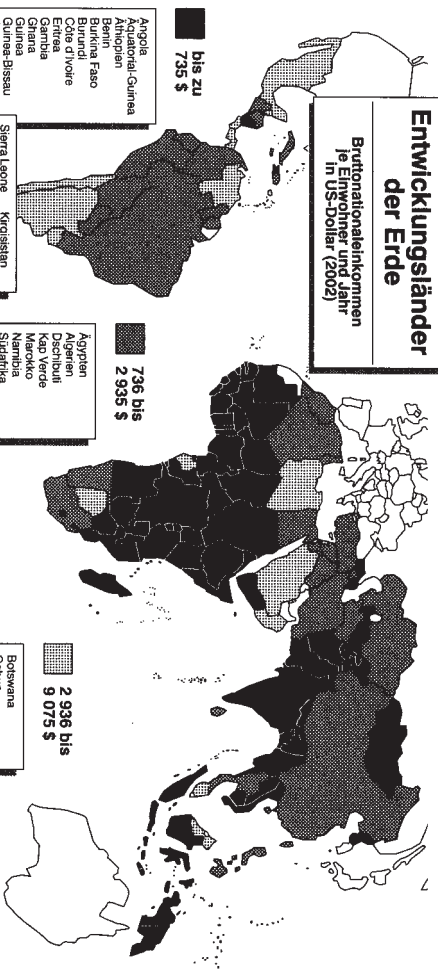
Wann man wie bestellen kann:
www.bpb.de/timer

bpb

Bundeszentrale für
politische Bildung

Entwicklungsländer der Erde

Bruttonationaleinkommen
je Einwohner und Jahr
in US-Dollar (2002)



■ bis zu
735 \$

- Angola
- Äquatorial-Guinea
- Athiopien
- Burkina Faso
- Burundi
- Côte d'Ivoire
- Erterea
- Gambia
- Ghana
- Guinea
- Guinea-Bissau
- Kamerun
- Kenia
- Kongo
- Kuwait
- D.R. Congo (Zaire)
- Lesotho
- Liberia
- Madagaskar
- Malawi
- Mali
- Mauretanien
- Mosambik
- Niger
- Nigeria
- Ruanda
- Sambia
- São Tomé und Pr.
- Senegal

■ 736 bis
2 935 \$

- Ägypten
- Algerien
- Dschibuti
- Kap Verde
- Marokko
- Namibia
- Südafrika
- Swasiland
- Tunesien
- Armenien
- China
- Irak
- Jordanien
- Kasachstan
- Malediven
- Philippinen
- Sri Lanka
- Syrien
- Thailand
- Türkei
- Türkmenistan
- West Bank/Gaza

▨ 2 936 bis
9 075 \$

- Botsswana
- Gabun
- Libyen
- Mauritius
- Seychellen
- Argentinien
- Belize
- Chile
- Costa Rica
- Dominica
- Grenada
- Mexiko
- Parana
- St. Kitts u. Nevis
- St. Lucia
- Trinidad u. Tobago
- Uruguay
- Venezuela

- Libanon
- Malaysia
- Oman
- Saudi-Arabien
- Palau

Quelle:
Weltbank

Europä-
ische
Länder
wurden
nicht
berück-
sichtigt

ZAHLENBILDER

